



Daten + Analysen

Quartalsheft





Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 234

Mikrozensus, Arbeitsmarkt

Dr. Jürgen Hübner

Telefon: 0355 4868 - 201

E-Mail: juergen.huebner@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Dezernat Informationsmanagement

Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: www.lds-bb.de

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Juni 2005

Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

Informationsservice Telefon: 0331 39 - 444

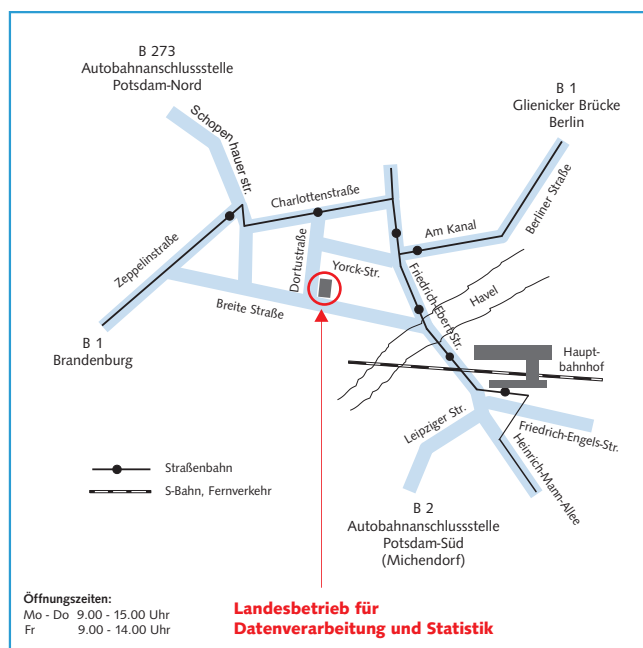
Fax: 0331 39 - 418

Vertrieb

Telefon: 0331 39 - 496

Fax: 0331 39 - 418

So finden Sie uns:





Daten + Analysen

II 2005

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell.....	5
----------------------------	----------

Beiträge	12
-----------------------	-----------

Wirtschaftstrends im Überblick – Februar 2005	12
Rückblick auf die Landtagswahl am 19.09.2004	16
Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte im Land Brandenburg	22
Haus- und Grundbesitz privater Haushalte im Land Brandenburg.....	31
Neue Lebensformen gewinnen immer mehr an Gewicht	40
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt – die Statistik und die Berichterstattung.....	46
Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – auch für die Kommunen?	51
Druck- und Nachbereitungszentrum im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg.....	53
Statistischer Auskunftsdienst im Informationsmanagement	56
Wanderungsgewinne und -verluste in den Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands.....	58
Historisches – 1905 Wohnungswechsel und Multikulti in Preußen	64

Neue Veröffentlichungen.....	66
-------------------------------------	-----------

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



im zweiten Heft des Jahres 2005 unserer Reihe „Daten + Analysen“ möchten wir Ihnen wieder einige interessante Sachverhalte und wissenschaftliche Untersuchungen der brandenburgischen Statistik vermitteln.

Wie das Zusammenspiel der Informationstechnik und der Fachstatistik reibungslos funktioniert wird in einem „Rückblick auf die Landtagswahl am 19.09.2004“ beschrieben. Die Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik zur 4. Landtagswahl Brandenburgs, bei der die Wähler aus 124 Urnenwahlbezirken stichprobenartig zu ihrer Wahlentscheidung befragt wurden, macht diese Untersuchung besonders interessant.

Mit einer weiteren Betrachtung aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2003 führen wir die als Fortsetzung konzipierte Berichtsfolge weiter. Diesmal mit dem sehr sensiblen Thema „Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte“. Neben einem brandenburgischen Vergleich der Jahre 1998 und 2003 erfolgt auch eine Gegenüberstellung der Ergebnisse der Bundesrepublik Deutschland zu denen Brandenburgs.

Durch den seit 14 Jahren durchgeführten Mikrozensus steht uns eine Fülle statistischer Informationen zur Verfügung. Diesmal gehen wir der Frage nach, welchen Stellenwert die „traditionelle Familie“ neben den „alternativen Lebensformen“ in Brandenburg einnimmt. Dabei spielen naturgemäß Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften und allein Erziehende eine wichtige Rolle. In einer anderen, aktuellen Untersuchung werden anschließend die verschiedenen Statistiken zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt methodisch gegenübergestellt, bewertet und diskutiert.

Da sich die Amtliche Statistik Brandenburgs schon immer als Dienstleister verstanden hat, haben wir ausnahmsweise einmal zwei informelle Beiträge zur Arbeit unserer Serviceeinheiten – Druckzentrum und Auskunftsdienst – in das vorliegende Heft aufgenommen.

Potsdam, im Juni 2005

Mit freundlichen Grüßen

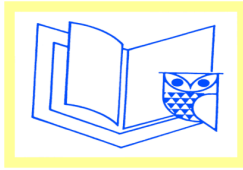
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Arend Steenken'. The signature is fluid and cursive.

Arend Steenken

Präsident des Landesbetriebes für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg

Aus Brandenburg

Schülerzahl an allgemein bildenden Schulen sinkt weiter



Im Schuljahr 2004/2005 lernen an Brandenburgs allgemein bildenden Schulen 260 977 Schülerinnen und Schüler. Dies sind 16 549 weniger als im vorangegangenen Schuljahr. Der

Schüllerrückgang ist ausschließlich in der Sekundarstufe I – insbesondere in den Jahrgangsstufen 7 und 8 – zu verzeichnen. Mit 16 973 Schülerinnen und Schülern ist der Rückgang in der Sekundarstufe I im Vergleich zum Vorjahr nahezu doppelt so hoch.

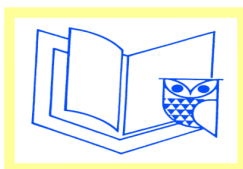
In der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) ist die Schülerzahl geringfügig um 87 auf 41 926 gestiegen.

In der Primarstufe ist zum ersten Mal seit dem Schuljahr 1991/1992 ein Anstieg der Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, 322 Mädchen und Jungen mehr lernen 2004/2005 in den Jahrgangsstufen 1 bis 6. Im Schuljahr 1991/1992 befanden sich in der Primarstufe 226 024 Kinder, während es im aktuellen Schuljahr 100 340 Kinder sind.

An Einrichtungen für geistig Behinderte ist die Schülerzahl mit 2 999 gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Auch im Schuljahr 2004/2005 setzt sich der Trend steigender Einschulungszahlen seit dem Schuljahr 2000/2001 fort. Es wurden 18 547 Mädchen und Jungen eingeschult, davon 15 722 fristgemäß, 1 354 vorzeitig und 1 471 verspätet. Der Anteil der vorzeitig Eingeschulten stieg von 3,1 Prozent im Schuljahr 2000/2001 auf 7,3 Prozent im aktuellen Schuljahr.

Ingenieurwissenschaften eine Domäne der Männer



Im Wintersemester 2004/2005 studieren 7 022 Frauen und Männer an Brandenburger Hochschulen Ingenieurwissenschaften. Etwas mehr als die Hälfte der Studierenden (3 603)

sind an den Universitäten, vorrangig an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, eingeschrieben. 3 419 Menschen studieren in dieser Fächergruppe an den Fachhochschulen des Landes Brandenburg.

Ingenieurwissenschaften sind nach wie vor eine männliche Domäne. Der Anteil der Studentinnen beträgt derzeit 30 Prozent.

Die Ingenieurwissenschaften sind nach den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 14 781 Studierenden (darunter 52 Prozent Frauen) und den Sprach- und Kulturwissenschaften mit 8 991 Studierenden (darunter 71 Prozent Frauen) die drittgrößte Fächergruppe an den brandenburgischen Hochschulen im Wintersemester 2004/2005.

Im ersten Quartal 2005 kamen mehr Touristen ins Land



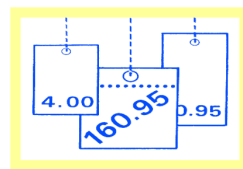
Die Brandenburger Beherbergungsbetriebe (mit mindestens neun Gästebetten) einschließlich Urlaubscamping zählten im 1. Quartal 2005 insgesamt 503 Tausend Gäste, die 1,4 Millio-

nen Übernachtungen buchten. Das waren gegenüber dem 1. Quartal 2004 Zuwächse von 6,4 Prozent bei den Ankünften und 4,5 Prozent bei den Übernachtungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 2,7 Tage.

Insgesamt buchten 38 Tausend Ausländer 84 Tausend Übernachtungen, das waren 15,6 Prozent mehr Gäste und 3,8 Prozent mehr Übernachtungen gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Während in neun von 13 Reisegebieten mehr Gäste begrüßt werden konnten, darunter im Spreewald (+ 38,7 Prozent) und in der Niederlausitz (+ 21,0 Prozent), stieg die Anzahl der Übernachtungen nur in sieben Reisegebieten, u. a. im Ruppiner Land (+ 36,2 Prozent) und der Niederlausitz (+ 29,5 Prozent).

Im März 2005 besuchten insgesamt 209 Tausend Gäste das Land Brandenburg, die 576 Tausend Übernachtungen buchten. Das waren 5,7 Prozent mehr Gäste sowie 6,9 Prozent mehr Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 2,8 Tage.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im Monat Mai 2005



Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg erhöhte sich von April 2005 bis Mai 2005 um 0,3 Prozent auf einen Indexstand von 108,5 (Basis 2000 = 100). Die Jahresteu-

erungsrate gegenüber Mai 2004 betrug + 2,0 Prozent.

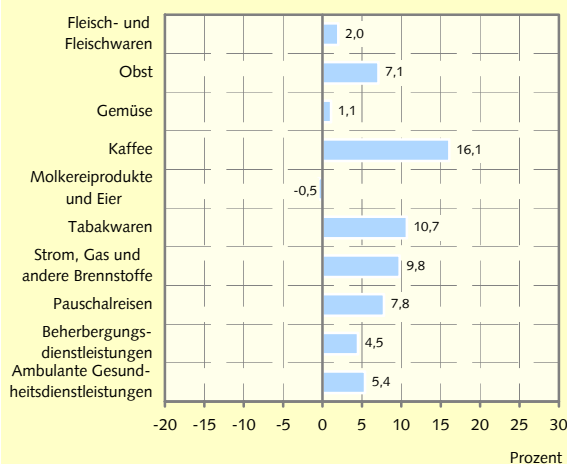
Die Zunahme des Verbraucherpreisindex binnen Monatsfrist wurde vordergründig durch saisonal bedingte Teuerungen hervorgerufen. So musste der Verbraucher im Mai wieder mehr für den Urlaub ausgeben, denn die Preise für Pauschalreisen stiegen um 13,5 Prozent und die Miete für Ferienwohnungen erhöhte sich um 21,1 Prozent. Teurer

als im Vormonat waren auch Frischobst (+ 2,8 Prozent) und Frischgemüse (+ 5,5 Prozent). Günstiger als im April wurden im Mai Kraftstoffe, Heizöl, Bekleidung, Schuhe, Kaffee, alkoholische Getränke sowie Heimelektronik angeboten.

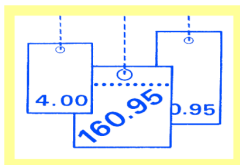
Die jährliche Teuerung lag im Mai 2005, wie bereits im Vormonat, bei + 2,0 Prozent. Das Niveau der Jahresteuerrate wurde weiterhin maßgeblich durch die Verteuerung der Energiepreise (+ 5,9 Prozent) beeinflusst. Ohne Einrechnung dieser Güter wäre der Verbraucherpreisindex nur um 1,6 Prozent gestiegen. Teurer als im Vorjahresmonat waren weiterhin Tabakwaren, Kaffee, Wohnungsnebenkosten, Gesundheitspflege, Verkehrs-, Post- und Versicherungsdienstleistungen. Auch die Preise für Pauschalreisen und Ferienwohnungen lagen mit + 7,8 Prozent bzw. + 10,5 Prozent deutlich über den Preisen des Vorjahres. Nahrungsmittel verteuerten sich um 1,2 Prozent. Fleisch, Fleischwaren, Obst und Gemüse waren teurer. Brot und Backwaren, Molkereiprodukte sowie Eier waren preiswerter. Verbraucherfreundlich zeigte sich im Jahresvergleich die Preisentwicklung für Heimelektronik, Haushaltsgeräte, Telefon- und Faxgeräte sowie Telekommunikation.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im Mai 2005 nach ausgewählten Preisgruppen

Veränderung zum Vorjahresmonat



2004 über 6 000 Verkäufe von unbebautem Bauland



Im Jahr 2004 wurden insgesamt 6 385 Kauffälle für unbebautes Bauland statistisch erfasst. Für rund 328 Millionen EUR wurden Flächen von 7,5 Millionen Quadratmeter übereignet. Es

wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 43,91 EUR je Quadratmeter ermittelt.

In der Mehrzahl der Fälle (95 Prozent) wurde baureifes Land veräußert. Der durchschnittliche Kaufwert für baureifes Land betrug 49,34 EUR je Quadratmeter. Die Verkäufe konzentrierten sich auf Wohngebiete in offener Bauweise sowie Dorfgebiete. Rohbauland wurde in 117 Fällen mit einem Kaufwert von 16,30 EUR je Quadratmeter umgesetzt. Die verbleibenden 204 Grundstücksverkäufe entfielen auf sonstiges Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen). Dafür wurde ein Durchschnittspreis von 29,71 EUR je Quadratmeter erzielt.

In der territorialen Betrachtung nach Landkreisen und kreisfreien Städten zeichnete sich, wie in den Vorjahren, eine differenzierte Entwicklung in der Anzahl der Verkäufe und der Kaufwerte ab. Die meisten Erwerbsvorgänge waren in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Barnim, Oberhavel sowie Havelland zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Kaufwerte wurden in Potsdam, Frankfurt (Oder), Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Teltow-Fläming ermittelt. Weit unter dem Durchschnitt liegende Kaufwerte wurden dagegen in den Landkreisen Elbe-Elster, Uckermark, Prignitz, Spree-Neiße sowie Oberspreewald-Lausitz erzielt.

Verdienstanstieg im Januar 2005 im Produzierenden Gewerbe



Der Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe Brandenburgs ist im Januar 2005 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 1,7 Prozent

bzw. 39 EUR auf 2 302 EUR gestiegen.

Der Zuwachs war bei Männern mit 1,7 Prozent bzw. 38 EUR und Frauen mit 1,9 Prozent bzw. 40 EUR nahezu gleich groß. Männer kamen in Januar 2005 auf einen durchschnittlichen Monatsverdienst von 2 337 EUR, Frauen auf durchschnittlich 2 181 EUR.

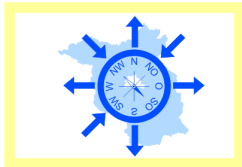
Der Monatslohn vollzeitbeschäftigter Arbeiter im produzierenden Gewerbe lag bei 1 978 EUR. Der Anstieg betrug 1,6 Prozent. Der Bruttostundenlohn ist mit 2,3 Prozent etwas rascher gestiegen als der Monatslohn. Dies ist auf die um 0,2 Stunden geringere wöchentliche Arbeitszeit zurückzuführen. Der Bruttostundenlohn betrug 11,99 EUR.

Das Bruttomonatsgehalt vollzeitbeschäftigter Angestellter im produzierenden Gewerbe hat sich um 2,0 Prozent auf durchschnittlich 3 048 EUR erhöht.

Vollzeitbeschäftigte Angestellte im Handel erhielten im Januar 2005 ein Bruttomonatsgehalt von 2 266 EUR. Das waren 2,2 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Deutlich kräftiger ist der Verdienstzuwachs mit 4,6 Prozent im Kredit- und Versicherungsgewerbe ausgefallen. Hier wurde im Januar 2005 ein durchschnittliches Monatsgehalt von 2 775 EUR gezahlt.

Brandenburger Exportzuwachs auch im Februar 2005



Die Warenausfuhr des Landes Brandenburg erreichte im Februar 2005 einen Wert von 411 Millionen EUR und übertraf damit das Februarergebnis 2004 um 5,5 Millionen EUR bzw. 1,3

Prozent. Der Ausfuhrwert von Januar 2005 wurde um 56 Millionen EUR bzw. 11,9 Prozent verfehlt. Das Exportvolumen stieg in den ersten beiden Monaten des Jahres 2005 auf einen Warenwert von 877 Millionen EUR und überbot das entsprechende Vorjahresergebnis um 98 Millionen EUR (+ 12,6 Prozent).

Eine Exportsteigerung konnte sowohl bei der Ernährungswirtschaft mit einem Plus von 17,8 Prozent als auch bei der gewerblichen Wirtschaft mit einem Plus von 10,3 Prozent erreicht werden. Sperrholz, Span- und Faserplatten waren mit einem Anteil von 8,0 Prozent an der Gesamtausfuhr wichtigste Exportgüter Brandenburgs, dicht gefolgt von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Blech aus Eisen oder Stahl mit einem Anteil von 7,2 bzw. 7,0 Prozent. Auf den weiteren Plätzen reihten sich Draht aus Eisen oder Stahl, Eisen oder Stahl in Rohformen und Luftfahrzeuge ein. Hauptbestimmungsländer waren Polen, die Niederlande, Italien, die Vereinigten Staaten, Belgien und Frankreich. Die Ausfuhren nach Europa bzw. in die EU-Länder lagen mit 21,1 bzw. 21,5 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis.

In den ersten beiden Monaten importierte Brandenburg Waren im Wert von 1,1 Milliarden EUR. Damit wurde eine Steigerung von 23,5 Prozent (+ 217 Millionen EUR) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erreicht. An der Spitze der Einfuhrliste standen mit einem Warenwert von 490 Millionen EUR Erdöl und Erdgas. Dahinter folgten Luftfahrzeuge, Koks und Schmelzkoks aus Steinkohle oder Braunkohle, Personenkraftwagen und Wohnmobile sowie Möbel. Hauptimportland mit einem Anteil von 43,3 Prozent an der Gesamteinfuhr Brandenburgs war die Russische Föderation. Weitere wichtige Lieferländer waren Polen, Frankreich, die Vereinigten Staaten, die Niederlande und Italien. Die Importzuwächse für Europa bzw. die EU-Länder betrugen 25,6 bzw. 10,1 Prozent.

Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Generalhandel und Spezialhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse Brandenburgs aus methodischen

Gründen nicht vertretbar. Bei den Einfuhren ist zu beachten, dass nicht alle Waren für den Verbrauch im Land Brandenburg bestimmt sind.

Aus Deutschland

Rund 15 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben auf dem Land



Ende 2003 lebten 12,7 Millionen Menschen oder 15,4 Prozent der Bevölkerung Deutschlands in ländlichen Gebieten. Im Vergleich zum Jahresende 1994 hat der Anteil der auf dem Land

lebenden Bevölkerung abgenommen; damals hatte er bei 18,7 Prozent gelegen. 48,8 Prozent der Bevölkerung (40,3 Millionen) lebten in städtischen oder dicht besiedelten Gebieten, in halbstädtischen Gebieten waren es 35,8 Prozent (29,5 Millionen). Gegenüber 1994 (32,4 Prozent) hat der Bevölkerungsanteil in den halbstädtischen Gebieten zugenommen, während er in den städtischen Gebieten gleich geblieben ist.

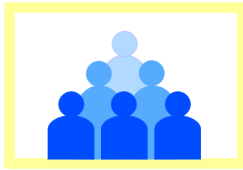
Die Bevölkerungsdichte auf dem Land betrug 66 Einwohner je Quadratkilometer. In den halbstädtischen Gebieten waren es 223 und in der Stadt 1 250 Einwohner je Quadratkilometer.

Der Anteil der Bevölkerung in ländlichen Gebieten war Ende 2003 in Mecklenburg-Vorpommern mit 64,4 Prozent und in Brandenburg mit 53,5 Prozent am höchsten; im Saarland (0,6 Prozent), in Nordrhein-Westfalen (1,2 Prozent) und Baden-Württemberg (6,2 Prozent) am niedrigsten. Den höchsten Verstädterungsgrad der Flächenstaaten wiesen Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 71,6 Prozent der Bevölkerung, das Saarland (61,4 Prozent) und Hessen (52,3 Prozent) auf.

Diese Gebietstypologie für den Grad der Verstädterung wurde vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten entwickelt. Anhand des Hauptkriteriums der Bevölkerungsdichte wurden die Gemeinden Deutschlands zum Gebietsstand Dezember 2000 drei Gebietstypen zugeordnet: städtische oder dicht besiedelte Gebiete (Bevölkerungsdichte größer als 500 Einwohner je Quadratkilometer), halbstädtische oder mittelstark besiedelte Gebiete (Bevölkerungsdichte zwischen 100 und 500 Einwohner je Quadratkilometer) und ländliche oder dünn besiedelte Gebiete (Bevölkerungsdichte weniger als 100 Einwohner je Quadratkilometer).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Über 30 Prozent der Ausländer stammen aus der EU



Das Ausländerzentralregister wies am Jahresende 2004 rund 6,7 Millionen ausländische Personen in Deutschland nach. Diese Zahl hat sich gegenüber 2003 (7,3 Millionen) um 618 000 Personen

oder um 8,4 Prozent verringert. Die Abnahme ist im Wesentlichen auf eine Registerbereinigung des Ausländerzentralregisters zurückzuführen. Die Zahlen von 2004 sind daher nicht mit den Zahlen von 2003 vergleichbar. Nicht enthalten sind Personen, die neben ihrer ausländischen auch eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

31 Prozent (2,1 Millionen) aller ausländischen Personen kamen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und 48 Prozent (3,2 Millionen) aus anderen europäischen Ländern. 12 Prozent stammten aus Asien, 4 Prozent aus Afrika, 3 Prozent aus Amerika und 0,1 Prozent aus Australien und Ozeanien. Der Anteil der Staatenlosen und der ausländischen Personen unbekannter Staatsangehörigkeit betrug zusammen 0,9 Prozent.

Die größte Gruppe unter der ausländischen Bevölkerung stellten die Türkinnen und Türken mit 26 Prozent (1,8 Millionen). Aus Italien stammten 8 Prozent, aus Serbien und Montenegro (einschließlich Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien ohne Angabe zur neuen Staatsangehörigkeit) ebenfalls 8 Prozent, aus Griechenland 5 Prozent und aus Polen 4 Prozent der ausländischen Personen.

Ende 2004 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 16,1 Jahre. Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen aus der Differenz zwischen Auszählungstichtag (31.12.2004) und dem Jahr der ersten Einreise nach Deutschland. Ein Drittel der ausländischen Bevölkerung wohnt schon länger als 20 Jahre im Inland. Zwei Drittel – rund 4,5 Millionen Ausländer – lebten Ende 2004 bereits 8 Jahre oder länger in Deutschland und haben damit die für eine Einbürgerung notwendige Aufenthaltsdauer erreicht.

Von den 6,7 Millionen im Ausländerzentralregister geführten Ausländerinnen und Ausländern wurden 21 Prozent (1,4 Millionen) im Inland geboren. Der Anteil der in Deutschland geborenen Personen an den jeweiligen Staatsangehörigen war besonders hoch bei den Türkinnen und Türken mit 35 Prozent (0,61 Millionen), bei den Italienerinnen und Italienern mit 30 Prozent (0,16 Millionen) und bei der niederländischen Bevölkerungsgruppe mit 29 Prozent (0,03 Millionen).

Das durchschnittliche Alter der ausländischen Personen lag bei 35 Jahren für Ausländer und bei 34 Jahren für Ausländerinnen. Der Frauenanteil betrug rund 48 Prozent.

Nichtdeutsche Bevölkerung in Deutschland 2004 nach der Staatsangehörigkeit

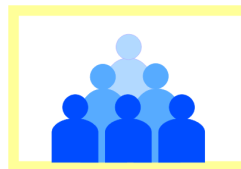
Staatsangehörigkeit	Nichtdeutsche	
	Anzahl	Prozent
Europa insgesamt ¹⁾	5 340 344	79,5
davon		
Europäische Union insgesamt	2 108 010	31,4
darunter		
Italien	548 194	8,2
Griechenland	315 989	4,7
Polen	292 109	4,3
Übrige europäische Länder insgesamt	3 232 334	48,1
darunter		
Türkei	1 764 318	26,3
Serbien und Montenegro ²⁾	507 328	7,6
Asien insgesamt	826 504	12,3
Afrika insgesamt	276 973	4,1
Amerika insgesamt	202 925	3,0
Australien u. Ozeanien insgesamt	9 801	0,1
Staatenlos sowie ungeklärt und ohne Angabe	60 568	0,9
Insgesamt	6 717 115	100

1) Einschließlich Personen aus der ehemaligen Sowjetunion, die sich bei Bestehen der Sowjetunion in Deutschland haben registrieren lassen und noch keinem der Nachfolgestaaten zugeordnet sind.

2) Einschließlich Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die sich bei Bestehen des Staates Jugoslawien in Deutschland haben registrieren lassen und noch keinem der Nachfolgestaaten zugeordnet sind

Quelle: Statistisches Bundesamt

Erwerbstätigkeit im ersten Quartal 2005 um 0,5 Prozent angestiegen



Nach ersten vorläufigen Berechnungen auf der Grundlage der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hatten im Durchschnitt des ersten Quartals 2005 rund 38,6 Millionen Er-

werbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept). Damit hat sich die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich um 203 000 Personen erhöht (+ 0,5 Prozent), nach einer Steigerung von 223 000 Personen (+ 0,6 Prozent) im vierten Quartal 2004. Der Beschäftigungszuwachs hat sich somit zum Jahresbeginn leicht abgeschwächt. Gründe hierfür dürften die teilweise ungünstigen Witterungsverhältnisse sein, insbesondere im Februar und Anfang März.

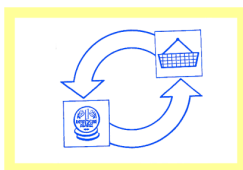
Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, war der Beschäftigungsanstieg zum Vorquartal im ersten Quartal 2005 nahezu identisch mit dem Anstieg im vierten Quartal 2004. Zum Vorquartal ergab sich jeweils ein Plus von 0,1 Prozent.

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit wurde vor allem durch eine Ausweitung selbstständiger Tätigkeiten – insbesondere in der Form von Ich-AGs – getragen. So stieg die Anzahl der Selbstständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) im ersten Quartal 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 201 000 Personen (+ 4,9 Prozent) auf 4,3 Millionen. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich nur leicht (+ 2 000 Personen; + 0,0 Prozent), nach einem Plus von 26 000 Personen (+ 0,1 Prozent) im vierten Quartal 2004. Die Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen wurde weiterhin durch die anhaltende Inanspruchnahme arbeitsmarktpolitischer Instrumente, wie den Minijobs und den so genannten Zusatzjobs, begünstigt.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet, trugen die Dienstleistungen und die Land- und Forstwirtschaft zum Anstieg der Erwerbstätigkeit wesentlich bei. Die Beschäftigungsgewinne in den Dienstleistungsbereichen fielen mit 1,3 Prozent allerdings im ersten Quartal 2005 gegenüber dem Vorjahr etwas geringer aus als im vierten Quartal 2004 (+ 1,4 Prozent). Beschäftigungsverluste im Vorjahresvergleich waren dagegen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe – 1,2 Prozent, nach ebenfalls – 1,2 Prozent im vierten Quartal 2004) und nicht zuletzt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse in der Bauwirtschaft (– 3,8 Prozent, nach – 3,3 Prozent) zu beobachten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2005 gestiegen



Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, ist im ersten Quartal 2005 gegenüber dem Vorquartal – preis-, saison- und kalenderbereinigt – deutlich um

1,0 Prozent gestiegen, damit so stark wie seit dem ersten Quartal 2001 nicht mehr.

Im Vorjahresvergleich blieb die Wirtschaftsleistung dagegen unverändert (0,0 Prozent). Allerdings wäre die Wirtschaftsleistung im Berichtsquartal unter Ausschluss des Kalendereffekts – im ersten Quartal 2005 standen zwei Arbeitstage weniger zur Verfügung als im ersten Quartal 2004 – um gut ein Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

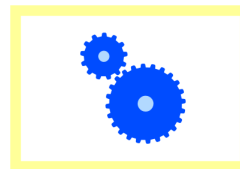
Die wirtschaftliche Belebung im ersten Quartal 2005 im Vergleich zum vierten Quartal 2004 wurde ausschließlich vom Außenbeitrag getragen: Während die Exporte kräftig zulegten, gingen die Importe zurück, sodass der Exportüberschuss (Außenbeitrag) ein deutliches Plus aufwies. Dagegen war die inländische Verwendung insgesamt rückläufig; lediglich die Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen haben zugenommen. Auch im Vorjahresvergleich ging die inländische Verwendung zurück; der Rückgang wurde jedoch durch den Anstieg des Außenbeitrags vollständig kompensiert.

Die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2005 wurde von 38,6 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 203 000 Personen oder 0,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Die Ergebnisse für das erste Quartal 2005 wurden erstmals auf der Grundlage der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt. Für die Jahre und Quartale bis 2004 bleiben die am 28. April 2005 vom Statistischen Bundesamt erstmals veröffentlichten revidierten Ergebnisse unverändert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Weniger Beschäftigte, weniger Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe März 2005



Ende März 2005 waren 5,9 Millionen Personen in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Dies sind 88 800

Personen oder 1,5 Prozent weniger als im März 2004.

Die Zahl der im März 2005 geleisteten Arbeitsstunden nahm im Vergleich zum Vorjahresmonat um 8,1 Prozent auf 782,6 Millionen ab, wobei im Berichtsmonat an zwei Tagen weniger gearbeitet wurde als im März 2004. Die Lohn- und Gehaltssumme lag bei 18,3 Milliarden EUR; das waren 0,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Gegenüber März 2004 verringerte sich der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) um 1,0 Prozent auf 126,4 Milliarden EUR; der darin enthaltene Auslandsumsatz stieg um 1,5 Prozent auf 52,1 Milliarden EUR. Der Inlandsumsatz fiel um 2,6 Prozent auf 74,3 Milliarden EUR.

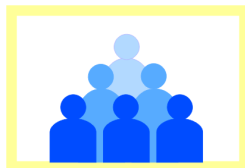
Die Gesamtumsätze wichtiger Branchen entwickelten sich im März 2005 uneinheitlich. Deutliche Umsatzsteigerungen gegenüber dem März 2004 wurden in der Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen mit

22,6 Prozent und in der Metallerzeugung und -bearbeitung mit 7,7 Prozent erzielt. Spürbar gestiegen, nämlich um 4,6 Prozent, sind auch die Umsätze in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen, während der Maschinenbau lediglich ein Umsatzplus von 0,2 Prozent verzeichnete. In der Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen bzw. im Ernährungsgewerbe verringerte sich der Umsatz im Vergleich zum März 2004 um 1,2 Prozent bzw. 1,6 Prozent. Der Umsatz in der Herstellung von Metallerzeugnissen bzw. in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nahm um 3,4 Prozent bzw. 4,5 Prozent ab. Die stärksten Umsatzrückgänge verzeichneten im März 2005 das Textil- und Bekleidungsgewerbe bzw. die Branche Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden mit 8,8 Prozent bzw. 17,6 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus Europa

Internetnutzung 2004 von Privatpersonen und Unternehmen



In den 25 Mitgliedstaaten der EU wurde das Internet im ersten Quartal 2004 von 47 Prozent der Privatpersonen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren genutzt. Das Internet wurde von

mehr Männern als Frauen und von mehr Jüngeren als Älteren genutzt. Anfang 2004 nutzten 89 Prozent der Unternehmen das Internet, und mehr als die Hälfte der Unternehmen besaß einen Breitbandanschluss.

Im ersten Quartal 2004 wurde das Internet in den 25 Mitgliedstaaten von Privatpersonen am stärksten in Schweden (82 Prozent), Dänemark (76 Prozent) und Finnland (70 Prozent) und am wenigsten in Griechenland (20 Prozent) und Ungarn (28 Prozent) sowie in Litauen, Polen und Portugal (jeweils 29 Prozent) genutzt. Durchschnittlich war der Anteil der Männer, die das Internet in den 25 Mitgliedstaaten nutzten, mit 51 Prozent höher als der für Frauen (43 Prozent). Dies gilt für fast alle Mitgliedstaaten; die Ausnahmen waren Estland, Lettland, Litauen und Finnland, wo das Internet von Männern und Frauen in fast gleichem Umfang genutzt wurde.

Die Internetnutzung durch Unternehmen war Anfang 2004 in Dänemark und Finnland (je 97 Prozent) sowie in Belgien und Schweden (je 96 Prozent) am stärksten, in Portugal (77 Prozent), Ungarn (78 Prozent), Litauen (81 Prozent) und Zypern (82 Prozent) am geringsten.

Quelle: Eurostat

Arbeitslosenquote im März 2005 bei 8,9 Prozent



Im März 2005 betrug in den 12 Mitgliedstaaten der EU, in denen die Währung EUR gilt (Eurozone), die saisonbereinigte Arbeitslosenquote 8,9 Prozent, während sie im Februar bei 8,8

Prozent gelegen hatte. Im März 2004 hatte sie 8,8 Prozent betragen. Die Arbeitslosenquote in den 25 Mitgliedstaaten der EU belief sich im März 2005 auf 8,9 Prozent und blieb damit gegenüber Februar unverändert. Im März 2004 hatte sie 9,0 Prozent betragen.

Die niedrigsten Quoten wurden im März 2005 in Irland (4,3 Prozent), Luxemburg (4,5 Prozent), Österreich (4,6 Prozent), im Vereinigten Königreich (4,7 Prozent im Januar) und in Dänemark (4,9 Prozent im Februar) verzeichnet. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten Polen (18,1 Prozent), die Slowakei (15,9 Prozent), Griechenland (10,2 Prozent im Dezember 2004) und Spanien (10,2 Prozent) zu vermelden.

Dreizehn Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote, in zwei Staaten blieb die Quote gleich und in zehn stieg sie an. Der stärkste relative Rückgang wurde in Litauen (von 11,4 Prozent auf 8,6 Prozent), Estland (von 9,8 Prozent auf 7,9 Prozent), der Slowakei (von 18,7 Prozent auf 15,9 Prozent) und Malta (von 7,8 Prozent im Februar 2004 auf 6,8 Prozent im Februar 2005) beobachtet, während die Niederlande (von 4,4 Prozent im Februar 2004 auf 5,0 Prozent im Februar 2005), Luxemburg (von 4,1 Prozent auf 4,5 Prozent) und Ungarn (von 5,8 Prozent auf 6,3 Prozent) den stärksten relativen Anstieg verzeichneten.

Vergleicht man den März 2005 mit dem März 2004, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,5 Prozent auf 7,6 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU sank sie von 8,1 Prozent auf 8,0 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen sank in der Eurozone von 10,6 Prozent auf 10,5 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU von 10,2 Prozent auf 10,0 Prozent.

Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen lag im März 2005 in der Eurozone bei 19,2 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU bei 19,1 Prozent. Im März 2004 hatte sie bei 18,2 Prozent bzw. 18,9 Prozent gelegen. Die niedrigsten Quoten für die unter 25-Jährigen wurden in Dänemark (7,1 Prozent im Februar), in Irland (8,0 Prozent) und in den Niederlanden (9,1 Prozent im Februar) verzeichnet, die höchsten in Polen (36,4 Prozent), in der Slowakei (27,6 Prozent), in Griechenland (26,2 Prozent im Dezember 2004) und in Italien (24,0 Prozent im Dezember 2004).

Quelle: Eurostat

Erhebliche Unterschiede beim durchschnittlichen Jahresverdienst 2002



2002 betrug der durchschnittliche Jahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungsbereich in den 25 Mitgliedstaaten der EU 26 800 EUR. Am höchsten war er im Vereinigten Königreich (36 200 EUR), Luxemburg (35 000 EUR), Deutschland (34 600 EUR), Irland (30 800 EUR), Schweden (30 200 EUR) und den Niederlanden (30 100 EUR), am niedrigsten in Lettland (3 200 EUR), Litauen (3 600 EUR), Estland (4 400 EUR) und der Slowakei (5 000 EUR).

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Werte für den Jahresverdienst in den nicht zur Eurozone gehörenden Mitgliedstaaten von dem 2002 geltenden Wechselkurs der jeweiligen Landeswährung gegenüber dem EUR beeinflusst werden. Außerdem spiegeln Verdienstangaben in EUR Unterschiede in der Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht wider, da sie Preisniveauunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten unberücksichtigt lassen.

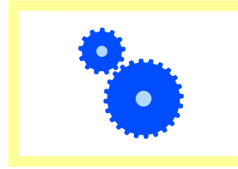
Der Durchschnittsverdienst von Frauen und Männern ist unterschiedlich. In den 25 Mitgliedstaaten der EU entsprach der jährliche Durchschnittsverdienst von Frauen rund 75 Prozent des Durchschnittsverdiensts von Männern (21 400 EUR gegenüber 29 900 EUR). Am größten war der Unterschied im Vereinigten Königreich, in Dänemark und in Zypern, wo Frauen im Jahr durchschnittlich mehr als 30 Prozent weniger verdienten als Männer. Der geringste Unterschied war in Slowenien, Ungarn, Polen, Litauen, Belgien, Schweden und Finnland zu verzeichnen, wo der Durchschnittsverdienst von Frauen um weniger als 20 Prozent unter dem von Männern lag.

Zu beachten ist hierbei allerdings, dass für beide Gruppen unterschiedliche Beschäftigungsmerkmale zutreffen. Zum einen sind Frauen in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich stark repräsentiert und üben unterschiedliche Tätigkeiten aus. Zum anderen sind berufstätige Frauen tendenziell jünger als ihre männlichen Kollegen, haben daher eine kürzere Betriebszugehörigkeit und sind folglich bei der Vergabe von Managementpositionen oft in einer ungünstigeren Ausgangssituation. Dies wiederum impliziert, dass Unterschiede bei den Durchschnittsverdiensten von Frauen und Männern nicht notwendigerweise darauf schließen lassen, dass Frauen und Männer mit vergleichbaren Beschäftigungsmerkmalen unterschiedlich bezahlt werden. Unterschiede bezüglich der Anzahl der Arbeitsstunden bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten wirken sich auf

die angegebenen Durchschnittsverdienste nicht aus, weil die Verdienste von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt sind.

Quelle: Eurostat

Rückgang bei Auftragseingängen in der Industrie



In der Eurozone ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im März 2005 nach ersten Schätzungen gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozent gesunken. Im Februar war der Index um 2,4 Prozent, im Januar um 6,9 Prozent gefallen. In den 25 Mitgliedstaaten der EU gingen die Auftragseingänge im März 2005 ebenfalls zurück, und zwar um 2,1 Prozent. Im Februar waren sie um 1,8 Prozent und im Januar um 6,7 Prozent zurückgegangen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat sanken die Auftragseingänge im März 2005 in der Eurozone um 0,7 Prozent; in den 25 Mitgliedstaaten der EU stiegen sie um 0,1 Prozent.

Im März 2005 nahm der Fahrzeugbau gegenüber dem Vormonat in der Eurozone um 2,9 Prozent zu, in den 25 Mitgliedstaaten der EU jedoch um 5,7 Prozent ab. Die chemische Industrie wies eine Steigerung um 0,7 Prozent in der Eurozone auf und blieb in den 25 Mitgliedstaaten der EU unverändert. Der Sektor elektrische und elektronische Erzeugnisse verzeichnete eine Abnahme von 0,6 Prozent bzw. 3,2 Prozent. Für Metalle und Metallerzeugnisse ergab sich ein Rückgang von 2,1 Prozent in der Eurozone und von 2,4 Prozent in den 25 Mitgliedstaaten der EU. Im Textil- und Bekleidungsgewerbe betrug der Rückgang 4,1 Prozent bzw. 2,1 Prozent. Im Maschinen- und Anlagenbau fielen die Auftragseingänge in der Eurozone um 4,2 Prozent, stiegen jedoch in den 25 Mitgliedstaaten der EU um 0,8 Prozent.

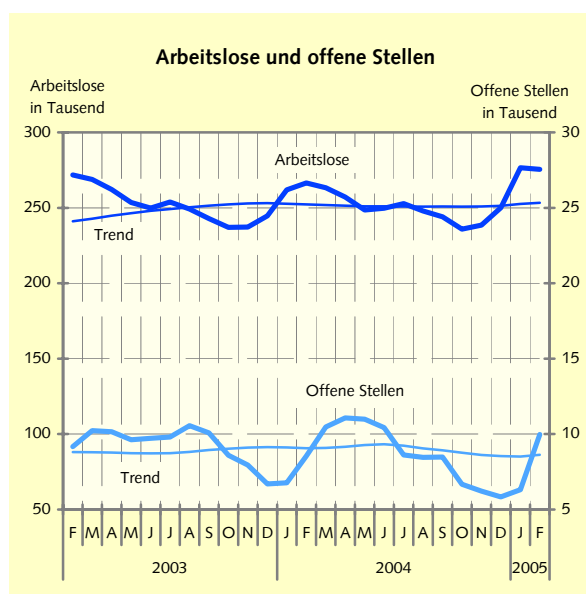
Von den Mitgliedstaaten, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten im März 2005 acht einen Anstieg der Auftragseingänge im auftragsorientierten verarbeitenden Gewerbe und acht einen Rückgang. Die größten Zuwächse verbuchten Portugal (+ 9,7 Prozent), Dänemark (+ 4,3 Prozent), Estland (+ 4,0 Prozent) und Lettland (+ 3,2 Prozent). Zu den stärksten Rückgängen kam es in Polen (– 11,2 Prozent), der Slowakei (– 9,3 Prozent), Italien (– 5,0 Prozent) und Schweden (– 4,2 Prozent).

Quelle: Eurostat

Wirtschaftstrends im Überblick – Februar 2005

Die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg erhöhte sich im Februar 2005 beim Vergleich mit dem Februar 2004 um 3,4 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigte der Produktionsindex und der Umsatz eine weiterhin stabil steigende Tendenz bei sinkenden Beschäftigtenzahlen. Das Bauhauptgewerbe befindet sich dagegen nach wie vor in einer schwierigen Situation; der Auftragseingang, der Umsatz und die Beschäftigten waren sehr stark rückläufig. Der brandenburgische Einzelhandel meldete stagnierende Umsätze bei sinkenden Beschäftigtenzahlen. Bei sinkendem Umsatz im Gastgewerbe war bei den Beschäftigtenzahlen eine leicht steigende Tendenz erkennbar. Die brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen nach wie vor lebhaft. Der Verbraucherpreisindex bewegte sich in engen Grenzen, er stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 Prozent.

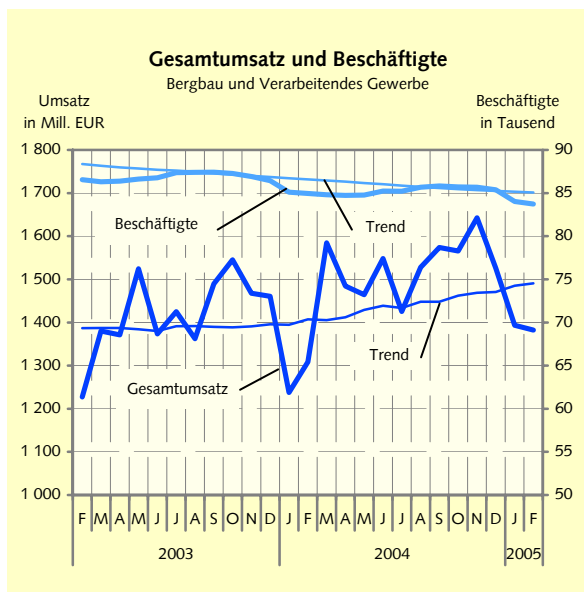
Von den brandenburgischen Arbeitsämtern wurden Ende Februar 2005 mit 275 527 Personen rund 0,4 Prozent weniger **Arbeitslose** als im Januar 2005 registriert. Im Vergleich zum Februar 2004 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3,4 Prozent zu. Im Berichtsmonat betrug die Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 22,4 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 20,6 Prozent. Zum Jahreswechsel trat bei beiden Kennziffern auf Grund der veränderten gesetzlichen Bestimmungen ein Zuwachs von knapp 2 Prozentpunkten auf. Das Verhältnis der gemeldeten **offenen Stellen** zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 28. Das war der niedrigste Monatswert seit dem Juni 2004. Ein deutlicher Trend zur Senkung der Arbeitslosenzahl ist daraus allerdings kaum ableitbar.



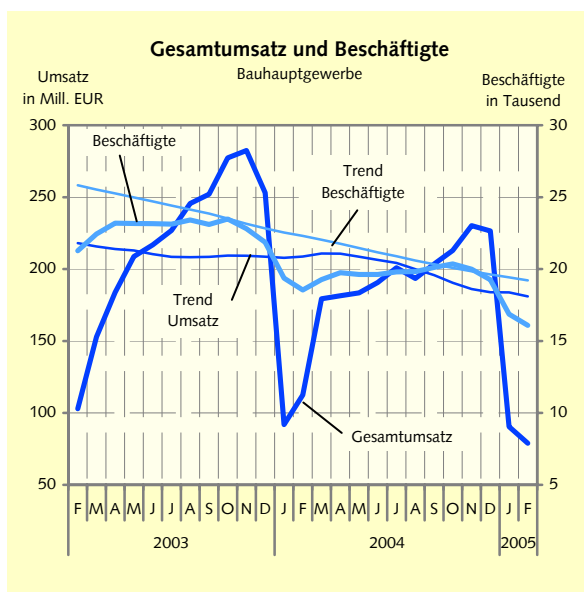
Die im Monat Februar 2005 im **Verarbeitenden Gewerbe** sowie im **Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** berichtspflichtigen 1 085 brandenburgischen

Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 382,5 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 73,9 Millionen EUR bzw. 5,6 Prozent überboten. Im gleichen Zeitraum fiel der Auftragseingang um 7,9 Prozent und der Produktionsindex stieg um 0,3 Prozent an. Der Trend der letzten zwei Jahre ist deutlich erkennbar: steigender Umsatz (ca. + 5 Millionen EUR pro Monat) bei sinkender Beschäftigtenanzahl (ca. – 135 Beschäftigte pro Monat). Im Zeitraum von 12 Monaten (März 2004 bis Februar 2005) konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 18,1 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes um 6,9 Prozent. Allerdings waren diese Kennziffern wesentlich stärker durch den Auslandsumsatz als durch die Binnennachfrage bestimmt. Der Auslandsumsatz dieses Wirtschaftszweiges verzeichnete im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Zuwachs um 18,3 Prozent beziehungsweise, beim Vergleich zum Vorjahreszeitraum, um 12,9 Prozent. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden erreichte im Februar 2005 ein Niveau von ca. 315 Millionen EUR. Er betrug im Zeitraum vom März 2004 bis Februar 2005 ca. 3,8 Milliarden EUR und bewirkte damit ca. 21 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Produktionsindex der brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg weiterhin, wenn auch in abgeschwächter Form, an. Er lag im Monat Februar 2005 um 0,3 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats und um 9,4 Prozent über dem des vergleichbaren 12-Monatszeitraumes. Der gewichtete und preisbereinigte Volumenindex des Auftragseingangs fiel im Februar 2005 um 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ab. Im betrachteten Monat lag die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden bei 83 741 Personen. Sowohl gegen-

über dem vergleichbaren Vorjahresmonat als auch gegenüber den jeweiligen Vorjahresmittelwerten entwickelte sich die Beschäftigtenzahl kontinuierlich rückläufig – um 1,4 bis 1,8 Prozent. Aus diesen Gründen – steigender Umsatz und sinkenden Beschäftigten – stieg der Umsatz je Beschäftigten weiter an.



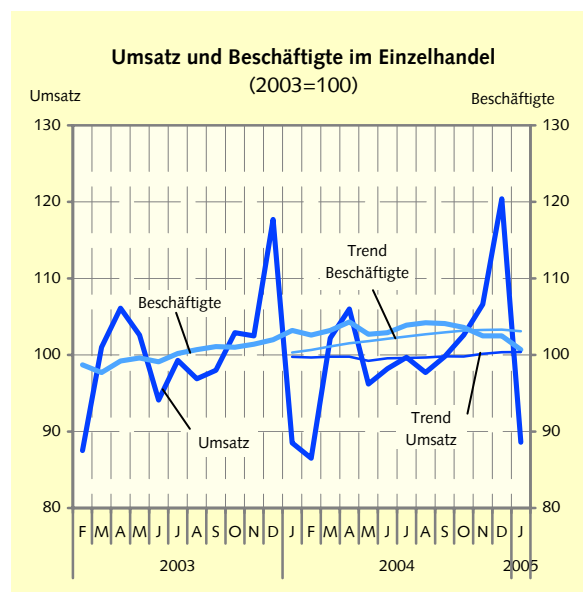
Die Situation im brandenburgischen **Bauhauptgewerbe** war im Februar 2005 durch eine weiterhin stark rückläufige Nachfrage gekennzeichnet. Die 391 berichtspflichtigen Betriebe erreichten im Februar 2005 einen Gesamtumsatz von 78,9 Millionen EUR, dieser lag um 29,9 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonates. Die grafische Darstellung zeigt einerseits deutlich die witterungsbedingten Schwankungen beim Umsatz und den Beschäftigten. Andererseits ist auch die langfristig fallende Tendenz der beiden Kennziffern deutlich erkennbar. Die Anpassung nach



der wendebedingten Hochphase im Bauhauptgewerbe ist demzufolge noch nicht abgeschlossen. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der künftigen Umsatzentwicklung – erreichte im Februar 2005 ein Niveau von rund 78,5 Millionen EUR. Es lag damit um 48,0 Prozent unter den Angaben im Februar 2004. In den bauhauptgewerblichen Betrieben wurden zum Ende des Monats Februar 16 086 Beschäftigte gezählt, das waren 13,3 Prozent weniger als noch im Februar 2004. Der Umsatz je Beschäftigten folgte der saisonalen Schwankung sehr stark, während der gleitende Mittelwert der letzten 12 Monate leicht abfällt.

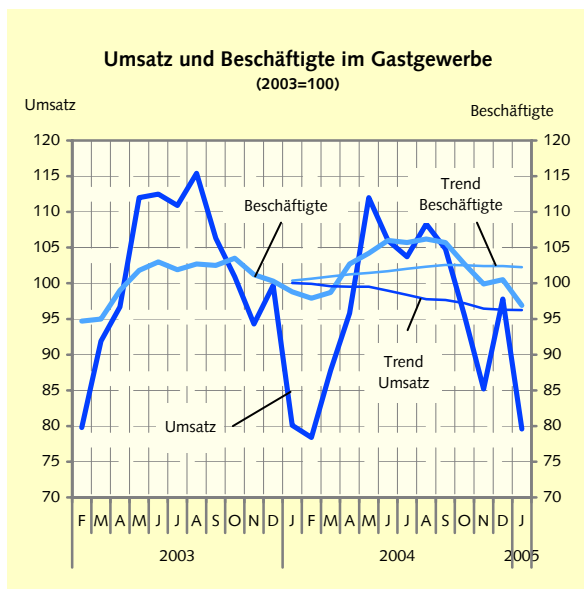
Bei der statistischen Erfassung im brandenburgischen Einzelhandel und im Gastgewerbe erfolgte ein Methodikwechsel. Aus diesem Grund liegen vergleichbare Angaben erst ab dem Januar 2003 und nur bis zum Januar 2005 vor.

Bei den Indexen zur neuen Basis 2003 des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten im **Einzelhandel** zeigte sich beim Umsatz in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine etwa gleich bleibende Tendenz. Die Veränderung zum Vorjahresmonat – in diesem Fall zum Januar 2004 – betrug + 0,1 Prozent und beim Vergleich der letzten 12 Monate zum Vorjahreszeitraum + 0,6 Prozent. Bei den Beschäftigten war zum Jahresende 2004 eine rückläufige Tendenz erkennbar, die aber noch nicht dominierend ist. Die Kennziffern lauten: – 2,4 Prozent für Januar 2005 zu Januar 2004 und + 2,8 Prozent für den Zeitraum Februar 2004 bis Januar 2005 im Vergleich zu Februar 2003 bis Januar 2004.

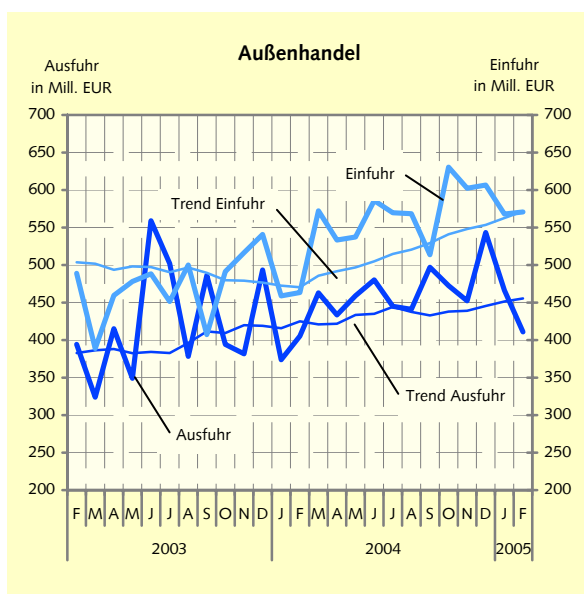


Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war beim nominalen Umsatz sowohl beim Vergleich zum Vorjahresmonat, wie auch zum 12-monatigen Vorjahreszeitraum

eine fallende Tendenz erkennbar. Die Beschäftigtenzahl zeigte demgegenüber eine langfristig leicht steigende Tendenz. Im Februar 2005 betrug die Anzahl der **Übernachtungen** 406,2 Tausend, gegenüber Februar 2004 waren es + 0,2 Prozent mehr. Beim Vergleich der 2 und 12-monatigen Zeiträume ergibt sich ein Plus von 2,8 bzw. 0,5 Prozent.

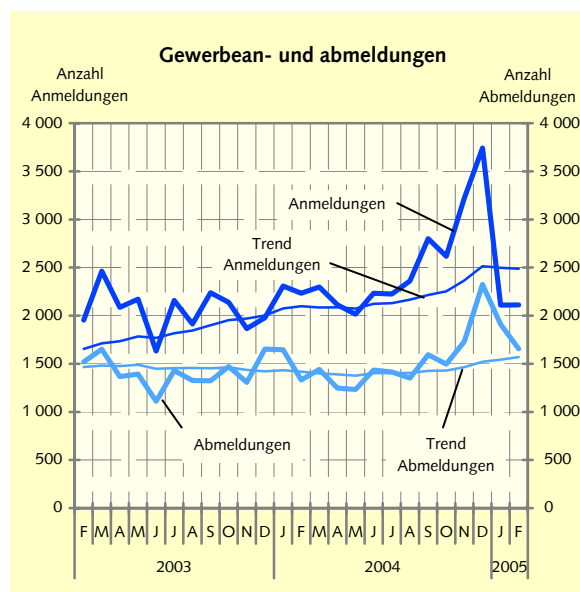


Beim Außenhandel erreichte der gesamte **Exportwert** der brandenburgischen Wirtschaft im Februar 2005 ein Volumen von 410,8 Millionen EUR und lag damit nur um 1,3 Prozent über dem relativ schwachen Ergebnis des Vorjahresmonats. Bei den Vergleichen zum laufenden Jahr (Januar bis Februar 2005 zu Januar bis Februar 2004) war



dies ein Plus von 12,6 Prozent. Beim ganzjährigen Vergleich, von März 2004 bis Februar 2005 zum Zeitraum von März 2003 bis Februar 2004, ergab sich ein Zuwachs von 9,9 Prozent. Obwohl eine Saldierung von Import und Export statistisch nicht möglich ist, kann seit etwa einem Jahr beim Import eine dynamischere Entwicklung als beim Export beobachtet werden.

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** verminderte sich gegenüber dem Februar 2004 (– 5,4 Prozent). Sie zeigte zwar längerfristig eine steigende Tendenz, ging jedoch im Januar und Februar 2005 deutlich – auf knapp über 2 000 Gewerbeanmeldungen – zurück.



Bei den **Unternehmensinsolvenzen** verstärkte sich die bisher leicht steigende Tendenz; bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner schwächte sich in den letzten 2 Monaten der starke Anstieg der Vormonate leicht ab. Im Monat Februar 2005 sanken die Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,6 Prozent auf 202 Fälle ab.

Der **Verbraucherpreisindex**, als Indikator der Inflation bei den Verbraucherpreisen, lag im Monat Februar 2005, bezogen auf das Jahr 2000, bei 107,8. Das war ein Plus von 2,2 Prozent gegenüber dem Februar 2004. Die Veränderung lag damit leicht – um 0,1 Prozentpunkte – über den längerfristigen Vergleichswerten.

Jürgen Hübner



Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Februar 2005
(Basis: Originalwerte)

Merkmal	Einheit	Februar 2005		Januar 2005 – Februar 2005		März 2004 – Februar 2005	
		absolut	Verände- rung zum Vorjahres- monat	Mittelwert	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Verände- rung zum Vorjahres- zeitraum
			Prozent		Prozent		Prozent
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	275 527	+ 3,4	276 048	+ 4,5	253 349	+ 0,4
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe							
Auftragseingangsindex ¹⁾	2000 = 100	106,2	– 7,9	107,4	– 0,8	115,2	+ 1,2
Produktionsindex	2000 = 100	114,2	+ 0,3	115,6	+ 2,1	125,6	+ 9,4
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 382,5	+ 5,6	1 388,1	+ 9,0	1 509,9	+ 6,9
Beschäftigte	1000	83,7	– 1,4	83,9	– 1,4	85,1	– 1,8
Bauhauptgewerbe²⁾							
Auftragseingang	Mill. EUR	78,5	– 48,0	75,7	– 36,6	133,3	– 16,3
Gesamtumsatz	Mill. EUR	78,9	– 29,9	84,7	– 17,1	181,0	– 13,3
Beschäftigte	1000	16,1	– 13,3	16,5	– 13,1	19,2	– 13,9
Einzelhandel							
Umsatz nominal	2003 = 100	88,6 ³⁾	+ 0,1	x	x	100,4 ⁴⁾	+ 0,6
Beschäftigte	2003 = 100	100,7 ³⁾	– 2,4	x	x	103,1 ⁴⁾	+ 2,8
Gastgewerbe							
Umsatz nominal	2003 = 100	79,6 ³⁾	– 0,6	x	x	96,2 ⁴⁾	– 3,8
Beschäftigte	2003 = 100	96,9 ³⁾	– 1,9	x	x	102,3 ⁴⁾	+ 1,9
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	153,1	+ 6,8	147,2	+ 6,8	256,1	+ 3,3
Gästeübernachtungen	1 000	406,2	+ 0,2	401,4	+ 2,8	710,3	+ 0,5
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	410,8	+ 1,3	438,6	+ 12,6	463,6	+ 9,9
Einfuhr	Mill. EUR	570,7	+ 23,2	569,4	+ 23,5	571,6	+ 21,5
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 111	– 5,4	2 111	– 7,0	2 487	+ 18,5
Insolvenzen von Unternehmen	Anzahl	111	+ 18,1	97	+ 0,5	105	+ 7,1
Insolvenzen übriger Schuldner	Anzahl	202	– 5,6	232	+ 5,0	246	+ 28,5
Verbraucherpreisindex	2000 = 100	107,8	+ 2,2	107,6	+ 2,1	106,8	+ 2,1

1) für das Verarbeitende Gewerbe

2) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Angaben von Januar 2005

4) Angaben von Februar 2004 bis Januar 2005

Rückblick auf die Landtagswahl am 19.09.2004

Ohne Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik ist die Durchführung von Wahlen in einem Land nicht mehr durchführbar. Bereits wenige Stunden nach Abschluss der Wahl werden die ersten Ergebnisse der Stimmenabgabe der Bürger und vor allem ihre Wahlentscheidung erwartet.

Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik unterstützt daher den Landeswahlleiter, sowohl bei der technischen Durchführung der Datenerfassung und -übermittlung als auch bei der statistischen Aufbereitung der Wahlergebnisse. Im folgenden Beitrag wird ein Überblick der IT-Unterstützung bei der Landtagswahl 2004 vermittelt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Wahlstatistik zur Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs vorgestellt.

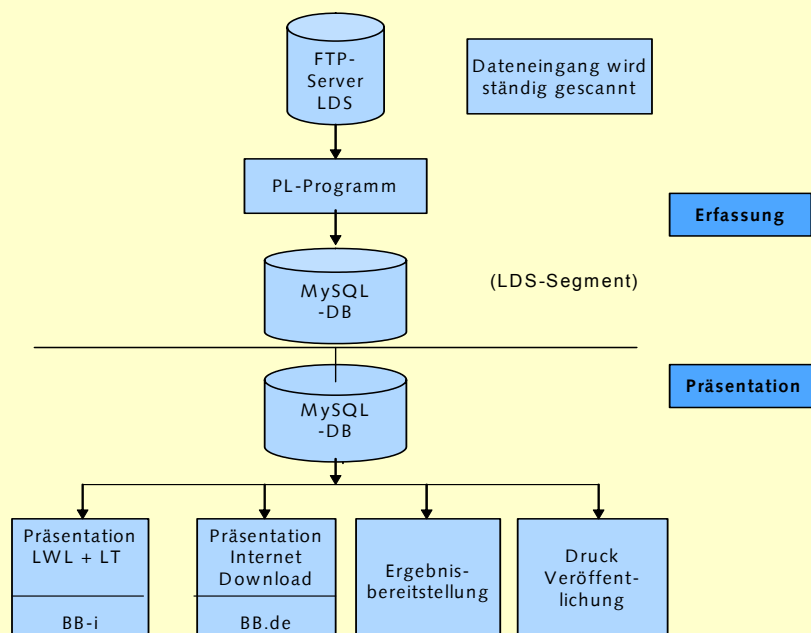
Wahlauftrag

Bei der Wahl zum 4. Landtag Brandenburgs am 19. September 2004 hatte der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) zwei umfangreiche Aufgaben zu erfüllen: einerseits die IT-Unterstützung zur Erfassung und Übermittlung der Wahlergebnisse zum Landeswahlleiter und andererseits die Unterstützung von Politik und Bürgern mit wahlstatistischen Informationen.

Informationstechnik unterstützt Ermittlung des Wahlergebnisses

Zur IT-gestützten Wahlergebnisermittlung im Land Brandenburg wurde die vorhandene IT-Infrastruktur bei den Kreiswahlleitern und deren Anbindung an das Landesverwaltungsnetz genutzt. Im LDS Brandenburg kamen die vorhandenen Server, PC und Internetzugänge zum Einsatz.

Landtagswahl 2004



Zur Ergebnisübertragung wurde FTP und eine einheitliche Datenschnittstelle zum zentralen Wahlsystem im LDS eingesetzt. Einige Kreiswahlleiter nutzten das durch den LDS entwickelte Erfassungssystem für die Meldung an den Landeswahlleiter und für weitere Auswertungen. Die zentrale Datenschnittstelle zu anderen Wahlprogrammanbietern wurde vom LDS BB geprüft und freigegeben.

Der Dateneingang im LDS erfolgte über die Firewall auf den FTP-Server, dessen Eingangsverzeichnis laufend gescannt und angekommene Dateien sofort zur Plausibilisierung weitergeleitet wurden. Die geprüften Daten wurden in der zentralen Wahldatenbank (MySQL-Datenbank) gespeichert. Die zentrale Wahlbezirksdatei ist in das Datenbankmodell integriert.

Die Wahldatenbank im LDS wurde gespiegelt. Damit konnte eine Lastverteilung für die Ergebnisermittlung und der Ergebnisdarstellung erreicht werden.

Alle Phasen der Erhebung im LDS wurden durch den Administrator kontrolliert und gesteuert und in einer LOG-

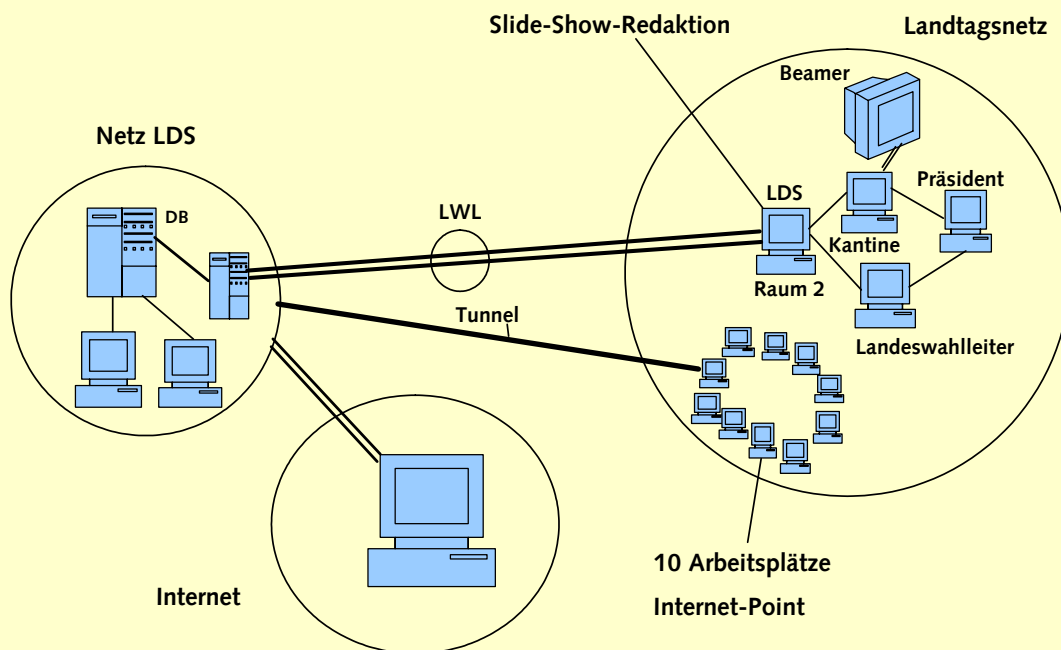
Datei protokolliert. Der Administrator verfügte über alle Informationen zum aktuellen Stand der Wahl und war zuständig für die Freigabe der Ergebnisse.

Alle Wahlergebnisse wurden auf verschiedenen Aggregatstufen geliefert, als Zwischen-, Vorläufige- und Endergebnisse. Diese wurden zeitnah im Internet als Landes-, Wahlkreis- und Gemeindeergebnisse dargestellt. Die Internetpräsentation erfolgte über die WEB Server des Landes Brandenburg. Die statistischen html-Seiten wurden dynamisch aus der gespiegelten Wahldatenbank erzeugt.

Für die Präsentation der Landtagswahlergebnisse im Landtag wurde vom LDS eine Browser basierte Anwendung vorbereitet und durchgeführt.

Neben diesen umfangreichen Arbeiten wurden, wie bereits benannt, auch statistische Arbeiten durchgeführt. Zu diesen Aufgaben gehörte die Zusammenstellung der Wahlergebnisse des Landes Brandenburg von den 44

Technische Infrastruktur Landtagswahl



Landtagswahlkreisen¹⁾, die Darstellung des Landesergebnisses und die Durchführung der Repräsentativen Wahlstatistik. Für diese Statistik wurden per Stichprobenziehung 124 Urnenwahlbezirke ermittelt.

Um ein rationelles Instrument der Auswertung der Wahlergebnisse zu besitzen, wurde im Jahr 2004 erstmalig die GENESIS-Datenbank im großen Umfang eingesetzt. Mit dem Input von Ergebnissen der Vorjahre und der Landtagswahl 2004 ist es nun mehr möglich, kurzfristig Kundenwünsche zu beantworten.

Wahlbeteiligung

Von den 2 117 145 Wahlberechtigten gaben 1 194 192 ihre Stimmen ab. Damit lag die Wahlbeteiligung bei 56,41 Prozent. Gegenüber der Landtagswahl 1999 waren das 2,11 Prozentpunkte und gegenüber der Landtagswahl 1994 nur 0,08 Prozentpunkte mehr.

In 23 von 44 Landtagswahlkreisen lag 2004 die Wahlbeteiligung über dem Ergebnis des Landes. Die Spanne der Wahlbeteiligung lag zwischen 49,05 Prozent (Wahlkreis Brandenburg an der Havel II) und 66,92 Prozent (Wahlkreis Potsdam I). Beide Wahlkreise beinhalten ein Gebiet einer kreisfreien Stadt; sowohl Innenstadt als auch städtische Randgebiete (Vorstädte). Ein Zusammenhang zwischen Siedlungsdichte und Wahlbeteiligung ist nicht zu beobachten.

Im Vergleich zur Landtagswahl 1999 war die Spannweite zwischen der niedrigsten und der höchsten Wahlbeteiligung relativ konstant (1999: 17,55 Prozentpunkte, 2004: 17,87 Prozentpunkte).

Der Anteil der Briefwähler betrug 6,18 Prozent. Er war damit weiter ansteigend.

Wie bei der Landtagswahl 1999 wurde auch im Jahr 2004 eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt. Durch den Landeswahlleiter wurden 124 Urnenwahlbezirke für die Durchführung dieser Wahlstatistik ausgewählt. Briefwahlbezirke wurden nicht in die repräsentative Wahlstatistik einbezogen. In die Auswahl wurden nur Wahlbezirke mit einer Mindestgröße von 400 Wahlberechtigten einbezogen, sodass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Personen möglich waren.

Der Vergleich der Wahlbeteiligung der repräsentativen Wahlstatistik mit der des Gesamtergebnisses der Landtagswahl 2004 zeigt, dass nur geringe Abweichungen erkennbar sind.

Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit dem Gesamtergebnis der Landtagswahl 2004

Merkmal	Gesamtergebnis für das Land ohne Briefwahl	Repräsentativ-ergebnis	Abweichung zum endgültigen Wahlergebnis
	Prozent		Prozentpunkte
Wahlbeteiligung	53,75	53,25	- 0,50
Ungültige Erststimmen	3,09	2,98	- 0,11
Ungültige Zweitstimmen	2,27	2,27	0,00
Gültige Erststimmen	96,91	97,02	+ 0,11
Gültige Zweitstimmen	97,73	97,73	0,00

Wahlberechtigte und Briefwähler bei den Landtagswahlen 1994, 1999, 2004

Landtagswahl	Wahlberechtigte	Briefwähler	Anteil der Briefwähler an den Wahlberechtigten
	Anzahl		Prozent
1994	1 933 680	71 001	3,67
1999	2 056 834	104 808	5,10
2004	2 117 145	130 857	6,18

Wie bei der Landtagswahl 1999 zuvor, gab es 2004 bei der Wahlbeteiligung ein Gefälle bei Frauen und Männern von den älteren Bürgerinnen und Bürgern mit hoher Wahlbeteiligung zu den Jüngeren mit geringer Wahlbeteiligung. Offensichtlich altersbedingtes Absinken der Wahlbeteiligung war bei der Gruppe der ältesten Wähler festzustellen. Aber auch die Seniorenwähler lagen mit ihrer Wahlbeteiligung deutlich über den Jungwählern. Die Spannweite zwischen höchster und niedrigster Wahlbeteiligung betrug bei den Männern und Frauen über 29 Prozentpunkte.

1) Gemäß Brandenburgischen Landeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2004, GVBl S. 30

Wahlbeteiligung^{*)} bei den Landtagswahlen 1999 und 2004 nach Altersgruppen

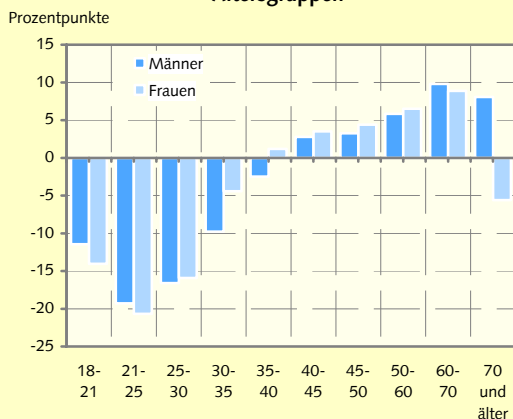
Alter von... bis unter ... Jahre	Wahlbeteiligung		Veränderung 2004 zu 1999
	2004	1999	
	Prozent		Prozentpunkte
18 – 21	40,58	38,19	+ 2,39
21 – 25	33,34	30,09	+ 3,25
25 – 30	36,97	32,81	+ 4,16
30 – 35	46,08	40,82	+ 5,26
35 – 40	52,59	47,64	+ 4,95
40 – 45	56,39	50,56	+ 5,83
45 – 50	57,07	54,69	+ 2,38
50 – 60	59,42	60,13	– 0,71
60 – 70	62,57	66,61	– 4,04
70 und älter	52,77	55,74	– 2,97

*) ohne Briefwähler

Nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik beantragten mehr Frauen als Männer einen Wahlschein. In beiden Wählergruppen stieg mit der Zunahme des Alters der Anteil derjenigen, die einen Wahlschein angefordert hatten.

Betrachtet man den Anteil der Nichtwähler, so ist auffällig, dass besonders die jüngeren Wählergruppen durch die Parteien und Wahlvorschlagsträger nicht stimuliert wurden, zur Wahl zu gehen. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern war der höchste Anteil der Nichtwähler in der Altersgruppe 21- bis unter 25-Jährigen festzustellen. Über zwei Drittel dieser Altersgruppe hatte sich nicht an der Wahl beteiligt.

Abweichung der Wahlbeteiligung^{*)} von der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2004 nach Geschlecht und Altersgruppen



*) ohne Briefwähler

Wahlentscheidungen

Auch hier zeigt der Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit dem Gesamtergebnis der Landtagswahl 2004 keine gravierenden Abweichungen (vgl. Tabelle nächste Seite).

Bei der folgenden Untersuchung des Wählerverhaltens werden daher grundsätzlich die Werte zu Grunde gelegt, die aus der Stichprobe (repräsentative Wahlstatistik) ermittelt wurden.

Die Wahlentscheidungen **nach dem Geschlecht** der Wähler fielen für die Parteien unterschiedlich aus, sowohl bei der Erst- als auch bei der Zweitstimme.

Durch die Wählerinnen wurden sowohl mit der Erst- als auch mit der Zweitstimme die SPD, danach die PDS und danach die CDU am häufigsten gewählt. Bei den Männern ist diese Reihenfolge auch bei den Zweitstimmen festzustellen. Bei der Erststimmenvergabe der Männer rangiert die PDS auf dem ersten Platz, gefolgt von der SPD und CDU.

Frauen wählten die SPD häufiger als Männer. Bei der PDS und der CDU überzog die männliche Wählerschaft. Sie liegt bei der CDU auf niedrigerem Niveau. Die DVU besaß bei den Männern eine doppelt so hohe Wählerschaft wie bei den Frauen.

Wahlentscheidung von Männern und Frauen bei der Landtagswahl 2004

Partei	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf nebenstehenden Parteien			
	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen
	Männer		Frauen	
SPD	27,35	29,56	32,06	36,61
PDS	31,87	28,07	29,40	25,19
CDU	23,88	20,81	21,70	18,81
DVU ¹⁾	X	8,40	X	3,97
GRÜNE/ B 90	3,42	3,21	4,47	3,61
FDP	5,20	3,65	5,14	3,47
FAMILIE ¹⁾	X	1,38	X	3,31
Sonstige	8,28	4,92	7,24	5,02

1) Aussage nicht sinnvoll, weil Wahlvorschlagsträger nicht zur Wahl angetreten sind

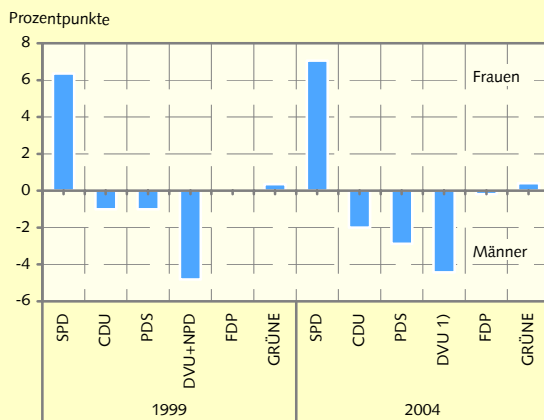
Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit dem Gesamtergebnis der Landtagswahl 2004

Von 100 gültigen Stimmen erhielten	Gesamtergebnis für das Land (ohne Briefwahl)	Repräsentativergebnis	Abweichung zum endgültigen Wahlergebnis
	Prozent		Prozentpunkte
Erststimme			
SPD	28,73	29,74	+ 1,01
PDS	32,01	30,62	– 1,40
CDU	22,40	22,78	+ 0,38
DVU ¹⁾	X	X	X
GRÜNE/B 90	3,89	3,95	+ 0,06
FDP	4,82	5,17	+ 0,34
FAMILIE ¹⁾	X	X	X
Sonstige	8,14	7,75	– 0,39
Zweitstimme			
SPD	31,93	33,13	+ 1,20
PDS	27,73	26,61	– 1,12
CDU	19,25	19,80	+ 0,55
DVU	6,47	6,16	– 0,32
GRÜNE/B 90	3,40	3,41	+ 0,01
FDP	3,34	3,56	+ 0,22
FAMILIE	2,76	2,36	– 0,40
GRÜNE/B 90	5,10	4,97	– 0,13

1) Aussage nicht sinnvoll, weil Wahlvorschlagsträger nicht zur Wahl angetreten sind

Der Vergleich der Stimmenanteile, die für die Parteien von Männern und Frauen bei den Landtagswahlen 1999 und 2004 als Zweitstimme abgegeben wurden, verdeutlicht die Abweichung im Wahlverhalten der Geschlechter im Zeitraum einer Legislaturperiode.

Differenz zwischen den Stimmenanteilen der Frauen und Männer für ausgewählte Parteien^{*)} 1999 und 2004



^{*)} Zweitstimmen

1) bei der Landtagswahl 2004 wurde die DVU von der NPD unterstützt

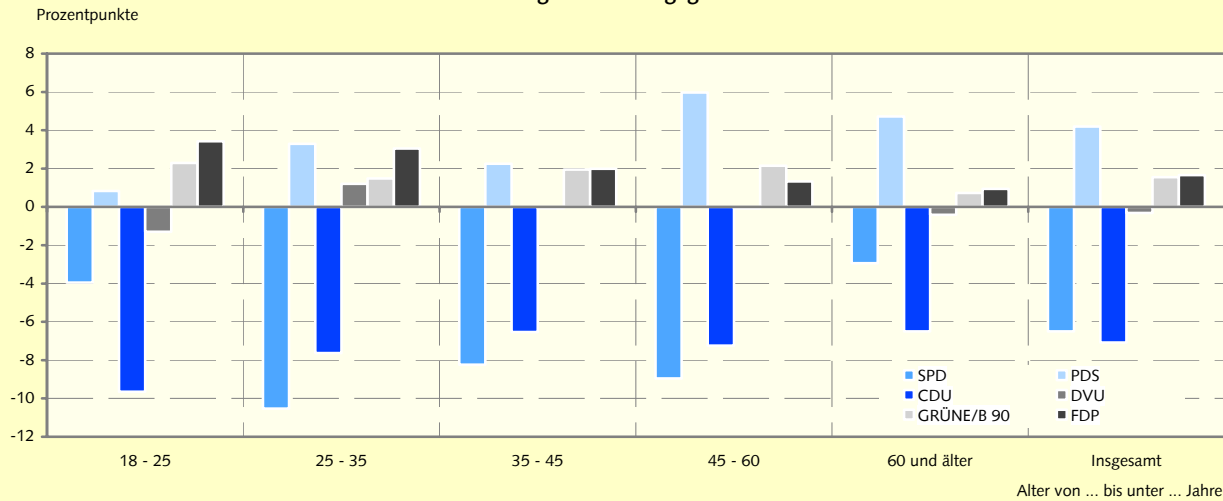
Die Wahlentscheidungen **nach dem Alter** der Wähler ergaben für die einzelnen Parteien unterschiedliche Stimmenanteile:

Die Wähler der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen gaben SPD (24,88 Prozent) und PDS (rund 24 Prozent) fast gleiche Anteile der Stimmen. Die CDU erhielt fast 9 Prozentpunkte weniger Stimmen in dieser Gruppe als die vorgenannten Parteien. Die DVU konnte 13,5 Prozent der Stimmen dieser Altersgruppe gewinnen. Hauptursache für dieses Ergebnis war das Abstimmungsverhalten der männlichen Wähler.

Die Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen zeichnete sich durch gleichmäßige Stimmenanteile für die PDS und CDU aus. Diese erhielten jeweils 21 Prozent der Stimmen dieser Gruppe. Gewinner war die SPD, die 24,42 Prozent dieser Altersgruppe auf sich vereinigte. Die DVU konnte auch in dieser Klientel über 11 Prozent der Stimmen gewinnen.

In der mittleren Altersgruppe (35 bis unter 45 Jahre) erreichte die SPD mit über 27 Prozent den höchsten Anteil der Stimmen. Es folgte die PDS mit über 24,5 Prozent vor der CDU mit über 21 Prozent. Die Position der SPD wurde durch die weiblichen Wähler getragen, die der SPD knapp unter 30 Prozent der Stimmen gaben. Bei den Männern

Veränderung der Wahlentscheidung der Gesamtwählerschaft und der Wählerschaft nach Altersgruppen bei der Landtagswahl 2004 gegenüber 1999



herrschte ein fast ausgewogenes Anteilsverhältnis zwischen den drei großen Parteien. Die DVU konnte in dieser Altersgruppe bei den Männern fast 11 Prozent der Stimmen gewinnen.

In der Altersgruppe der 45- bis unter 60-Jährigen erhielten die SPD mit 30,5 Prozent und die PDS mit knapp unter 30 Prozent fast die gleichen Stimmenanteile. Während bei den Männern die PDS mit über 32 Prozent der Stimmen dominierte, wählten die Frauen die SPD mit über 34 Prozent. Die CDU positionierte sich bei über 19 Prozent und lag damit ca. 10 Prozent hinter den vorgenannten Parteien.

In der ältesten Wählergruppe (60 Jahre und älter) gab es einen klaren Sieger und das war die SPD mit über 43 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das ist besonders dem Wahlverhalten der Frauen zuzurechnen, die über 47 Prozent ihrer Stimmen dieser Partei gaben. Von den Männern erhielt die SPD knapp unter 39 Prozent. Die PDS erhielt in dieser Altersgruppe etwas über 27 Prozent der Stimmen. Hier wurde das Ergebnis besonders durch das Wahlverhalten der Männer bestimmt. Die CDU konnte in dieser Altersgruppe fast 20 Prozent gewinnen; sowohl von den Frauen als auch von den Männern erhielt sie jeweils ca. 20 Prozent.

Wahlentscheidung der Männer und Frauen bei der Landtagswahl 2004 nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von 100 gültigen Stimmen ¹⁾ nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
	SPD	PDS	CDU	DVU	GRÜNE/B 90	FDP	FAMILIE	Sonstige
Männer								
18 - 25	24,46	22,65	15,64	17,55	4,67	6,53	2,19	6,29
25 - 35	22,33	22,01	21,45	14,81	4,40	5,64	3,64	5,72
35 - 45	24,96	23,70	23,70	10,87	4,74	4,21	2,14	5,69
45 - 60	26,72	32,17	20,28	7,48	3,55	3,26	1,03	5,51
60 und älter	38,83	30,66	20,39	3,23	1,09	2,27	0,27	3,26
Frauen								
18 - 25	25,39	25,57	15,13	8,58	6,84	6,49	6,49	5,51
25 - 35	26,57	21,08	20,59	7,55	5,36	4,99	9,20	4,66
35 - 45	29,69	25,48	18,98	5,17	5,43	3,66	5,58	6,01
45 - 60	34,36	27,79	18,29	3,67	3,74	3,70	2,23	6,23
60 und älter	47,17	24,00	19,33	1,72	1,38	2,24	0,67	3,49

1) gültige Zweitstimmen

Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte im Land Brandenburg

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 –

Anfang 2003 besaß im Durchschnitt jeder Haushalt im Land Brandenburg rein rechnerisch ein Bruttogeldvermögen in Höhe von 25 100 EUR. Nach Abzug der durchschnittlichen Konsumentenkreditschulden von 1 600 EUR belief sich das durchschnittliche Nettogeldvermögen je Haushalt auf 23 500 EUR. Etwa zehn Prozent der privaten Haushalte im Land Brandenburg machten 2003 keine Angaben zum Geldvermögen. Weniger als ein Prozent der brandenburgischen Haushalte weigerten sich, die Höhe ihres Geldvermögens zu benennen.

Der größte Anteil der Geldvermögensbildung entfiel 2003 auf Lebens-, private Renten-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen. An zweiter Stelle standen sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen gefolgt von Wertpapieren. Sparguthaben, die 1998 noch den Hauptteil des Geldvermögens der brandenburgischen Haushalte bildeten, standen 2003 nur noch an vierter Stelle bei der Bildung von Geldvermögen. Welche Anlageform von den privaten Haushalten im Land Brandenburg gewählt wurde, wie hoch die jeweils angelegten Beträge waren und wie viele Haushalte wie hoch mit Konsumentenkreditschulden belastet waren, soll im folgenden Beitrag dargestellt werden. Dabei wird die Höhe und Verteilung des erfassten Geldvermögens sowie der Konsumentenkreditschulden differenziert nach sozioökonomischen Merkmalen der Haushalte betrachtet.

Vorbemerkungen

Fragen nach den Arten des Geldvermögens und deren Höhe gehören zu den sensibelsten Tatbeständen bei Haushaltsbefragungen. Dazu geben Befragte in der Regel ungern Auskunft oder verweigern die Antwort. Auch in den Erhebungsunterlagen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) befinden sich Antwortverweigerungen. Im Wissen um die Problematik des zu erfragenden Sachverhalts wurde daher bei der EVS 2003 versucht, durch Splittung des Einführungsinterviews in ein Heft „Einführungsinterview“ und ein weiteres Heft „Anlage zum Einführungsinterview“, zunächst eine Vertrauensbasis zu den Haushalten aufzubauen und die Fragen zum Vermögen und den Schulden gesondert zu stellen. Damit sollte auch einem Abbruch der Aufzeichnungen durch die Haushalte vorgebeugt werden.

Bei der EVS 1998 wurden Geldvermögensbestände zu vier unterschiedlichen Stichtagen zum Schluss der Erhebung in den Haushaltsbüchern erfragt. Je nachdem, in welchem Quartal der Haushalt damals Buch führte, waren das der 31. März, der 30. Juni, der 30. September oder der 31. Dezember. Diese Entscheidung war mit teilweise erheblichen Einbußen in der Aussagekraft der Ergebnisse verbunden, sodass man sich entschloss, die Angaben zum Vermögen und den Schulden wieder zu einem einheitlichen Stichtag zu erfragen und in das Einführungsinterview zu integrieren.

Unter Berücksichtigung der in früheren oder auch anderen Erhebungen beim Antwortverhalten zu diesen Fragestellungen gesammelten Erfahrungen, fiel letztlich die Entscheidung, die Haushalte zu bitten, in einer Anlage zum Einführungsinterview zu diesen sensiblen Fragen Auskunft zu geben.

In der EVS 2003 wurden die privaten Haushalte nach folgenden Vermögensarten befragt:

- ❑ Bausparguthaben, d. h. noch nicht ausgezahlter Bausparverträge einschließlich aller sonstigen privaten Guthaben bei Bausparkassen,
- ❑ Sparguthaben, d. h. bei Banken und Sparkassen (einschließlich Postbank) im In- und Ausland, die durch eine Urkunde (Sparbuch) gekennzeichnet und nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt sind,
- ❑ Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen, wie Fest- und Termingelder (einschließlich Sparbriefe) in- und ausländischer Kreditinstitute; hierunter fallen auch Guthaben auf Tagesgeldkonten,
- ❑ Aktien, d. h. (in- und ausländische Wertpapiere) mit verbrieften Anteilsrechten an einer Aktiengesellschaft (AG, KGaA),
- ❑ Rentenwerte, d. h. laufende Inhaberschuldverschreibungen in- und ausländischer Emittenten (Aussteller der Wertpapiere); im Einzelnen sind dies Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen (z. B. Bundes-, Länder- bzw. Kommunalobli-

gationen und -schatzbriefe) sowie Industrieobligationen,

- Aktienfonds, d. h. (Investmentfonds), bei denen die Gelder der Anleger überwiegend in Aktien investiert werden,
- Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen, wie Zertifikate in- und ausländischer Immobilien-, Wertpapier- und Geldmarktfonds, Altersvorsorgefonds, Dachfonds, Anteile an geschlossenen Immobilienfonds und Kapitalgesellschaften, soweit diese keine Aktiengesellschaften sind (z. B. Anteile an Personalgesellschaften, Genossenschaften und an Gesellschaften mit beschränkter Haftung), auch Timesharing.

Wie bei den vorangegangenen Erhebungen sollten auch bei der EVS 2003 Versicherungsguthaben angegeben werden. Gefragt wurde nach Lebens-, privaten Renten-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen. Anzugeben war der Rückkaufwert, einschließlich vorhandener Überschussguthaben, den der Versicherte von dem Versicherungsunternehmen ausgezahlt bekäme, kündigte er am 1.1.2003 den Vertrag.

Der im Folgenden verwendete Geldvermögensbegriff erfasst keine Bargeldbestände, keine Ansprüche von Haushaltsmitgliedern gegen Unternehmen aus der betrieblichen Altersvorsorge (einschließlich Direktversicherungen) sowie keine Ansprüche an Pensions-, Sterbekassen und berufsständische Versorgungswerke. Auch Girokonten blieben unberücksichtigt. Außerdem fehlen die Daten von privaten Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 18 000 EUR, die bekannterweise nicht in die EVS einbezogen werden.

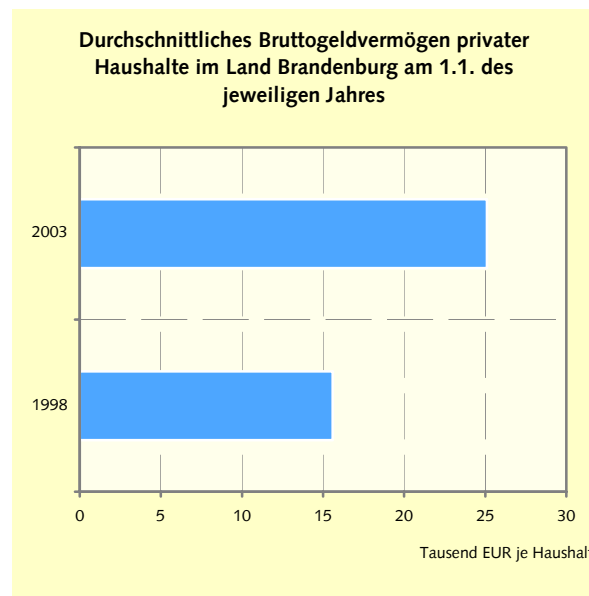
Geldvermögen

Anfang 2003 hatte im Land Brandenburg im Durchschnitt ein Haushalt rein rechnerisch 25 100 EUR Bruttogeldvermögen. Das Bruttogeldvermögen ist das Vermögen ohne Berücksichtigung der Verschuldung der privaten Haushalte. Dazu zählen Sparguthaben, Lebensversicherungen, Bausparguthaben und Wertpapiere.

Zwischen 1998 und 2003 wuchs das Bruttogeldvermögen der brandenburgischen Haushalte im Schnitt pro Haushalt um 9 500 EUR. Das entsprach rechnerisch einem durchschnittlichen Zuwachs von 60,9 Prozent.

Nicht alle privaten Haushalte verfügen über Geldvermögen. Die Zahl der Haushalte ohne Angaben zum Geldvermögen ist im Land Brandenburg von 1998 bis 2003 um gut ein Drittel angestiegen.

Zum 1.1.2003 hatten rund 10 Prozent der Haushalte keine Angaben zum Geldvermögen, 0,5 Prozent verweigerten die Angaben zur Höhe des Geldvermögens. Im Januar 1998 waren es rund 8 Prozent der brandenburgischen Haushalte, die keine Angaben zum Geldvermögen machten und 0,4 Prozent weigerten sich, Angaben zur Höhe mitzuteilen. Bei näherer Betrachtung zeigen sich allerdings bei den verschiedenen Haushaltsgruppen erhebliche Unterschiede.



Geldvermögen nach sozioökonomischen Merkmalen privater Haushalte

Selbstverständlich hängt die Vermögensbildung eng mit dem Haushaltsnettoeinkommen zusammen. Generell war auch 2003 festzustellen, dass mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen auch das Geldvermögen wächst.

Nahezu zwei Drittel der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 900 EUR hatten ein Bruttogeldvermögen von durchschnittlich knapp 6 000 EUR. Dagegen verfügten alle Haushalte mit einem sehr hohen Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 EUR über ein Geldvermögen von durchschnittlich rund 96 000 EUR.

Bei weiterer Betrachtung zeigen sich auch bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen erhebliche Unterschiede. So konnten brandenburgische Haushalte von Beamten Anfang 2003 auf ein Geldvermögen von durchschnittlich 30 700 EUR zurückgreifen.

Geldvermögen privater Haushalte im Land Brandenburg am 1.1.2003 nach sozioökonomischen Merkmalen

Sozioökonomisches Merkmal	Haushalte insgesamt	Haushalte mit Angaben zum Bruttogeldvermögen	Durchschnittliches Bruttogeldvermögen je Haushalt
	1 000		100 EUR
Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers			
Selbstständige	67	(62)	(629)
Beamte	47	47	307
Angestellte	303	293	318
Arbeiter	228	213	170
Arbeitslose	123	77	110
Nichterwerbstätige	404	363	218
darunter: Rentner	388	351	224
Haushaltstyp			
Allein Lebende	365	299	136
Allein Erziehende ¹⁾	(56)	(44)	(73)
Paare ²⁾	544	514	312
ohne Kind(er)	350	332	344
mit Kind(ern) ¹⁾	194	183	255
Sonstige Haushalte	208	197	338
Alter des Haupteinkommensbeziehers			
von ... bis unter ... Jahre			
unter 25	/	/	/
25 – 35	105	93	122
35 – 45	281	259	208
45 – 55	274	237	277
55 – 65	205	180	337
65 – 70	111	104	326
70 – 80	157	147	225
80 und mehr	/	/	/
monatliches Haushaltsnettoeinkommen			
von ... bis unter ... EUR			
unter 900	205	135	(58)
900 – 1 300	227	196	130
1 300 – 1 500	108	102	218
1 500 – 2 000	222	217	249
2 000 – 2 600	183	179	283
2 600 – 3 600	147	146	444
3 600 – 5 000	56	56	622
5 000 – 18 000	(22)	(22)	(962)
Haushalte insgesamt	1 173	1 055	251

1) Kind(er) unter 18 Jahren

2) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften

Auch über 90 Prozent der Selbstständigen- und Rentnerhaushalte waren in der Lage, sich Geldvermögen anzulegen. Allerdings war das Geldvermögen der Selbstständigen mit durchschnittlich fast 63 000 EUR dreimal so hoch

wie das der Rentner (22 400 EUR). Offensichtlich sind diese Haushalte infolge ihrer im Schnitt überdurchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in der Lage, ohne Abstriche an der Lebenshaltung große Beträge anzulegen. Bei

Haushalten von Arbeitslosen verfügten dagegen nur sechs von zehn Haushalten im Durchschnitt über ein Bruttogeldvermögen von 11 000 EUR.

Da die Mehrzahl der Bevölkerung mehr und mehr befürchtet, dass die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht ausreichen könnten, spielt auch die Altersvorsorge bei der Entscheidung für oder gegen die Vermögensbildung eine zunehmende Rolle. Immerhin besaßen 88 Prozent der brandenburgischen Haushalte im Alter zwischen 55 und 65 Jahren im Januar 2003 durchschnittlich 33 700 EUR Bruttogeldvermögen. Offensichtlich sparen viele Haushalte im Laufe ihres Lebens auch für ihre Altersvorsorge. Bei jüngeren Haushalten zwischen 25 und 35 Jahren lag der Vergleichswert mit 12 200 EUR deutlich niedriger. Bei diesen jungen Altersgruppen kann angenommen werden, dass im Verlauf der im Erwerbsleben stehenden Geldvermögen aufgebaut werden kann. Nach Erreichen des Rentenalters nimmt das Geldvermögen allerdings kontinuierlich ab. 94 Prozent der Haushalte von 70- bis unter 80-Jährigen standen im Durchschnitt noch 22 500 EUR zur Verfügung.

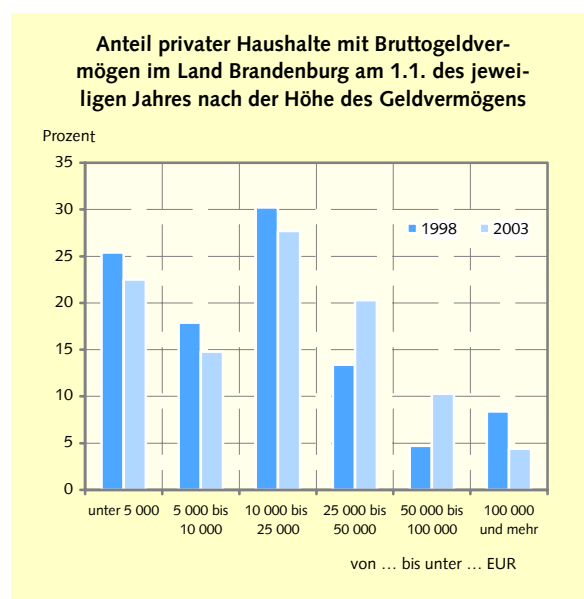
Auch die Vorsorge für die Familie spielt insbesondere bei Paaren bei der Vermögensbildung eine große Rolle. So verfügten über 94 Prozent der brandenburgischen Paare 2003 über ein durchschnittliches Bruttogeldvermögen von 31 200 EUR. Bei eingehender Betrachtung ist der Anteil der Paare ohne und mit Kindern mit Bruttogeldvermögen mit 94 Prozent zwar gleich hoch, allerdings können Paare ohne Kinder mehr Geld auf die hohe Kante legen als Paare mit Kindern. Kinderlosen Paaren standen mit 34 400 EUR fast 9 000 EUR mehr Geldvermögen zur Verfügung als Paaren mit Kindern (25 500 EUR).

Haushalte von allein Lebenden und allein Erziehenden bilden im Vergleich zum Durchschnitt aller Haushalte am wenigsten Geldvermögen. Mit durchschnittlich 13 600 EUR war das Bruttogeldvermögen der Singlehaushalte jedoch noch fast doppelt so hoch wie das der allein erziehenden Mütter und Väter (7 300 EUR).

Höhe des Geldvermögens

Da die Durchschnittswerte nicht die Streuung der Geldvermögen widerspiegeln, sind für die Einschätzung der Vermögenssituation der privaten Haushalte auch Informationen darüber von Bedeutung, wie viele Haushalte über ein hohes oder niedriges Geldvermögen verfügen. So besaßen 14 Prozent Haushalte im Januar 2003 im Land Brandenburg ein Geldvermögen von weniger als 2 500 EUR. Andererseits konnten auch zehn Prozent der Haushalte auf ein Geldvermögen von 50 000 bis unter 100 000 EUR zurückgreifen. Gut ein Viertel der Haushalte besaß 10 000 bis unter 25 000 EUR an Geldvermögen.

Damit hat sich die Vermögenssituation bei vielen brandenburgischen Haushalten von 1998 bis 2003 verbessert. Der Anteil der Haushalte mit einem Geldvermögen über 25 000 EUR erhöhte sich in diesem Zeitraum von etwa 27 auf 35 Prozent. Während 1998 fast drei Viertel der vermögenden Haushalte ein eher geringes Vermögen bis zu 25 000 EUR besaß, waren es 2003 noch 65 Prozent. Der Anteil der Haushalte mit großem Vermögen von mehr als 100 000 EUR ist im gleichen Zeitraum allerdings von ca. acht auf vier Prozent gesunken. Bei der Einschätzung der Vermögenssituation privater Haushalte ist allerdings zu berücksichtigen, dass Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 18 000 EUR nicht in die EVS einbezogen werden.



Anlageformen des Geldvermögens

Obgleich die Renditeerwartungen bei Spargbüchern und Versicherungen, verglichen mit anderen Anlageformen, in der Regel nicht besonders hoch sind, gehören diese immer noch zu den am meisten genutzten Anlageformen privater Haushalte im Land Brandenburg. Knapp zwei Drittel der in der EVS abgebildeten Haushalte verfügten 2003 über ein Sparguthaben. Allerdings nahm die Zahl der Haushalte mit einem Sparguthaben zwischen 1998 und 2003 deutlich ab. Hatten 1998 noch 74 Prozent der Haushalte Sparguthaben, so waren es fünf Jahre später gut 10 Prozent weniger.

Fast genauso beliebt als Anlageform sind Lebensversicherungen. Versicherungsunternehmen halten für die Absicherung von Risiken des Lebens, wie Berufsunfähigkeit, längere Krankheit, Tod und Fürsorge im Alter eine Palette von Angeboten bereit, sodass 59 Prozent der brandenburgischen Haushalte Anfang 2003 ein Versicherungsguthaben hatten. Damit ist nicht nur die Zahl der Haushalte mit

Versicherungsguthaben 2003 gegenüber 1998 angestiegen (+ 9 Prozent), sondern auch die Höhe des Guthabens hat sich mehr als verdoppelt.

Die dritthäufigste Form der Geldvermögensbildung im Land Brandenburg sind sonstige Geldanlagen bei Banken und Sparkassen, gefolgt von Bausparen und Wertpapieren. Während der Anteil der Haushalte mit sonstigen Geldanlagen bei Banken und Sparkassen sowie mit Wertpapieren von 1998 bis 2003 deutlich gestiegen ist, hat sich der mit Bausparguthaben nur leicht erhöht.

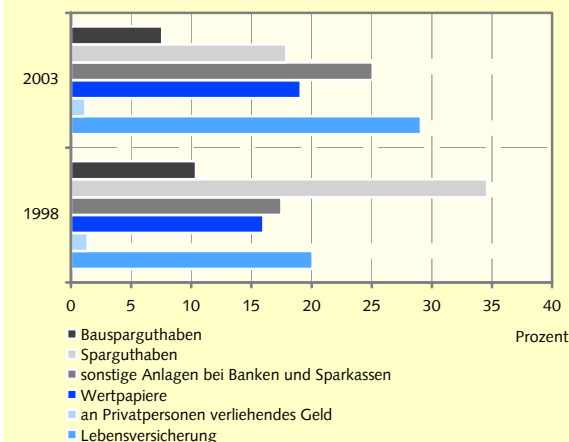
Bruttogeldvermögen privater Haushalte im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach Anlageformen

Anlageform	Haushalte mit Angaben zum Bruttogeldvermögen		Durchschnittliches Bruttogeldvermögen je Haushalt	
	1998	2003	1998	2003
	1 000		100 EUR	
Bausparguthaben	410	407	16	19
Sparguthaben	825	735	55	45
Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen	351	449	28	63
Wertpapiere	.	362	.	48
Aktien	108	135	6	9
Rentenwerte	61	51	6	5
Aktienfonds	.	250	.	19
Sonstige Wertpapiere, Vermögensbeteiligungen	177	128	13	14
An Privatpersonen verliehenes Geld	79	69	2	3
Lebensversicherungen u.ä. ¹⁾	636	696	32	73
Insgesamt	1 108	1 055	159	251

1) Versicherungsguthaben von Lebens-, privaten Renten-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen

Betrachtet man die für die einzelnen Anlageformen ausgewiesene Guthabenhöhe, verändert sich die vorstehend skizzierte Rangfolge der Vermögensarten. Danach standen 2003 bei den privaten Haushalten im Land Brandenburg an erster Stelle Versicherungsguthaben mit einem Anteil von 18 Prozent, an zweiter Stelle sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen (25 Prozent) gefolgt von Wertpapieren (19 Prozent). Erst an vierter Stelle folgten Sparguthaben (18 Prozent). 1998 bildete das traditionelle Sparguthaben mit einem Anteil von 35 Prozent noch den Hauptteil des Geldvermögens. An zweiter Stelle standen damals Versicherungsguthaben (20 Prozent), gefolgt von sonstigen Anlagen bei Banken und Sparkassen (18 Prozent).

Anteil der Guthaben der Anlageformen am Bruttogeldvermögen insgesamt privater Haushalte im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres



Konsumentenkreditschulden

In zahlreichen Haushalten existieren neben dem Geldvermögen auch Schulden für Konsumentenkredite. Konsumentenkredite sind für private Haushalte eine Möglichkeit, sich Konsumwünsche ohne vorhergehendes Ansparen der entsprechenden Geldmenge zu erfüllen. Wenn es sich dabei allerdings um einkommensschwache Haushalte handelt, die in der Regel auch nicht auf längerfristig angelegtes Geldvermögen zurückgreifen können, führen Rückzahlungsschwierigkeiten, z. B. bei Ausfall von Einkommen infolge Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit, oft in die Überschuldung. Von den rund 1,2 Millionen Haushalten im Land Brandenburg hatten im Januar 2003 über 230 000 Haushalte Konsumentenkreditschulden. Das war jeder fünfte Haushalt. Im Schnitt hatten diese Kredite eine Höhe von 1 600 EUR je Haushalt. Verglichen mit dem Jahr 1998 hat 2003 die Zahl der Haushalte mit Konsumentenkreditschulden abgenommen. Allerdings ist der Schuldenberg in diesem Zeitraum je Haushalt angestiegen.

Private Haushalte mit Konsumentenkreditschulden im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres

Merkmal	Einheit	1998	2003
Haushalte	1 000	1 112	1 173
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	1 000	266	233
Verschuldungsquote	Prozent	23,9	19,9
Konsumentenkreditschulden je Haushalt insgesamt	1 000 EUR	13	16
Konsumentenkreditschulden je Haushalt mit Konsumentenkreditschulden	1 000 EUR	54	78

Private Haushalte mit Konsumentenkreditschulden im Land Brandenburg am 1.1.2003 nach sozioökonomischen Merkmalen

Sozioökonomisches Merkmal	Haushalte insgesamt	Haushalte mit Konsumentenkrediten	Verschuldungsquote	Durchschnittliche Konsumentenkreditschulden je Haushalt
	1 000		Prozent	100 EUR
Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers				
Selbstständige	67	/	/	/
Beamte	47	(17)	(36,2)	(46)
Angestellte	303	77	25,4	23
Arbeiter	228	(67)	(29,4)	(21)
Arbeitslose	123	(23)	(18,7)	(9)
Nichterwerbstätige	404	(39)	(9,7)	(5)
darunter: Rentner	388	(37)	(9,5)	(5)
Haushaltstyp				
Allein Lebende	365	(48)	(13,2)	(7)
Allein Erziehende ¹⁾	(56)	(12)	(21,4)	(17)
Paare ²⁾	544	123	22,6	21
ohne Kind(er)	350	60	17,1	15
mit Kind(ern) ¹⁾	194	63	32,5	30
Sonstige Haushalte	208	51	24,5	17
Alter des Haupteinkommensbeziehers				
von ... bis unter ... Jahre				
unter 25	/	/	/	/
25 – 35	105	(32)	(30,5)	(30)
35 – 45	281	78	27,8	23
45 – 55	274	72	26,3	20
55 – 65	205	(26)	(12,7)	(9)
65 – 70	111	/	/	/
70 – 80	157	/	/	/
80 und mehr	/	–	–	–
monatliches Haushaltsnettoeinkommen				
von ... bis unter ... EUR				
unter 900	205	/	/	/
900 – 1 300	227	(49)	(21,6)	(11)
1 300 – 1 500	108	(14)	(13,0)	(6)
1 500 – 2 000	222	(53)	(23,9)	(18)
2 000 – 2 600	183	50	27,3	26
2 600 – 3 600	147	34	23,1	25
3 600 – 5 000	56	(14)	(25,0)	(22)
5 000 – 18 000	(22)	/	/	/
Haushalte insgesamt	1 173	233	19,9	16

1) Kind(er) unter 18 Jahren

2) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften

Betrachtet nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers wiesen Haushalte von Beamten im Januar 2003 die höchsten Kreditverpflichtungen auf und Haushalte von Rentnern hatten die geringsten Schulden. Als problematisch ist die Situation der verschuldeten Arbeitslosen Haushalte zu werten. Diese hatten 2003 bei relativ geringem Einkommen und niedrigen Vermögensbeständen durchschnittlich rund 4 900 EUR je verschuldeter Haushalt abzutragen.

Jüngere Haushalte neigen offensichtlich eher dazu, für die Erfüllung ihrer Wünsche einen Kredit aufzunehmen und sich zu verschulden. Im Januar 2003 hatte fast ein Drittel der Haushalte im Land Brandenburg mit 25- bis unter 35-jährigen Haupteinkommensbezieher einen Konsumentenkredit aufgenommen. Auffallend hoch war auch die durchschnittliche Verschuldungssumme dieser Haushalte mit Krediten. So betrug die Rückzahlungshöhe durchschnittlich 9 700 EUR. Mit zunehmendem Alter nimmt die Verschuldung dann allerdings ab. Dies betrifft nicht nur die Höhe der Schulden, sondern auch den Anteil der verschuldeten Haushalte. Ursache ist sicher die zum einen im Laufe der Zeit verbesserte Einkommenssituation der Haushalte, zum anderen nimmt die Risikobereitschaft sich zu verschulden bei älteren Haushalten ab.

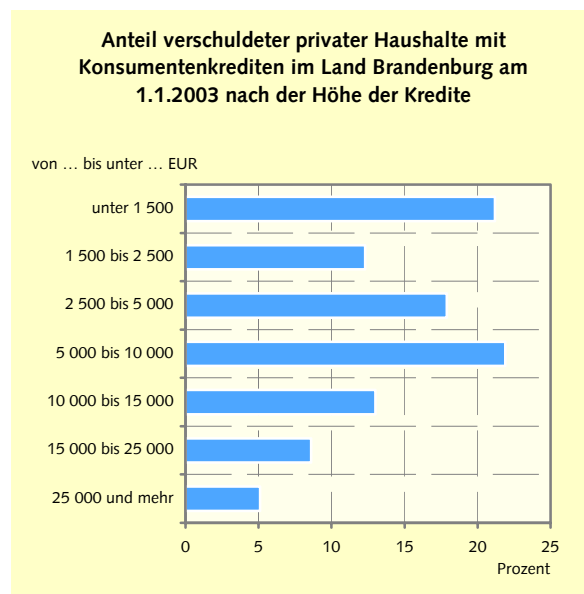
Die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens spielt ebenfalls eine Rolle bei der Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten. Der höchste Anteil verschuldeter Haushalte im Land Brandenburg lag im Januar 2003 mit 27 Prozent bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2 000 bis unter 2 600 EUR. Mit durchschnittlich 9 500 EUR war auch die Höhe der Schulden bei diesen Haushalten am höchsten. Auch Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2 600 bis unter 3 600 EUR nahmen überdurchschnittlich Konsumentenkredite in Anspruch (23 Prozent). Bei den verschuldeten Haushalten dieser Einkommensgruppe war der Verschuldungsbetrag mit durchschnittlich 10 700 EUR sogar am höchsten.

Haushalte mit Kindern benötigen für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse offensichtlich eher Konsumentenkredite als Haushalte ohne Kinder. Fast ein Drittel der Paare mit Kindern und ein Fünftel der allein Erziehenden im Land Brandenburg hatten im Januar 2003 Konsumentenkredite zu laufen. Dagegen benötigten Paare ohne Kinder und Single-Haushalte deutlich weniger Kredite. Paare mit Kindern haben außerdem einen höheren Schuldenstand als Paare ohne Kinder. Auch die Kreditschulden allein erziehender Mütter und Väter waren dagegen viel niedriger.

Höhe der Konsumentenkredite

Weitere Informationen über die Situation verschuldeter Haushalte liefert die Betrachtung der Verteilung der Konsumentenkreditschulden. Gut die Hälfte aller brandenbur-

gischen Haushalte mit Konsumentenkreditschulden hatte im Januar 2003 Kredite mit vergleichsweise geringen Summen unter 5 000 EUR aufgenommen, wobei allein 21 Prozent aller Haushalte Kredite in Höhe von weniger als 1 500 EUR in Anspruch nahmen. Mehr als ein Fünftel aller verschuldeten Haushalte war mit Krediten in Höhe von 5 000 bis unter 10 000 EUR belastet. Etwa jeder siebente verschuldete Haushalt war mit 15 000 und mehr EUR verschuldet.



Die Verschuldungssituation privater Haushalte wird allerdings durch die Betrachtung der Konsumentenkredite nicht vollständig abgedeckt. In zahlreichen Haushalten existieren daneben noch Schulden für Hypotheken und Dispositionskredite. Auch brandenburgische Haushalte hatten ihre Immobilien fremdfinanziert bzw. ihr Konto überzogen und einen Dispositionskredit in Anspruch genommen. Auf die Hypothekenschulden wurden im Zusammenhang mit der Darstellung des Haus- und Grundbesitzes in einem gesonderten Beitrag eingegangen. Die Dispositionskredite sind von kurzfristiger Natur und wurden daher nicht näher betrachtet.

Brandenburg im Vergleich zum Bundesgebiet

In Deutschland hatte im Januar 2003 ein Haushalt im statistischen Durchschnitt ein Bruttogeldvermögen von 40 300 EUR. Das waren über 15 000 EUR mehr als im Durchschnitt jedem brandenburgischen Haushalt zur Verfügung stand. Damit besaßen private Haushalte im Land Brandenburg nur 62 Prozent des durchschnittlichen Geldvermögens, das Haushalte im Bundesdurchschnitt ihr Eigen nannten. Da die Vermögensbildung in enger Beziehung zu den Einkommen steht, verwundert nicht, dass für Bundesländer wie Brandenburg mit niedrigem Haushalts-

nettoeinkommen auch unterdurchschnittliche Geldvermögensbestände für private Haushalte ausgewiesen werden.

Auch die Zuwächse beim Geldvermögen von 1998 bis 2003 liegen bei den privaten Haushalten im Land Brandenburg weit unter denen im Bundesdurchschnitt. Während in diesem Zeitraum das brandenburgische Bruttogeldvermögen pro Haushalt um gut die Hälfte gestiegen ist, hat sich das der deutschen Haushalte insgesamt im Schnitt um fast zwei Drittel erhöht. Die Unterschiede fielen zweifellos noch stärker aus, wenn die in der EVS nicht erfassten Haushalte mit mehr als 18 000 EUR monatlichem Haushaltsnettoeinkommen noch berücksichtigt würden.

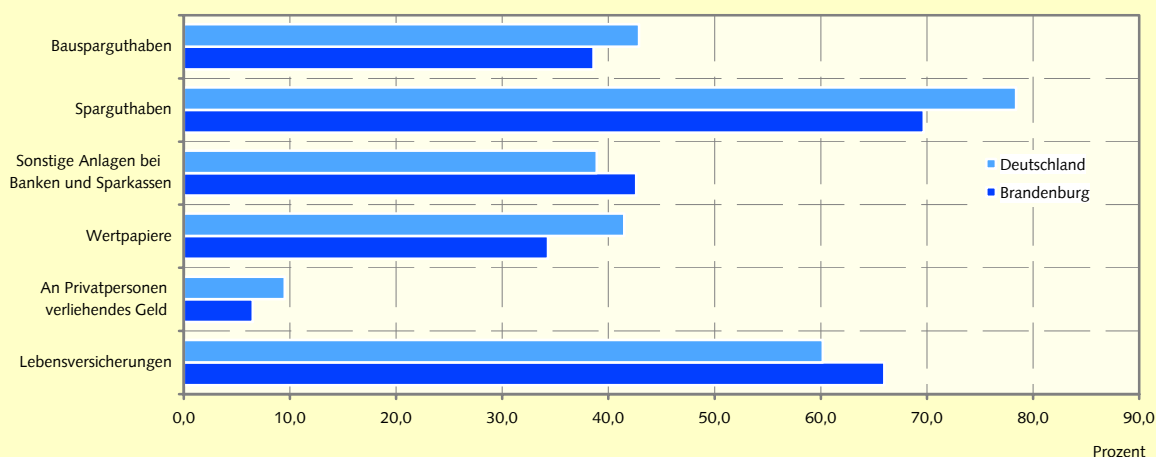
Auch in Deutschland insgesamt gibt es offenbar zunehmend mehr Haushalte ohne finanzielle Rücklagen. Immerhin hat sich die Zahl der Haushalte ohne Angaben zum Geldvermögen zwischen 1998 und 2003 auch im Bundesdurchschnitt um 17 Prozent erhöht. Im Land Brandenburg ist sie aber um 37 Prozent und damit deutlich stärker gestiegen. Im Januar 2003 machten im Bundesdurchschnitt knapp zehn Prozent der privaten Haushalte keine Angaben zum Geldvermögen, im Land Brandenburg waren es dagegen über zehn Prozent. 1998 hatte diese Quote im Land Brandenburg noch unter dem Bundesdurchschnitt gelegen.

Private Haushalte mit Bruttogeldvermögen in Deutschland und im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres

Merkmal	Deutschland		Brandenburg	
	1998	2003	1998	2003
Haushalte mit Angaben zum Bruttogeldvermögen	Anzahl in 1 000			
	33 604	34 201	1 026	1 055
	Anteil in Prozent			
	91,4	90,2	92,3	89,9
Haushalte insgesamt		36 780	37 931	1 112
			1 173	

Auch im Bundesdurchschnitt gehörten im Januar 2003 nach wie vor die traditionellen Spargbücher zu den am meisten genutzten Anlageformen privater Haushalte, gefolgt von den Lebensversicherungen. Ebenso bestehen in der weiteren Rangfolge der Vermögensarten bezüglich des Anteils der jeweiligen Anlageform zwischen dem Land Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt kaum Unterschiede. Lediglich das Bausparen war im Bundesdurchschnitt die dritthäufigste Form der Geldvermögensbildung privater Haushalte, während diese Anlageform bei den brandenburgischen Haushalten erst an vierter Stelle stand.

Anteil privater Haushalte in Deutschland und im Land Brandenburg am 1.1.2003 nach der Anlageform des Geldvermögens



Betrachtet man die Rangfolge der Vermögensarten nach der für die Haushalte ausgewiesenen Vermögenshöhe, waren im Januar 2003 ebenfalls kaum Unterschiede zwischen brandenburgischen Haushalten und dem Bundesdurchschnitt zu erkennen.

Bruttogeldvermögen privater Haushalte in Deutschland und im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach Anlageformen

Anlageform	Deutschland		Brandenburg	
	1998	2003	1998	2003
	Durchschnitt je Haushalt in 100 EUR			
Bausparguthaben	24	24	16	19
Sparguthaben	75	73	55	45
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	50	78	28	63
Wertpapiere	.	103	.	48
Aktien	27	28	6	9
Rentenwerte	18	19	6	5
Aktienfonds	.	29	.	19
Sonstige Wertpapiere Vermögensbeteiligungen	32	28	13	14
An Privatpersonen verliehenes Geld	5	7	2	3
Lebensversicherungen u.ä. ¹⁾	95	117	32	73
Bruttogeldvermögen insgesamt	326	403	159	251

1) Versicherungsguthaben von Lebens-, privaten Renten-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen

Merkliche Unterschiede zwischen dem Land Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt bestehen aber hinsichtlich der Vermögenshöhe, über die die Haushalte mit der jeweiligen Anlageform verfügen, und deren Entwicklung von 1998 bis 2003. Während die Vermögenshöhe der brandenburgischen Haushalte in diesem Zeitraum jeweils deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lag, konnten die Haushalte im Land Brandenburg weitaus höhere Zuwachsraten verbuchen als die Haushalte im Bundesdurchschnitt. Allerdings blieben die Abstände bei den Vermögensarten trotz der Steigerungen auch 2003 sehr groß.

Vergleicht man die Verschuldung privater Haushalte mit Konsumentenkrediten im Land Brandenburg mit der im Bundesdurchschnitt, so ergibt sich folgendes Bild: Während im Land Brandenburg 2003 jeder fünfte Haushalt ei-

nen Konsumentenkredit aufgenommen hatte, war es im Bundesdurchschnitt jeder vierte. Obwohl der Anteil der verschuldeten brandenburgischen Haushalte um 4 Prozentpunkte und der im Bundesdurchschnitt nur um 2 Prozentpunkte zurückgegangen ist, lag er nach wie vor über dem des Bundesdurchschnitts.

Private Haushalte mit Konsumentenkreditschulden in Deutschland und im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres

Merkmal	Deutschland		Brandenburg	
	1998	2003	1998	2003
Haushalte mit Konsumentenkreditschulden	Anzahl in 1 000			
	6 482	5 991	266	233
	Anteil in Prozent			
Konsumentenkreditschulden je Haushalt	17,6	15,8	23,9	19,8
	100 EUR			
	13	14	13	16
Nettogeldvermögen je Haushalt	313	389	146	235
Haushalte insgesamt	Anzahl in 1 000			
	36 780	37 931	1 112	1 173

Während die durchschnittlichen Kreditschulden pro Haushalt von 1998 bis 2003 im Land Brandenburg um 23 Prozent wuchsen, stiegen sie im Bundesdurchschnitt je Haushalt nur um knapp 8 Prozent. Damit überstieg die Schuldensumme der brandenburgischen Haushalte die des Bundesdurchschnitts um 14 Prozent. Da das Tempo der Verschuldung und der Bildung des Geldvermögens unterschiedlich war, betrug Anfang 2003 die Relation zwischen dem Land Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt, beim Bruttogeldvermögen je Haushalt 62 Prozent und beim Nettogeldvermögen 60 Prozent. Damit ist der Abstand der brandenburgischen Haushalte zum Bundesdurchschnitt unter Berücksichtigung der Konsumentenkreditschulden im Schnitt noch größer.

Ausblick

Die Berichterstattung über die Ergebnisse der EVS 2003 wird im laufenden Jahr mit der Darstellung der Ergebnisse zu den Einnahmen und Ausgaben und zum privaten Konsum fortgesetzt. Den Abschluss bildet die Darstellung der Ergebnisse der Feinaufzeichnungen der privaten Haushalte für den Bereich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, die im Jahr 2006 erscheinen soll.

Elke Zimmer



Haus- und Grundbesitz privater Haushalte im Land Brandenburg

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 –

Von den knapp 1,2 Millionen Haushalten im Land Brandenburg verfügten Anfang 2003 gut zwei Fünftel der Haushalte über Haus- und Grundbesitz in Form von Ein- und Mehrfamilienhäusern, Eigentumswohnungen, sonstigen Gebäuden oder unbebauten Grundstücken.

Anfang 1998 waren es nur gut ein Drittel der Haushalte. Insbesondere der Bau oder Kauf von Einfamilienhäusern vermehrte das private Immobilienvermögen. So nahm der Anteil der Haushalte, die Eigentümer von Einfamilienhäusern sind, gegenüber 1998 von 24 Prozent auf 31 Prozent zu.

Der Wunsch privater Haushalte, in den eigenen vier Wänden zu wohnen, ist auch im Land Brandenburg oft mit der Verschuldung der Haushalte verbunden. Immerhin war der Haus- und Grundbesitz Anfang 2003 von der Hälfte der brandenburgischen Immobilienbesitzer mit Hypothekenschulden belastet.

Haus- und Grundbesitz hat nach wie vor einen besonderen Stellenwert in der Gesellschaft. Er ist nicht nur eine Form der Vermögensanlage, sondern ein zunehmend wichtiger Faktor bei der privaten Altersvorsorge. Sozialpolitisch betrachtet gibt er Sicherheit und Stabilität. Wovon hängt es ab, ob ein Haushalt über Haus- und Grundbesitz verfügt? Ist es die soziale Stellung, das Alter, die Größe des Haushalts bzw. die Zahl der Kinder oder spielt die Größe der Wohn-gemeinde dabei eine Rolle? Diese und weitere Fragen sollen im vorliegenden Beitrag näher betrachtet werden.

Vorbemerkungen

Auch bei der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) 2003 wurden die privaten Haushalte zum Haus- und Grundbesitz einschließlich der Restverschuldung befragt. Dazu wurde den teilnehmenden Haushalten als Anlage zum Einführungsinterview der EVS ein separater Erhebungsbogen zum Geld- und Sachvermögen übergeben.

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf den Daten von 2 027 brandenburgischen Haushalten, die Angaben über Eigentum an Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen sowie deren jeweilige Einheits- und Verkehrswerte gemacht haben. Darüber hinaus beinhalten sie Angaben der beteiligten Haushalte über bestehende Restschulden für Darlehen, die für den Erwerb oder die Instandsetzung des Haus- und Grundbesitzes aufgenommen wurden. Die von den beteiligten Haushalten erhaltenen Daten wurden auf die Gesamtheit der Privathaushalte im Land Brandenburg hochgerechnet und vermitteln so ein repräsentatives Bild über die Ausstattung brandenburgischer Haushalte mit Grundvermögen.

Die Fragen nach dem Haus- und Grundbesitz erstreckten sich auf das gesamte private Eigentum an unbebauten Grundstücken, Wohnhäusern und Eigentumswohnungen der beteiligten Haushalte. Dabei spielte es keine Rolle, ob dieser Besitz selbst gekauft bzw. erbaut oder durch Schenkung bzw. Erbe erworben wurde. Auch, ob die Immobilie selbst genutzt oder vermietet wurde, ist außer acht gelassen worden.

Des Weiteren sollte sowohl im Inland als auch im Ausland befindliches Grundvermögen angegeben werden. Im Einzelnen wurden folgende Arten des Haus- und Grundbesitzes erfragt:

- ☐ unbebaute Grundstücke ohne landwirtschaftliche Nutzfläche,
- ☐ Einfamilienhäuser einschließlich Einliegerwohnungen,
- ☐ Zweifamilienhäuser,
- ☐ Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen,
- ☐ Eigentumswohnungen, auch wenn sie als Ferien- oder Zweitwohnung genutzt werden und
- ☐ sonstige Gebäude (unter anderem Wochenend- und Ferienhäuser, Kleingartenlauben, kombinierte Wohn- und Geschäftsgebäude sowie Betriebsgebäude ohne Nutzung für eigene geschäftliche Zwecke).

Darüber hinaus sollte auch der Wert dieser Immobilien gegliedert nach Einheits- und Verkehrswert genannt werden.

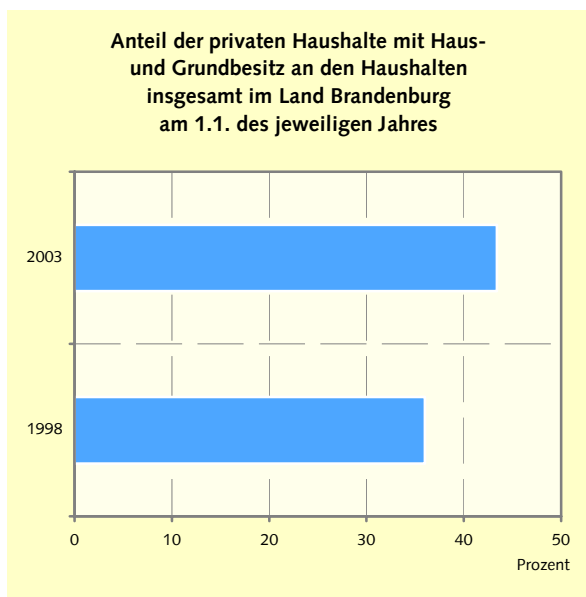
Die Angabe des Verkehrswertes basierte auch bei der EVS 2003 auf einer Selbsteinschätzung der Haushalte. Die Haushalte sollten dabei den Preis angeben, der bei der Veräußerung ihres Besitzes zum 1. Januar 2003 hätte erzielt werden können. Daher ist bei diesen Ergebnissen zu berücksichtigen, dass es sich zum großen Teil nicht um Verkaufswerte handelt, die durch Nachfrage der Haushalte bei Immobilienmaklern ermittelt wurden, sondern um subjektive Vorstellungen der Haushalte zum Marktwert ihres Haus- und Grundbesitzes.

Eine Ergebnisdarstellung von Einheitswerten erfolgt aus methodischen Gründen nicht. Die Abfrage dieser Angaben war jedoch für die Durchführung von Plausibilitätskontrollen, insbesondere zur Eckwertprüfung der Höhe der durch die Haushalte angegebenen Verkehrswerte, unverzichtbar.

Im Rahmen der Ermittlung des Immobilienvermögens wurden die Haushalte auch darüber befragt, ob sie für den Erwerb ihres Haus- und Grundbesitzes oder für deren Instandsetzung Darlehen aufgenommen haben, die noch zu tilgen seien. War dies der Fall, sollte die Höhe der noch verbleibenden Restschuld angegeben werden. Auch bei diesen Ergebnissen ist davon auszugehen, dass die Haushalte diese Angaben vielfach geschätzt haben und somit nicht auf exakten Werten der tatsächlichen Restschuld beruhen.

Entwicklung und Arten des Haus- und Grundbesitzes

Im Januar 2003 verfügten 43 Prozent der privaten Haushalte im Land Brandenburg über Haus- bzw. Grundbesitz. Damit ist der Anteil der Haus- und Grundbesitzer im Vergleich zu 1998 weiter gestiegen. Die Mehrzahl der brandenburgischen Haushalte besaß jedoch nach wie vor kein Grundvermögen.



Die häufigste Form des Haus- und Grundbesitzes im Jahr 2003 war, wie auch schon 1998, das Einfamilienhaus. Fast ein Drittel der brandenburgischen Haushalte nannten Einfamilienhäuser ihr Eigen. 1998 war es nur knapp ein Viertel. Danach folgen die sonstigen Gebäude und die unbebauten Grundstücke. Obwohl sich der Anteil der Haushalte mit Eigentumswohnungen 2003 gegenüber 1998

nahezu verdreifacht hat, liegen auf Platz vier immer noch die Zweifamilienhäuser und erst auf Platz fünf die Eigentumswohnungen. Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen sind beim Haus- und Grundbesitz privater Haushalte im Land Brandenburg weiterhin ohne Bedeutung.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der Art des Grundvermögens

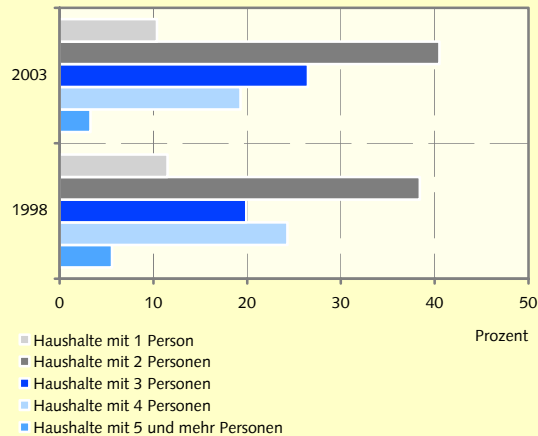
Haushalte nach Art des Grundvermögens	Private Haushalte			
	1998		2003	
	1 000	Prozent	1 000	Prozent
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	391	36,0	509	43,4
unbebaute Grundstücke	52	4,8	81	6,9
Einfamilienhäuser	259	23,8	359	30,6
Zweifamilienhäuser	(34)	(3,1)	(41)	(3,5)
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	/	/	(10)	(0,9)
Eigentumswohnungen	(13)	(1,2)	(37)	(3,2)
Sonstige Gebäude	79	7,3	92	7,8
Haushalte insgesamt	1 087	100	1 173	100

Im Vergleich 2003 zu 1998 zeigen alle Eigentumsarten Zuwächse, wobei die Eigentumsquote bei den Eigentumswohnungen am stärksten gestiegen ist. Eine ebenfalls hohe Zunahme ist bei den unbebauten Grundstücken und, wie zu erwarten, bei den Einfamilienhäusern zu verzeichnen. Der Besitz von Zwei- und Mehrfamilienhäusern sowie sonstiger Gebäude spielt dagegen im Land Brandenburg nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

Haus- und Grundbesitz nach sozioökonomischen Merkmalen privater Haushalte

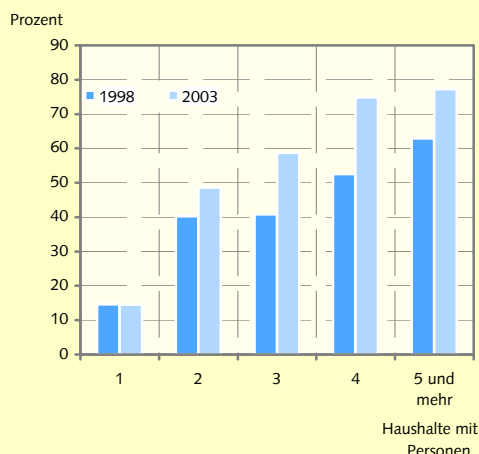
Von allen Haushalten, die im Januar 2003 im Land Brandenburg Haus- und Grundbesitz hatten, bildeten die Zweipersonenhaushalte die größte Gruppe der Immobilienbesitzer, gefolgt von den deutlich kleineren Gruppen der Drei- und Vierpersonenhaushalte. Die Verteilung der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz fünf Jahre zuvor entsprach ebenfalls fast dieser Struktur. Auch im Januar 1998 stellten die Zweipersonenhaushalte die größte Gruppe der Haus- und Grundbesitzer, danach folgten allerdings die Vierpersonenhaushalte und an dritter Stelle erst die Dreipersonenhaushalte.

Verteilung der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der Haushaltsgröße



Mit steigender Zahl der im Haushalt lebenden Personen nimmt der Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz rapide zu. So verfügten Anfang 2003 weniger als 15 Prozent der brandenburgischen Einpersonenhaushalte über Häuser, Wohnungen oder Grundstücke. Dagegen hatte fast die Hälfte der Zweipersonenhaushalte und sogar drei Viertel der Haushalte mit mehr als drei Personen Haus- und Grundbesitz. Diese Struktur ähnelt der von 1998, allerdings lagen die jeweiligen Anteile der Haushaltsgrößenklassen deutlich unter denen von 2003. Nur bei den Einpersonenhaushalten gab es keine Veränderung.

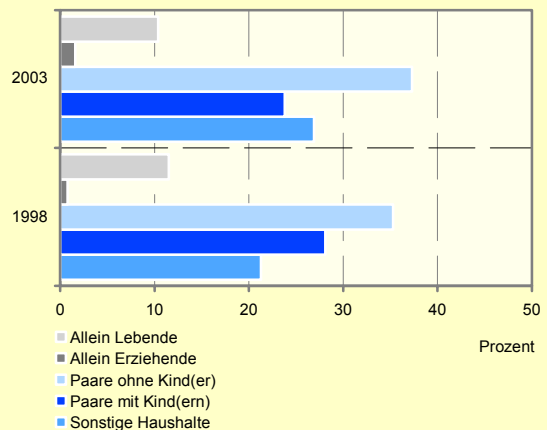
Anteil privater Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der Haushaltsgröße



Einen besonders hohen Zuwachs der Anteile wiesen Drei- (18 Prozentpunkte) und Vierpersonenhaushalte (23 Prozentpunkte) auf. Auch die Eigentumsquote bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen legte mit 14,4 Prozentpunkten noch überdurchschnittlich zu.

Betrachtet man den Haus- und Grundbesitz nach dem Haushaltstyp, so bildeten im Land Brandenburg im Jahr 2003 Paare ohne Kinder die größte Gruppe unter den Immobilieneigentümern, gefolgt von den sonstigen Haushalten. Die kleinste Gruppe unter den Haus- und Grundbesitzern waren die allein Erziehenden. Damit haben sich gegenüber 1998 keine Veränderungen ergeben.

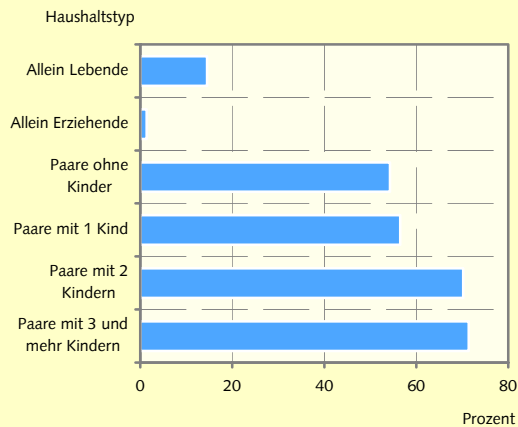
Verteilung der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach dem Haushaltstyp



Ein ähnlicher Zusammenhang wie er zwischen der Haushaltsgröße und dem Grundvermögen festzustellen ist, besteht auch zwischen der relativen Häufigkeit von Haus- und Grundbesitz und der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder. Je mehr Kinder ein Paar hat, desto öfter sind diese Paare, ganz entgegen häufig vertretener Meinungen, auch Eigentümer von Haus- und Grundbesitz. Von den Paaren mit einem Kind besaßen im Land Brandenburg Anfang 2003 mehr als die Hälfte (57 Prozent) Haus- und Grundbesitz, bei zwei Kindern waren es bereits 70 Prozent und bei drei und mehr Kindern sogar über 70 Prozent der Haushalte.

Die Unterscheidung nach Haushaltstypen zeigt aber auch deutlich, dass Paarhaushalte ohne Kinder 2003 die dritthöchste Eigentumsquote hatten. Dagegen wiesen allein Erziehende die niedrigste Quote aus.

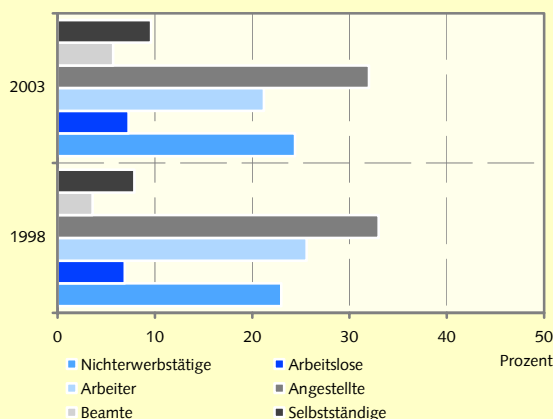
Anteil privater Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1.2003 nach dem Haushaltstyp



Auch bei weiteren Bevölkerungsgruppen sind Haus- und Grundbesitz unterschiedlich stark verbreitet. So spielt die soziale Stellung des Haupteinkommensbezieher, die eng mit dem Haushaltsnettoeinkommen zusammenhängt, ebenfalls eine Rolle, ob ein Haushalt über eigenen Haus- und Grundbesitz verfügt.

Danach stellten im Land Brandenburg die Angestelltenhaushalte die größte Gruppe unter den Immobilienbesitzern im Jahr 2003 dar, gefolgt von den Haushalten der Nichterwerbstätigen, die sich überwiegend aus Rentnerhaushalten zusammensetzen. Als drittgrößte Gruppe folgten die Haushalte von Arbeitern.

Verteilung der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher

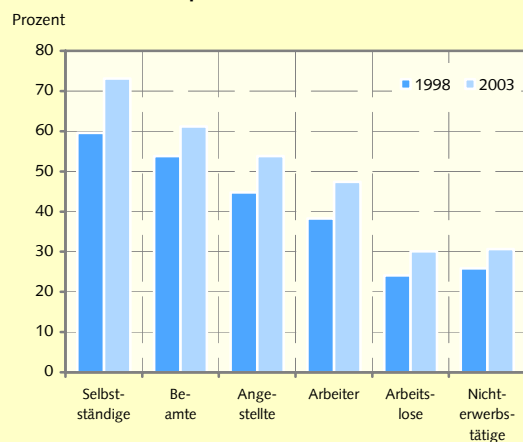


Beim Vergleich 2003 zu 1998 fällt auf, dass der Anteil der Angestelltenhaushalte trotz eines geringen Rückganges immer noch am größten ist, aber der Anteil der Haushalte von Selbstständigen, Beamten und Arbeitern an den Haushalten mit Haus- und Grundbesitz insgesamt deutlich zugenommen hat, während der der Haushalte von Nichterwerbstätigen ebenfalls zurückgegangen ist.

Betrachtet man die Eigentumsquote, lagen die Haushalte von Selbstständigen (73 Prozent) an erster Stelle. Von den Arbeitnehmerhaushalten wiesen die Beamten mit 61 Prozent den höchsten Anteil beim Eigentum an Haus- und Grundbesitz auf. Die niedrigste Eigentumsquote lag, wie zu erwarten, mit 7 Prozent bei den Arbeitslosenhaushalten.

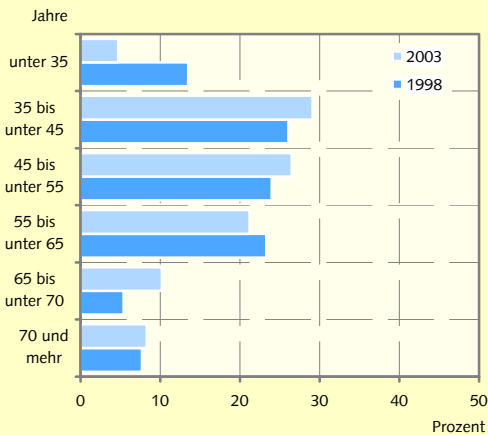
Von 1998 bis 2003 stieg die Eigentumsquote der brandenburgischen Haushalte bei fast allen sozialen Haushaltsgruppen stark an. Bei Angestellten, Arbeitern und Selbstständigen erhöhte sie sich zwischen 9 und 14 Prozentpunkten.

Anteil privater Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher



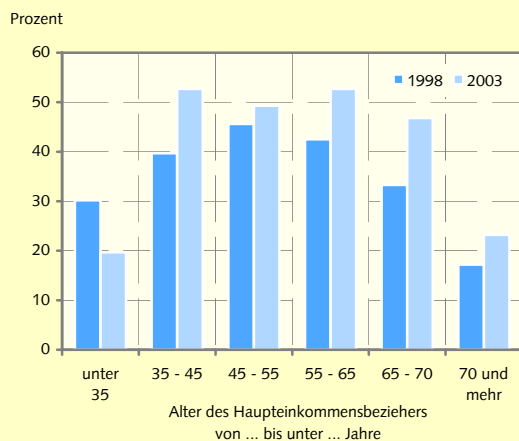
Auch das Alter der Haushalte beeinflusst das Eigentum an Häusern, Wohnungen oder Grundstücken. Gut drei Viertel (77 Prozent) aller Haus- und Grundbesitzerhaushalte im Land Brandenburg hatte Anfang 2003 einen Haupteinkommensbezieher zwischen 35 und 65 Jahren. In knapp 20 Prozent der Eigentümerhaushalte war der Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter. Lediglich 5 Prozent der Haushalte mit Grundvermögen hatten einen Haupteinkommensbezieher von unter 35 Jahren.

Verteilung der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers



Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Haus- und Grundbesitzer an und erreichte 2003 im Land Brandenburg sowohl in der Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen als auch in der Gruppe der 55- bis unter 65-Jährigen den Höchststand (jeweils 53 Prozent). Bei den über 70-Jährigen sank der Anteil wieder deutlich ab, lag aber immer noch über 20 Prozent.

Anteil der privaten Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers



1998 lag die höchste Eigentumsquote bei Haushalten mit 45- bis unter 55-jährigem Haupteinkommensbezieher (46 Prozent), gefolgt von den 55- bis unter 65-Jährigen (43 Prozent). Auch fünf Jahre später besaßen Haushalte dieser Altersgruppe mit die höchste Eigentumsquote. Gleichzeitig zeichnet sich, wie die Ergebnisse für 2003 zeigen, aber auch eine gewisse Verschiebung der größten Eigentums-

anteile von den älteren zu den etwas jüngeren Haushalten hin ab, wobei sehr junge Haushalte im Jahr 2003 aber kaum noch über Grundvermögen verfügten.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach sozioökonomischen Merkmalen

Merkmal	Private Haushalte			
	1998		2003	
	1 000	Prozent	1 000	Prozent
nach der Haushaltsgröße				
Haushalte mit				
1 Person	(45)	11,5	(53)	10,4
2 Personen	150	38,4	206	40,5
3 Personen	78	19,9	135	26,5
4 Personen	95	24,3	98	19,3
5 Personen und mehr	(22)	5,6	(17)	3,3
nach dem Haushaltstyp				
Allein Lebende	(45)	11,5	(53)	10,4
Allein Erziehende	/	/	/	/
Paare ¹⁾	248	63,4	311	61,1
ohne Kind(er)	138	35,3	190	37,3
mit Kind(ern) ²⁾	110	28,1	121	23,8
Sonstige Haushalte	/	/	/	/
nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers				
Selbstständige	(31)	7,9	(49)	9,6
Beamte	(14)	3,6	29	5,7
Angestellte	129	33,0	163	32,0
Arbeiter	100	25,6	108	21,2
Arbeitslose	(27)	6,9	(37)	7,3
Nichterwerbstätige	90	23,0	124	24,4
darunter: Rentner	88	22,5	121	23,8
nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers				
von ... bis unter ... Jahre				
unter 25	/	/	/	/
25 - 35	49	12,5	(24)	4,7
35 - 45	102	26,1	148	29,1
45 - 55	94	24,0	135	26,5
55 - 65	91	23,3	108	21,2
65 - 70	(21)	(5,4)	(52)	(10,2)
70 und mehr	(30)	(7,7)	(41)	(8,1)
Haushalte insgesamt	391	100	509	100

1) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften

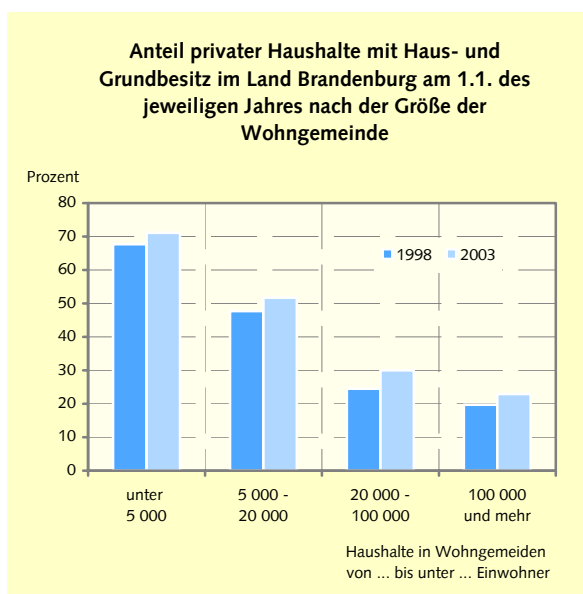
2) Kind(er) unter 18 Jahren

Die Entwicklung von 1998 bis 2003 zeigt, dass der Anteil der relativ jungen Immobilienbesitzer unter 35 Jahre an den Haushalten mit Haus- und Grundbesitz insgesamt um ein Drittel zurückgegangen ist, während der Anteil der älteren Eigentümer über 65 Jahre sich fast verdoppelt hat.

Haus- und Grundbesitz nach der Wohnortgröße

Das Vorhandensein von Haus- und Grundbesitz hängt ebenfalls stark von der Größe der Wohngemeinde ab. Je mehr Einwohner ein Ort hat, desto geringer wird in der Regel der Anteil derer, die sich ein Haus, eine Wohnung oder sonstigen Grundbesitz leisten können.

Zwei Drittel aller Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg wohnte Anfang 2003 in Gemeinden unter 20 000 Einwohnern. Nicht einmal 10 Prozent der Eigentümerhaushalte lebten in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Mit zunehmender Gemeindegröße nimmt der Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz ab. So hatten Anfang 2003 in kleinen Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern mehr als zwei Drittel der brandenburgischen Haushalte Grundvermögen (71 Prozent). In Wohngemeinden mit einer Größe von 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern sank dieser Anteil deutlich ab (30 Prozent). In größeren Städten verfügte nur noch knapp ein Viertel der Haushalte (23 Prozent) über Haus- und Grundbesitz.



Verglichen mit 1998 hat sich an dieser Tendenz nichts geändert. Lediglich die Anteile der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz in den in der EVS betrachteten Gemeindegrößenklassen haben sich 2003 gegenüber 1998 erhöht. Allerdings lebte damals der größte Teil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz in kleinen Gemeinden unter 5 000 Einwohnern, während 2003 unter anderem, bedingt durch

die in dieser Zeit im Land Brandenburg durchgeführte Gemeindegebietsreform, die Mehrzahl der Immobilienbesitzer in mittleren Gemeinden mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern zu finden war. Weiterhin ist der Anteil der Immobilienbesitzer, die in größeren Städten und Gemeinden wohnen, 2003 gegenüber 1998 noch kleiner geworden.

Private Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der Größe der Wohngemeinde

Größe der Wohngemeinde	Private Haushalte			
	1998		2003	
	1 000	Prozent	1 000	Prozent
von ... bis ...unter ... Einwohner				
unter 5 000	130	33,2	162	31,8
5 000 – 20 000	103	26,3	180	35,4
20 000 – 100 000	120	30,7	128	25,1
100 000 und mehr	37	9,5	39	7,7
Haushalte insgesamt	391	100	509	100

Verkehrswert und Restschuld

Der Verkehrswert von Haus- und Grundbesitz privater Haushalte im Land Brandenburg betrug im Januar 2003 durchschnittlich je Haushalt 57 600 EUR und ist damit gegenüber 1998 (42 800 EUR) um 35 Prozent gestiegen. Betrachtet man nur den Haus- und Grundbesitz der Haushalte, die tatsächlich Grundvermögen besitzen und Angaben zur Höhe des Verkehrswertes gemacht haben, stieg der durchschnittliche Verkehrswert des Grundvermögens je Haushalt zwischen 1998 und 2003 von 119 200 EUR auf 142 200 EUR. Dies entspricht einem Zuwachs von 19 Prozent.

Der 2003 gegenüber 1998 gestiegene Anteil brandenburgischer Haushalte mit Haus- und Grundbesitz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Grundvermögens mit Schulden belastet war. Die Hälfte der Haushalte mit Grundvermögen (51 Prozent) hatte für Haus- und Grundbesitz Restschulden abzutragen.

Die durchschnittliche Restschuld an Hypotheken, Bau- und sonstigen Darlehen für den Erwerb oder die Instandsetzung von Haus- und Grundbesitz betrug 2003 im Land Brandenburg durchschnittlich 17 700 EUR je Haushalt und hat sich damit gegenüber 1998 mehr als verdoppelt. Bezogen auf die Haushalte, die tatsächlich noch mit Schulden belastet waren und deren Höhe angab, war ein Zuwachs von Anfang 1998 bis Anfang 2003 von 41 Prozent zu verzeichnen.

Verkehrswert und Restschuld des Haus- und Grundbesitzes privater Haushalte im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres

Verkehrswert und Restschuld	1998	2003
	100 EUR	
Verkehrswert		
je Haushalt	428	576
je Haushalt mit Angaben zur Höhe des Verkehrswertes	1 192	1 422
Restschuld		
je Haushalt	83	177
je Haushalt mit Angaben zur Höhe des Verkehrswertes	573	810

Nach Bevölkerungsgruppen bestehen auch beim Verkehrswert und der Verschuldung Unterschiede. Besonders deutlich zeigen sich diese beim Vergleich von Haushaltstypen.

Den niedrigsten durchschnittlichen Verkehrswert für Haus- und Grundbesitz wiesen im Land Brandenburg 2003 allein Erziehende auf, gefolgt von allein Lebenden. Dagegen ist der Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes von Paaren mit Kindern erheblich höher und nimmt mit wachsender Kinderzahl zu. Bei Paaren mit einem Kind betrug der durchschnittliche Verkehrswert ihrer Immobilien 77 800 EUR und bei Paaren mit zwei Kindern 122 300 EUR. Gleiches gilt, bezogen auf die Haushalte, die Haus- und Grundbesitz ihr Eigen nennen. Auch hier nimmt der Verkehrswert mit steigender Kinderzahl zu.

Ebenso ist die Verschuldung bei Familien überdurchschnittlich hoch. Die höchste Restschuldbelastung im Land Brandenburg wiesen 2003 Paare mit einem oder mehreren Kindern auf. Paare ohne Kinder und Single – Haushalte waren deutlich geringer mit Schulden belastet. Offensichtlich können sich Haushalte mit Kindern eigenen Haus- und Grundbesitz nur durch Aufnahme von Hypotheken oder Baudarlehen ermöglichen. Außerdem benötigen Familien mit Kindern mehr Wohnfläche, verfügen aber vergleichsweise nur über geringe Einkommen.

Ein ähnlicher Zusammenhang besteht zwischen der Größe eines Haushalts und dem Verkehrswert des Grundvermögens und der Restschuld. Mit zunehmender Haushaltsgröße nimmt der Verkehrswert, wie auch die Restschuld des Haus- und Grundbesitzes zu.

2003 war der durchschnittliche Wert des Grundvermögens brandenburgischer Haushalte mit vier Personen zehn Mal so hoch wie bei Einpersonenhaushalten. Zum einen hängt dies mit dem steigenden Anteil von Haushalten mit Grundvermögen bei zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder zusammen. Zum anderen verfügen größere Haushalte mit

Haus- und Grundbesitz in der Regel auch über größere Immobilien, sodass deren Wert auch deutlich höher liegt.

Verkehrswert und Restschuld des Haus- und Grundbesitzes privater Haushalte im Land Brandenburg am 1.1.2003 nach sozioökonomischen Merkmalen

Merkmal	Verkehrswert		Restschuld	
	je Haushalt	je Haushalt mit Angaben zur Höhe	je Haushalt	je Haushalt mit Angaben zur Höhe
Durchschnitt je Haushalt in 100 EUR				
nach der Haushaltsgröße				
Haushalte mit				
1 Person	(115)	(880)	(29)	(494)
2 Personen	595	1 307	116	714
3 Personen	876	1 577	300	797
4 Personen	1 183	1 710	527	1 008
5 Personen und mehr	(1 087)	(1 535)	(402)	(917)
nach dem Haushaltstyp				
Allein Lebende	(115)	(880)	(29)	(494)
Allein Erziehende	/	/	/	/
Paare ¹⁾				
ohne Kind(er)	664	1 301	123	687
mit Kind(ern) ²⁾	947	1 616	435	979
Sonstige Haushalte	987	1 593	300	786
nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers				
Selbstständige	(1 696)	(2 465)	(541)	(1 208)
Beamte	912	1 600	(489)	(1 161)
Angestellte	814	1 638	315	943
Arbeiter	485	1 092	150	505
Arbeitslose	(295)	(1 063)	(79)	(519)
Nichterwerbstätige	308	1 074	(19)	(448)
darunter: Rentner	313	1 073	(19)	(440)
nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers				
von ... bis unter ... Jahre				
unter 25	–	–	–	–
25 – 35	(315)	(1 392)	(142)	(857)
35 – 45	777	1 571	362	942
45 – 55	692	1 495	226	742
55 – 65	685	1 432	(107)	(672)
65 – 70	(497)	1 135	/	/
70 – 80	(248)	(1 018)	/	/
80 und mehr	/	/	–	–
Haushalte insgesamt	576	1 422	177	810

1) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften

2) Kind(er) unter 18 Jahren

Auch die Summe der Restschuld des Haus- und Grundbesitzes stieg mit wachsender Haushaltsgröße. So waren im Land Brandenburg 2003 Ein- und Zweipersonenhaushalte deutlich unterdurchschnittlich mit Zahlungsverpflichtungen belastet, während Haushalte mit drei und mehr Personen weit überdurchschnittliche Restschuldverpflichtungen hatten.

Erwartungsgemäß spielt auch die soziale Stellung des Haupteinkommensbezieherers beim Verkehrswert und der Restschuld des Haus- und Grundbesitzes eine Rolle. Das mit Abstand höchste Immobilienvermögen im Land Brandenburg wiesen 2003 die Haushalte von Selbstständigen auf. Auch der Wert des Grundvermögens von Beamten und Angestellten lag weit über dem Durchschnitt. Dagegen lagen die Verkehrswerte der Immobilien von Arbeitslosen und Rentnern deutlich darunter. Bedingt durch die Höhe des Immobilienvermögens wiesen Selbstständige auch die höchste und Haushalte von Arbeitslosen und Rentnern die niedrigste Restschuldbelastung auf.

Bei der Betrachtung nach dem Alter des Haupteinkommensbezieherers sind vergleichsweise nur geringe Unterschiede bei der Höhe des Verkehrswertes je Haushalt festzustellen. Das höchste Immobilienvermögen besaßen danach im Land Brandenburg Anfang 2003 die 35- bis unter 65-Jährigen.

Die Restschulden des Haus- und Grundbesitzes sind bei den Altersgruppen in den mittleren Altersjahren am größten und nehmen mit steigendem Lebensalter des Haupteinkommensbezieherers stetig ab. Dies entspricht der Tatsache, dass Haushalte mittleren Alters bevorzugt Haus- und Grundbesitz erwerben und in diesem Lebensabschnitt auch die höchste Restschuldbelastung aufweisen. Haushalte in höherem Alter haben ihren Haus- und Grundbesitz vor längerer Zeit erworben und damit verbundene Darlehen bereits größtenteils abgezahlt.

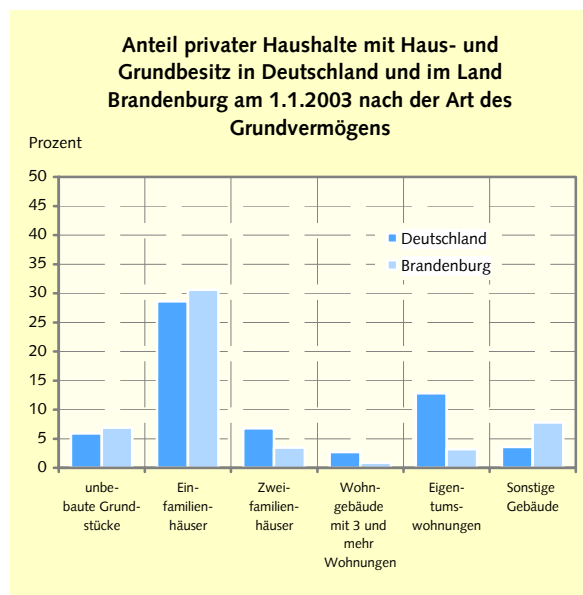
Brandenburg im Vergleich zum Bundesgebiet

Im Januar 2003 konnte nahezu jeder zweite Haushalt im Bundesgebiet Haus- und Grundbesitz sein Eigen nennen. Im Land Brandenburg lag die Eigentümerquote weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.

Gegenüber 1998 haben die brandenburgischen Haushalte aber ein gutes Stück des Rückstandes aufgeholt. Während die Eigentümerquote im Land Brandenburg mit 36 Prozent um 9 Prozentpunkte unter dem damaligen Bundesdurchschnitt lag, waren es 2003 mit 43 Prozent nur noch 6 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt.

Auch im Bundesgebiet war 2003 die häufigste Form des Grundvermögens das Einfamilienhaus. Allerdings lag dieser Anteil im Land Brandenburg etwas höher als der im

Bundesdurchschnitt. Die weitere Besitzstruktur unterscheidet sich allerdings von der im Land Brandenburg. Während im Land Brandenburg 2003 nach dem Einfamilienhaus an zweiter Stelle der Besitz sonstiger Gebäude folgte und an dritter Stelle die unbebauten Grundstücke lagen, stand im Bundesdurchschnitt der Besitz von Eigentumswohnungen auf Platz zwei und der von Zweifamilienhäusern auf Platz drei.



Entwicklung des Anteils privater Haushalte mit Haus- und Grundbesitz in Deutschland und im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres nach der Art des Grundvermögens

Haushalte nach der Art des Grundvermögens	Deutschland		Brandenburg	
	1998	2003	1998	2003
	Prozent			
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz	45,1	48,8	36,0	43,4
unbebaute Grundstücke	4,8	5,9	4,8	6,9
Einfamilienhäuser	27,5	28,6	23,8	30,6
Zweifamilienhäuser	6,7	6,8	(3,1)	(3,5)
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	2,3	2,7	/	(0,8)
Eigentumswohnungen	10,3	12,8	(1,2)	(3,2)
Sonstige Gebäude	2,4	3,6	7,3	7,8
Haushalte insgesamt	100	100	100	100

Im Vergleich 1998 zu 2003 verliefen die Entwicklungen bei den einzelnen Eigentumsarten im Land Brandenburg mit denen im Bundesdurchschnitt parallel. Sowohl im Bundesdurchschnitt als auch im Land Brandenburg ver-

zeichneten alle Eigentumsarten von 1998 bis 2003 Zuwächse. Allerdings lagen diese im Land Brandenburg, bis auf die bei Eigentumswohnungen und sonstigen Gebäuden, über denen im Bundesgebiet insgesamt.

Auch zu Jahresbeginn 2003 bestanden zwischen der Höhe des vorhandenen Grundvermögens im Land Brandenburg und der im Bundesgebiet insgesamt immer noch große Unterschiede. So war der durchschnittliche Verkehrswert von Haus- und Grundbesitz privater Haushalte im Bundesdurchschnitt fast doppelt so hoch wie der Wert des brandenburgischen Haus- und Grundbesitzes. Daran hatte der im Vergleich mit dem im Bundesdurchschnitt deutlich höhere prozentuale Wertzuwachs des Haus- und Grundbesitzes im Land Brandenburg zwischen 1998 und 2003 auch nichts geändert.

Eine der Ursachen für den Wertunterschied stellt u. a. die zuvor beschriebene unterschiedliche Struktur des Haus- und Grundbesitzes im Land Brandenburg und im Bundesgebiet insgesamt dar. Der höhere Anteil der Besitzer von Eigentumswohnungen und Zweifamilienhäusern bei den Haus- und Grundbesitzern in Deutschland insgesamt einerseits und der größere Anteil der Besitzer unbebauter Grundstücke im Land Brandenburg andererseits steht in engem Zusammenhang mit den hier festgestellten Differenzen.

Verkehrswert und Restschuld des Haus- und Grundbesitzes privater Haushalte in Deutschland und im Land Brandenburg am 1.1. des jeweiligen Jahres

Verkehrswert und Restschuld	Deutschland			Brandenburg		
	1998	2003	Entwicklung	1998	2003	Entwicklung
	100 EUR		%	100 EUR		%
Verkehrswert je Haushalt	999	1 097	9,8	428	576	34,6
je Haushalt mit Angaben zur Höhe	2 214	2 450	10,7	1 192	1 422	19,3
Restschuld je Haushalt	186	256	37,6	83	177	113,3
je Haushalt mit Angaben zur Höhe	764	977	27,9	573	810	41,4

Die brandenburgischen Haushalte verfügten 2003 somit nicht nur über weniger Haus- und Grundbesitz als im Bundesdurchschnitt, sondern ihr Grundvermögen hatte auch einen weit aus geringeren Wert und war daher aber auch weniger hoch mit Restschulden belastet als das Grundvermögen im Bundesdurchschnitt. Allerdings waren die Restschulden der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1998 sehr viel stärker gestiegen als die der Haushalte im Bundesgebiet insgesamt.

Elke Zimmer 

Neue Lebensformen gewinnen immer mehr an Gewicht

Das Zusammenleben von Menschen in unserer Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Veränderte Lebensumstände und neue Wertvorstellungen führen neben der „klassischen Familie“ zu einer zunehmenden Verbreitung alternativer Lebensformen. Der Trend zum Single-Haushalt hat sich fortgesetzt. Während 1991 etwa 26 Prozent der Haushalte in Brandenburg Einpersonenhaushalte waren, erhöhte sich dieser Anteil auf 33 Prozent im Jahr 2004. Die Anzahl und der Anteil allein Stehender mit Kindern haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen; bei jeder fünften Familie in Brandenburg handelte es sich im Jahr 2004 um diesen Familientyp. Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist seit 1996 in Brandenburg um 43 Prozent gestiegen, derjenigen mit Kindern um 33 Prozent

Vorbemerkungen

„Sowohl in den Massenmedien als auch in fachwissenschaftlichen Abhandlungen ist es üblich geworden, von der heutigen Pluralität familiärer Lebensformen zu sprechen. De facto haben in der Bundesrepublik Deutschland während der letzten 10 Jahre die verschiedenen Familienformen quantitativ zugenommen.“¹⁾ „Als neue Lebensformen werden vor allem die Lebensformen angesehen, die von der auf einer Ehe beruhenden Gemeinschaft von Eltern und ihren Kindern abweichen, insbesondere Einpersonenhaushalte, nichteheliche Lebensgemeinschaften, allein Erziehende und Stieffamilien.“²⁾ Wie sieht diesbezüglich die Situation in Brandenburg aus? Welche Entwicklungen haben die Haushalts- und Familienformen in den letzten Jahren genommen? Umfangreiche und detaillierte Aussagen zu den Formen des Zusammenlebens der Bevölkerung und deren Veränderungen liefert der seit 1991 auch in Brandenburg als Repräsentativstatistik durchgeführte Mikrozensus. Basierend auf dem reichen Datenangebot dieser Erhebung soll in den folgenden Ausführungen diesen Fragen nachgegangen werden.

Immer mehr und kleinere Haushalte

Im März 2004 lebten in Brandenburg in 1 218,5 Tausend Privathaushalten 2 571,9 Tausend Personen. Damit ist die Zahl der Privathaushalte seit 1991 um 17,3 Prozent, die Zahl der Haushaltsmitglieder dagegen nur um 0,7 Prozent gestiegen.

Die unterschiedlich schnelle Entwicklung der Zahl der Haushalte und der in ihr lebenden Bevölkerung führte dazu, dass seit 1991 die brandenburgischen Haushalte immer kleiner wurden. Lebten 1991 durchschnittlich 2,46 Personen in einem Haushalt, waren es dreizehn Jahre später 2,11 Personen. Damit hatte sich die durchschnittliche brandenburgische Haushaltsgröße der in Deutschland ermittelten weitgehend angeglichen (2,12 Personen je Haushalt).

Auch die Haushaltsstrukturen weisen durch die unterschiedlich schnelle Entwicklung der Haushaltszahl und ihrer Mitglieder Veränderungen auf. Während die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten seit 1991 in Brandenburg kontinuierlich angestiegen sind, verringerte sich der Anteil der Haushalte, in denen drei und mehr Personen gemeinsam wohnen und wirtschaften. Gegenüber April 1991 erhöhten sich im März 2004 die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte um 7,5 bzw. 6,1 Prozentpunkte; der Anteil der großen Haushalte nahm entsprechend um 13,6 Prozentpunkte ab. Auch gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte weiter angestiegen (1,4 Prozentpunkte).

Privathaushalte und Bevölkerung in Brandenburg im Frühjahr 1991 und 2004

Haushaltsgröße	Haushalte		Bevölkerung	
	1991	2004	1991	2004
	1 000			
1 Person	269,4	406,7	269,4	406,7
2 Personen	322,8	453,0	645,7	906,0
3 Personen	209,9	209,4	629,8	628,2
4 Personen	187,8	123,2	751,1	493,0
5 und mehr Personen	49,0	26,1	257,3	138,0
Insgesamt	1 038,9	1 218,5	2 553,3	2 571,9

Das Alleinleben setzt sich immer stärker durch

Ausgehend von der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung Brandenburgs lebte die Mehrzahl der Personen 2004 in Personengemeinschaften (Mehrpersonenhaushalten). Seit 1991 ist allerdings ein Rückgang der in Mehrpersonenhaushalten lebenden Bevölkerung und damit verbun-

1) Fünfter Familienbericht der Bundesregierung, Juni 1994

2) Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission für den Fünften Familienbericht, Juni 1994

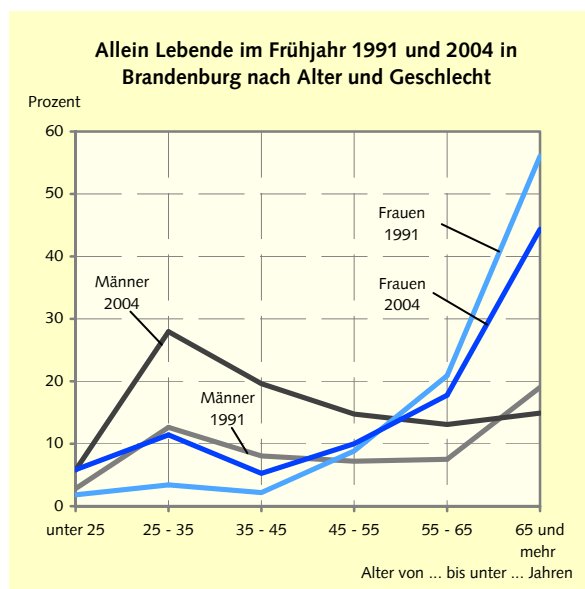
den eine kontinuierliche Zunahme der allein lebenden Bevölkerung deutlich feststellbar. Gegenüber 1991 hat der Anteil der allein lebenden Bevölkerung an der Bevölkerung insgesamt um 5,3 Prozentpunkte zugenommen.

Knapp über die Hälfte der allein Lebenden (54,6 Prozent) waren im März 2004 Frauen, 1991 betrug deren Anteil noch 65,0 Prozent. Seit 1991 stieg der Anteil der allein Lebenden an den Frauen insgesamt um 3,8 Prozentpunkte auf 17,0 Prozent, bei den Männern verdoppelte sich die Quote der allein Lebenden auf 14,5 Prozent im März 2004. Damit lebte jede sechste Frau allein, bei den Männern betraf es jeden siebten.

Besonders weit verbreitet ist das Alleinleben unter der älteren Generation. Von den insgesamt 406,7 Tausend allein Lebenden im März 2004 waren knapp zwei Fünftel im Seniorenalter (65 Jahre und älter). Der Anteil der allein Lebenden an der älteren Bevölkerung insgesamt ist seit 1991 jedoch zurückgegangen. So lag er bei den Senioren im März 2004 mit 32,1 Prozent 11,5 Prozentpunkte unter dem Anteil vom April 1991.

Mehr als verdoppelt hat sich dagegen der Anteil der allein Lebenden an der jüngeren Bevölkerung. Lebten 1991 noch 6,7 Prozent der 25 bis unter 45-Jährigen allein, so waren es im März 2004 bereits 15,4 Prozent.

Das „allein Leben“ ist bei den Geschlechtern je nach Altersgruppe unterschiedlich verteilt:



Unter den Ein-Personenhaushalten überwogen im Frühjahr 2004 mit einem Anteil von 40,2 Prozent die ledigen Singles, 1991 bildeten die verwitweten Personen die größte Gruppe der allein Lebenden. Der Anteil der ledigen allein Lebenden an allen allein Lebenden lag 2004 um

12,5 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert des Jahres 1991. Die ledigen allein Lebenden fanden sich im März 2004 vor allem in den jüngeren und mittleren Altersgruppen wieder, drei Viertel waren Menschen im Alter bis 45 Jahre.

Als Haushalt (Privathaushalt) in den oben dargelegten Ausführungen zählt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Zum Haushalt können Verwandte und familienfremde Personen gehören. In einem Haushalt können mehrere Familien wohnen, sodass die Zahl der Haushalte nicht mit derjenigen der Familien, auf die in den folgenden Abschnitten genauer eingegangen wird, übereinstimmt.

Familienstrukturen verändern sich

Im Sinne der amtlichen Statistik zählen als Familie – in Anlehnung an die Empfehlungen der Vereinten Nationen – Ehepaare ohne und mit Kindern sowie allein stehende ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Mütter oder Väter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben. In früheren Veröffentlichungen wurden auch verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen ohne Kinder zu den Familien im Sinne von „Restfamilien“ gezählt. In den nachfolgenden Ausführungen zu den Familien ist dieser Personenkreis (im März 2004 waren es in Brandenburg 325,4 Tausend Personen) nicht einbezogen.

Familien in Brandenburg nach Familientyp 1991, 1996, 2003 und 2004

Familientyp	1991	1996	2003	2004
	1 000			
Ehepaare	634,4	603,1	593,3	588,3
ohne Kinder	255,1	272,5	320,0	327,7
mit Kindern	379,3	330,6	273,3	260,6
Allein Stehende mit Kindern ¹⁾	106,6	129,0	157,7	160,2
Familien insgesamt	740,9	731,9	751,0	748,5
mit Kindern ²⁾	485,9	459,5	431,0	420,8
darunter mit minderjährigen Kindern	369,7	341,4	289,4	276,6

1) Einschließlich der allein Stehenden, die Partner/in in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind; auch Väter und Mütter mit volljährigen Kindern

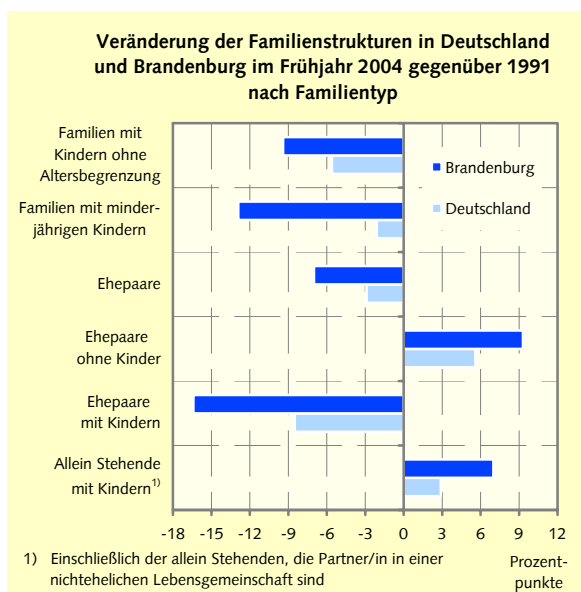
2) Familien mit ledigen Kindern ohne Altersbegrenzung

Im Frühjahr 2004 lebten in Brandenburg 748,5 Tausend Familien; 1,0 Prozent mehr als 1991. Nach 1991 kam es

– jährlich mehr oder weniger stark ausgeprägt – zu einem Rückgang der Familienzahl in Brandenburg. Das Niveau von 1991 wurde erstmals wieder 1998 erreicht und ist bis zum Jahr 2002 leicht angestiegen. Ab 2003 kam es wieder zu einem Rückgang der Familienzahl.

Seit 1991 ist eine rückläufige Entwicklung der Anzahl von Familien mit Kindern zu beobachten. Die absolute Zahl der Familien mit im Haushalt lebenden Kindern ist gegenüber 1991 deutlich gesunken (– 13,4 Prozent). Auch gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl dieser Familien weiter abgenommen. Der Anteil der Familien mit Kindern an den Familien insgesamt verringerte sich seit 1991 kontinuierlich, im März 2004 lag dieser Anteil mit 56,2 Prozent 9,4 Prozentpunkte niedriger als 1991. Nur 56,8 Prozent der gesamten Bevölkerung lebte 2004 in Eltern-Kind-Gemeinschaften (Mutter und/oder Vater mit ledigen Kindern), 1991 lag dieser Anteil noch bei 68,4 Prozent.

In immer weniger Familien wuchsen seit 1991 minderjährige Kinder auf. Das ist u. a. auf den auch in Brandenburg seit dem Ende der DDR eingetretenen Rückgang der Geburtenzahlen zurückzuführen. Im Vergleich zu 1991 verringerte sich die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern um 25,2 Prozent.



Unter den Familien nimmt die Form des Zusammenlebens als Ehepaar nach wie vor den höchsten Stellenwert ein. Die 588,3 Tausend Ehepaare Brandenburgs machten im Frühjahr 2004 knapp vier Fünftel aller Familien Brandenburgs aus. Seit 1991 ist ein kontinuierlicher Rückgang dieser Familienform feststellbar; sowohl die absolute Zahl der verheiratet zusammenlebenden Paare als auch ihr Anteil

an den Familien insgesamt nimmt kontinuierlich ab. Im Frühjahr 2004 gab es in Brandenburg 7,3 Prozent weniger Ehepaare als im April 1991, ihr Anteil an den Familien insgesamt hatte sich um 7,0 Prozentpunkte reduziert.

Mit einem Anteil von knapp 35 Prozent aller Familien sind die Haushalte mit einer „klassischen Familienstruktur“ – Ehepaar mit Kindern – 2004 gegenüber 1991 deutlich gesunken (– 16,4 Prozentpunkte). Dagegen ist der Anteil der Ehepaare ohne Kinder auf 43,8 Prozent um 9,3 Prozentpunkte angestiegen.

Rund ein Fünftel der Familien Brandenburgs waren im März 2004 allein Stehende mit Kindern³⁾. Ihre Anzahl und auch ihr Anteil an allen Familien haben in den vergangenen Jahren zugenommen (+ 7,0 Prozentpunkte gegenüber 1991, + 0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Familien werden immer kleiner

Im Durchschnitt lebten 1991 in den brandenburgischen Familien 1,62 Kinder. Diese Zahl ist in den folgenden Jahren kontinuierlich gesunken, bis auf 1,45 Kinder im Jahr 2004. Brandenburg liegt damit leicht unter dem Durchschnittswert der neuen Bundesländer und Berlin-Ost insgesamt (1,46 Kinder je Familie mit Kindern) und deutlich unter der für Deutschland insgesamt ermittelten Kinderzahl je Familie (1,65 Kinder).

Familien¹⁾ mit Kindern in Brandenburg nach Anzahl der Kinder 1991, 1996, 2003 und 2004

Familientyp	1991	1996	2003	2004
	Prozent			
mit 1 Kind	49,5	51,8	61,4	62,1
mit 2 Kindern	41,5	39,5	32,9	32,2
mit 3 Kindern	7,2	7,1	4,5	4,7
mit 4 und mehr Kindern	1,8	1,6	1,2	(1,0)
Insgesamt	100	100	100	100

*) Familien mit ledigen Kindern ohne Altersbegrenzung

In Brandenburg entscheiden sich immer mehr Eltern nach der Geburt eines Kindes gegen ein weiteres Kind. Im Vergleich zu 1991 stieg im März 2004 deren Anzahl um 8,7 Prozent. Die 1-Kind-Familie war im Jahr 2004, wie auch 1991, die häufigste Familienform; ihr Anteil an allen Familien mit Kindern in Brandenburg ist gegenüber 1991 um 12,6 Prozentpunkte stark angestiegen.

Ein anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Familien mit zwei Kindern im Haushalt. Die Anzahl dieser Familien

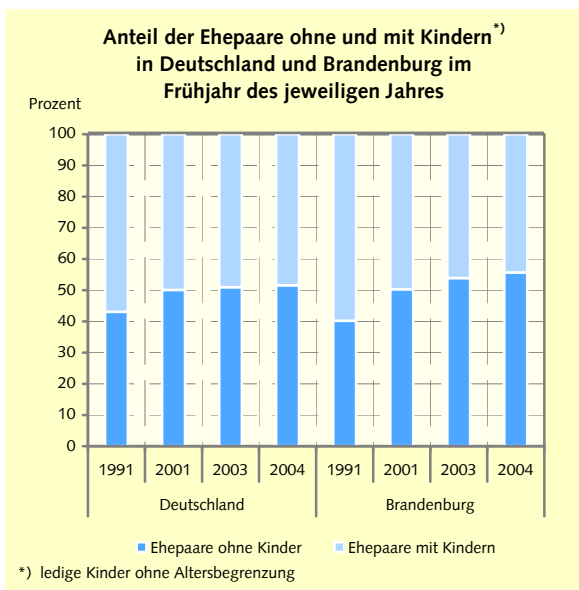
3) Einschließlich der allein Stehenden, die Partner/in in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind; mit ledigen Kindern ohne Altersbegrenzung

lag im März 2004 knapp ein Drittel unter der Anzahl von 1991. Nur in knapp einem Drittel aller Familien mit Kindern hatten im Jahr 2004 die Kinder einen Bruder oder eine Schwester; der Anteil dieses Familientyps ist gegenüber 1991 um 9,3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Fast um die Hälfte (– 45,5 Prozent) ist im März 2004 gegenüber 1991 die Anzahl der Familien mit drei und mehr Kindern zurückgegangen. Nur in knapp 6 Prozent der Familien mit Kindern wuchsen 2004 die Kinder mit mehr als einem Geschwisterkind auf. Auch der Anteil dieser Familien (an allen Familien mit Kindern) nahm gegenüber 1991 ab (– 3,3 Prozentpunkte).

Zahl und Anteil der Ehepaare ohne Kinder hat zugenommen

Die Zahl der Ehepaare ohne Kinder⁴⁾ im Haushalt ist seit 1991 kontinuierlich gestiegen, im März 2004 waren es 327,7 Tausend 28,5 Prozent mehr als 1991. Gleichzeitig ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern gegenüber 1991 um 31,3 Prozent auf 260,6 Tausend zurück.



Seit 1991 lebten in Brandenburg mehr Ehepaare mit Kindern im Haushalt als Ehepaare ohne Kinder. Ab 2001 hat sich dieses Verhältnis geändert; im Mai 2001 wurden erstmals in Brandenburg mehr Ehepaare ohne Kinder im Haushalt gezählt. Im Frühjahr 2004 lebten bei 55,7 Prozent der brandenburgischen Ehepaare keine Kinder. Gegenüber 1991 bedeutet dies eine Zunahme des Anteils der kinderlosen Ehepaare (an allen Ehepaaren) um 15,5 Prozentpunkte.

4) Da der Mikrozensus den zum Zeitpunkt der Erhebung aktuellen Haushalts- und Familienzusammenhang wiedergibt, gehören zu den Ehepaaren ohne Kinder sowohl Ehepaare, die niemals Kinder versorgt haben, d. h. dauerhaft kinderlos waren, als auch Paare, die zwar Kinder aufgezogen haben, deren Kinder aber bereits aus dem Elternhaus ausgezogen sind.

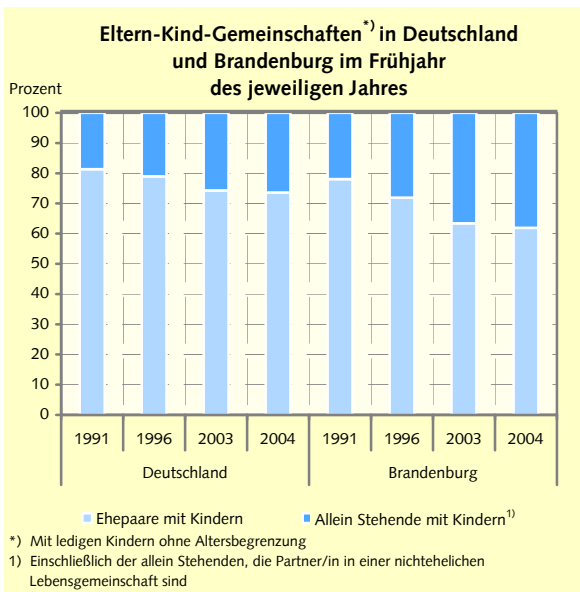
Mit einem Anteil von 56,2 Prozent hatten die meisten der Kinder erziehenden Ehepaare im März 2004 in Brandenburg lediglich ein Kind. Im Vergleich zu 1991 war der Anteil dieser 3-Personen-Familie um 11,7 Prozentpunkte angestiegen. Der Anteil der Ehepaare mit zwei Kindern ist im gleichen Zeitraum um 8,5 Prozentpunkte, der der Ehepaare mit 3 und mehr Kindern um 3,2 Prozentpunkte zurückgegangen. Durchschnittlich lebten 2004 bei einem brandenburgischen Ehepaar 1,52 Kinder.

Bei 62,6 Prozent der Ehepaare mit Kindern wuchsen im März 2004 minderjährige Kinder auf, gegenüber 1991 ist auch bei diesem Anteil eine rückläufige Entwicklung zu beobachten (– 15,3 Prozentpunkte). Rund drei von fünf der 386 Tausend minderjährigen Kinder wurden 2004 bei einem Ehepaar groß. Gegenüber 1991 reduzierte sich der Anteil minderjähriger Kinder bei Ehepaaren um 20,5 Prozentpunkte, das ist gegenüber der Entwicklung auf Bundesebene (– 10,9 Prozentpunkte) ein deutlich höherer Rückgang.

Mehr allein Stehende mit Kindern und mehr allein Erziehende in Brandenburg

Unter den 420,8 Tausend Eltern-Kind-Gemeinschaften (Eltern(teile) mit Kind) überwogen mit einem Anteil von 61,9 Prozent im Frühjahr 2004 in Brandenburg nach wie vor verheiratet zusammenlebende Paare mit Kindern. Gegenüber 1991 ist dieser Anteil jedoch um 16,2 Prozentpunkte zurückgegangen. Dagegen sind seit 1991 sowohl die absolute Anzahl als auch der Anteil der allein Stehenden mit Kindern an den Eltern-Kind-Gemeinschaften stetig angestiegen. Im März 2004 lebten in Brandenburg 160,2 Tausend allein stehende Mütter und Väter, das bedeutet gegenüber 1991 einen Zuwachs um mehr als die Hälfte (50,3 Prozent). Auch gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl weiter angestiegen (+ 1,6 Prozent). Der Anteil der allein Stehenden mit Kindern an den Eltern-Kind-Gemeinschaften insgesamt hat sich im Zeitraum der letzten dreizehn Jahre um 16,2 Prozentpunkte erhöht.

Mit einem Anteil von 71,8 Prozent überwogen unter den allein Stehenden mit Kindern im März 2004 die Familien mit einem Kind, in weiteren 23,7 Prozent wuchsen zwei Kinder auf. Im Vergleich zu 1991 ist der Anteil der allein Stehenden mit einem Kind um 4,4 Prozentpunkte angestiegen. Der Anteil der allein Stehenden mit drei und mehr Kindern ist dagegen seit 1991 kontinuierlich gesunken, gegenüber 1991 liegt er um 2,6 Prozentpunkte niedriger. In den Familien allein Stehender mit Kindern lebten 2004 im Durchschnitt 1,34 Kinder.



Fünf von sechs der allein Stehenden mit Kindern waren 2004 Frauen (82,0 Prozent). Dieses Verhältnis ist seit 1996 in etwa konstant geblieben, 1991 lag der Anteil höher (86,9 Prozent).

Knapp 71 Prozent der allein Stehenden mit Kindern zogen im März 2004 minderjährige Kinder auf. Der Anteil dieser „allein Erziehenden“ an allen Familien mit Kindern in diesem Alter ist seit 1991 stark (+ 21,0 Prozentpunkte) angestiegen, auf 41,0 Prozent im März 2004.

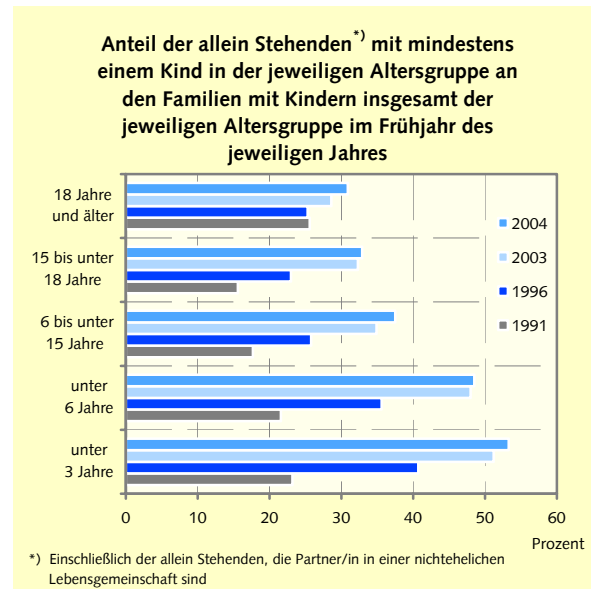
Allein Stehende mit Kindern^{*)} in Brandenburg nach Geschlecht 1991, 1996, 2003 und 2004

Familientyp	1991	1996	2003	2004
	1 000			
Allein stehende Mütter	92,6	106,0	128,5	131,3
Allein stehende Väter	14,0	23,0	29,1	28,9
Insgesamt	106,6	129,0	157,7	160,2
darunter mit minderjährigen Kindern	74,1	95,1	114,5	113,4

^{*)} Einschließlich der allein Stehenden, die Partner/in in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind; auch Väter und Mütter mit volljährigen Kindern

Damit wuchsen im Jahr 2004 von den 386 Tausend minderjährigen Kindern Brandenburgs 38,1 Prozent bei allein Erziehenden auf, der größte Anteil (83,7 Prozent) davon bei allein erziehenden Müttern. Gegenüber den im Frühjahr 1991 festgestellten Ergebnissen erhöhte sich der Anteil von allein Erziehenden aufgezogenen minderjährigen Kindern um 20,6 Prozentpunkte.

Knapp über die Hälfte (52,0 Prozent) der brandenburgischen Kleinkinder im Alter bis unter drei Jahren lebte bei allein Erziehenden. Mit steigendem Alter der Kinder verringerte sich der Anteil derer, die von allein Erziehenden erzogen wurden.



Unter den Eltern, die im März 2004 noch keine 25 Jahre alt waren, waren allein Stehende mit einem Anteil von 96,0 Prozent besonders stark vertreten, in der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen stellten sie dagegen mit 43,5 Prozent eine Minderheit dar.

Hinsichtlich des Familienstandes wiesen die allein Stehenden mit Kindern keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede auf. Sowohl bei den allein stehenden Müttern (45,3 Prozent) als auch bei den Vätern (38,1 Prozent) waren die ledigen allein Stehenden am häufigsten vertreten. Die Anteile der verheiratet getrennt lebenden und geschiedenen allein Stehenden mit Kindern lagen bei den Müttern und Vätern auf annähernd gleichem Niveau. Rund ein Drittel der allein stehenden Mütter oder Väter waren im März 2004 geschieden. Jeder fünfte allein stehende Vater war verwitwet, bei den Frauen betraf es nur jede neunte.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit steigender Tendenz

Ab dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern eine freiwillig zu beantwortende Frage nach der Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt. Die Fragestellung ermöglicht die Unterscheidung zwischen nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Letztere bleiben in den folgenden Ausführungen unbe-

rücksichtigt. Unter einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft versteht die amtliche Statistik ein unverheiratet zusammen lebendes, gemischt geschlechtliches Paar. Unerheblich ist dabei, ob die Partnerschaft als eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem im Jahr 2001 eingeführten Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) registriert wurde.

**Nichteheliche Lebensgemeinschaften in Brandenburg
1996, 2003 und 2004**

Merkmal	1996	2003	2004
	Tausend		
Nichteheliche Lebensgemeinschaften			
ohne Kinder ¹⁾	35,0	51,0	51,8
mit Kindern ¹⁾	41,5	54,7	57,5
darunter mit minderjährigen Kindern	38,3	49,8	50,8
Insgesamt	76,5	105,8	109,3
	Anzahl		
Kinder ¹⁾ je nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern ¹⁾	1,57	1,43	1,45

1) ledige Kinder ohne Altersbegrenzung

Seit 1996 hat die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Brandenburg kontinuierlich zugenommen. Im Frühjahr 2004 gab es 42,9 Prozent mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften als im Jahr 1996. Damit lebten 2004 in 9,0 Prozent der brandenburgischen Haushalte die Paare ohne Trauschein zusammen; 1996 lag dieser Anteil noch bei 7,1 Prozent.

Der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern lag seit 1996 (außer im Jahr 1998) leicht über dem Anteil der nichtehelichen Paare ohne Kinder im Haushalt und variierte ohne deutliche Tendenz zwischen 51 Prozent (April 1997) und 54 Prozent (April 1996, 1999 und 2002). In Brandenburg lebten 2004 in den nichtehelichen Lebensgemeinschaften weit häufiger Kinder als im Bundesdurchschnitt ermittelt wurde (32 Prozent).

In rund 63 Prozent der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern wurde ein Kind aufgezogen. Bei knapp der Hälfte (46,5 Prozent) aller brandenburgischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften wuchsen im März 2004 minderjährige Kinder auf, das bedeutet gegenüber 1996 ein leichtes Absinken dieses Anteils.

Am häufigsten waren die Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften 2004 in der Altersgruppe der 25 bis unter 45-Jährigen vertreten; 65,5 Prozent der Männer und

62,0 Prozent der Frauen fiel in diese Altersgruppe. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis unter 45 Jahren lebte allerdings nur eine kleine Minderheit in dieser Lebensform, seit 1996 jedoch mit steigender Tendenz. 2004 bevorzugten 19,7 Prozent ein Zusammenleben ohne Eheschließung, im Jahr 1996 waren es 12,3 Prozent. Bei rund 56 Prozent der nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren beide Partner ledig. Bei den Partnerschaften mit minderjährigen Kindern im Haushalt betrug dieser Anteil sogar 62,8 Prozent. In 13,5 Prozent der Partnerschaften waren beide Partner geschieden.

Wenn auch diese Lebensform tendenziell immer mehr zunimmt, so war ihr Anteil im März 2004 an allen 697,6 Tausend Paaren Brandenburgs vergleichsweise gering: nur 16 von Hundert Paaren lebte ohne Trauschein miteinander, 1996 waren es 11 von Hundert Paaren.

Fazit

Neben den vielfältigen Formen des Zusammenlebens – sei es mit oder ohne Kinder – setzt sich auch in Brandenburg immer stärker das Alleinleben durch. Innerhalb der Partnerschaftsbeziehungen gewinnt die Form der nichtehelichen Lebensgemeinschaft zunehmend an Bedeutung. In immer weniger „klassische“ Familien wachsen Kinder auf. Durch die Zunahme der Einpersonenhaushalte, der kinderlosen Ehen und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kinder lebten im März 2004 nur noch in gut einem Drittel (34 Prozent) aller brandenburgischen Haushalte Kinder; 1991 lag dieser Anteil bei 47 Prozent. Die Eltern-Kind-Konstellationen in den Familienhaushalten sind vielfältiger geworden. Obwohl die Zahl der allein Stehenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in den letzten Jahren zugenommen hat, wuchsen immer noch knapp zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen bei ihren beiden miteinander verheirateten Elternteilen auf. In dieser Zahl sind allerdings die Stiefelternverhältnisse mit enthalten, die durch den Mikrozensus nicht gesondert erfasst werden. Aber immer mehr Kinder leben – zumindest zeitweise – nur mit einem Elternteil zusammen.

Der Mikrozensus als europaweit größte jährliche Haushaltsbefragung macht es mit seinen detaillierten Ergebnissen möglich, die Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen in Brandenburg zu beschreiben und den in den letzten Jahren vollzogenen Wandel der Familienstrukturen darzustellen. Die Beantwortung der Frage, ob die Mehrzahl der Singles, der kinderlosen Ehen, der allein Stehenden oder nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern ihre jetzige Lebensform als bewusste alternative Lebensform zur traditionellen Eltern-Kind-Familie gewählt haben, muss vertiefenden soziologischen Untersuchungen überlassen werden.

Petra Herzog



Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt – die Statistik und die Berichterstattung

Daten zur Erwerbstätigkeit und zur Situation auf dem Arbeitsmarkt sind von Politik und Wirtschaft stets gefragt, aktuell, aussagekräftig und zuverlässig.

Im folgenden Beitrag werden die zu dieser Problematik durchgeführten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und der amtlichen Statistik methodisch gegenübergestellt und in der Bewertung ihrer Ergebnisse verglichen.

Zur Einschätzung der Daten zu Arbeitslosen, Erwerbslosen, sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Erwerbstätigen werden dem Nutzer dieser Daten die definitorischen Unterschiede erläutert sowie die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Statistiken aufgezeigt.

Vorbemerkungen

Kein anderes gesellschaftliches Phänomen beschäftigt Politik, Wirtschaft und die Medien so lange und hartnäckig wie die Situation auf dem Arbeitsmarkt und deren Begleiterscheinungen. Von Hartz I bis IV, von Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) bis SAM, von der Ich-AG bis zum Ein-Euro-Job, alle Augen sind auf Maßnahmen gerichtet, die seit mehreren Jahren anhaltende Rezession auf dem Arbeitssektor zu beenden bzw. zumindest abzuschwächen.

Zur genauen Beurteilung der Lage, zum Nachweis des Greifens (oder Versagens) aller unternommenen Aktivitäten bedarf es aussagekräftiger statistischer Daten. „Hauptproduzenten“ sind vor allem die Bundesagentur für Arbeit (BA), verantwortlich für die Erhebung der Daten zu den Arbeitslosen und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die amtliche Statistik von Bund und Ländern (Erwerbstätige, Erwerbslose).

Obwohl sich beide Hauptquellen für die Daten, sowohl in den Erhebungsmethoden, den definitorischen Abgrenzungen der einzelnen Merkmale und den Ergebnisdarstellungen von einander unterscheiden, bilden sie doch in ihrer Gesamtheit ein recht gutes Abbild der Situation auf dem arbeitsmarktpolitischen Sektor.

Derzeit gibt es folgende wichtige primäre Erhebungen:

□ Die Arbeitslosenstatistik der BA

Bei der BA werden lt. Sozialgesetzbuch (SGB) alle die bei einer Agentur oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldeten und eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden Suchenden als arbeitslos registriert.

□ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der BA

Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, für alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Be-

schäftigten, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind, den Rentenversicherungsträgern Meldung zu erstatten. Diese geben die Daten dann an die BA weiter, wo sie weiter aufbereitet und ausgewertet werden.

□ Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder der amtlichen Statistik

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) hat die Aufgabe, die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt und untergliedert in Selbstständige und Arbeitnehmer für die Länder und Landkreise bzw. kreisfreien Städte der BRD zu berechnen und zu veröffentlichen. Basis bilden monatliche (wenn vorhanden) und Daten anderer Zeiträume der amtlichen Statistik, der BA und anderer Einrichtungen.

□ ILO – Erwerbsstatistik des Statistischen Bundesamtes

Sie dient der Vergleichbarkeit für internationale Arbeitsmärkte. Als erwerbslos gilt im Sinne der ILO-Abgrenzung¹⁾ jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in einem festgelegten Zeitraum weder einer mit Einkommen verbundenen abhängigen Tätigkeit nachgegangen ist, noch selbstständig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv eine Tätigkeit gesucht hat. Die Erhebung erfolgt derzeit über eine freiwillige telefonische Befragung von monatlich 30 000 Personen bundesweit.

□ Mikrozensus und Arbeitskräftestichprobe der EU der amtlichen Statistik der Länder

Die als Haushaltsbefragung konzipierte 1%ige Bevölkerungsstichprobe erhebt neben haushaltsspezifischen Merkmalen auch Merkmale zu Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit. Nahezu 380 000 Haushalte sind bundesweit jährlich einbezogen (Brandenburg ca. 12 000 Haushalte). Für den Mikrozensus und die EU-Arbeitskräftestichprobe gilt das ILO-Konzept.

1) gemäß der International Labour Organisation (ILO) mit Sitz in Genf formulierte Kriterien

Für den nicht professionellen Betrachter scheint das unterschiedlich methodisch und inhaltlich erzeugte Datenmaterial der verschiedenen Institutionen verwirrend, zumal auch unterschiedliche Sichtweisen durch definitorische Abweichungen der einzelnen Merkmale erschwerend wirken.

Wie sehen die einzelnen Ergebnisdarstellungen aus und wie kann man sie bewerten?

Arbeitslosenzahlen der BA

Die Registrierten der Arbeitslosen lassen zumindest das verfügbare Potenzial an Arbeitswilligen relativ genau bestimmen. Allerdings hat die Betrachtung der formell Arbeitslosen einige Schwachpunkte. Nicht alle Arbeitslosen sind korrekt genommen ohne Arbeit, wenn sie sich z. B., was das SGB auch erlaubt, bei weniger als 15 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit etwas hinzuverdienen bzw. die so genannten Ein-Euro-Jobs durchführen. Nach der ILO-Abgrenzung gelten sie als erwerbstätig.

Andererseits gelten Personen unter bestimmten Verhältnissen nicht als arbeitslos, obwohl sie selbst dies für sich empfinden, wie z. B. sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befindliche. Auch Personen, die Arbeit suchend gemeldet sind, Arbeitslosengeld II (ALG) erhalten, aber z. Z. wegen aktiver Kinderbetreuung nicht arbeiten können, entfallen aus der Statistik.

Unterschied zwischen Erwerbslosen und registrierten Arbeitslosen

Erwerbslose	Registrierte Arbeitslose
Methodik	
- Definition nach Internationaler Arbeitsorganisation (ILO)	- Definition nach SGB
- Stichprobe	- Totalerhebung
- internationaler Vergleich	- Nationale Arbeitsmarktbeobachtung
Kriterien	
- Arbeitssuche	- Arbeitssuche
- Aktive Suche (in den letzten vier Wochen)	- Registrierung bei Arbeitsamt notwendig
- Meldung bei Arbeitsamt nicht notwendig	
- über 14 Jahre	- über 14 Jahre
- keine oder weniger als eine Stunde pro Woche gearbeitet	- keine oder weniger als 15 Stunden pro Woche gearbeitet
- Suche einer Tätigkeit von einer und mehr Stunden (als Arbeitnehmer, Selbstständiger, Schüler, Student, Hausfrau, Rentner usw.)	- Suche einer versicherungspflichtigen Tätigkeit von mindestens 15 Stunden
- sofort verfügbar (innerhalb von 2 Wochen)	- steht der Arbeitsvermittlung zur Verfügung
Quellen, Aufbereitung	
- Statistisches Bundesamt,	- Bundesagentur für Arbeit
- Statistische Landesämter	

Es reicht, volkswirtschaftlich gesehen, also nicht aus, sich nur auf die Arbeitslosenzahlen zu stützen, wenn das gesamte Ausmaß der Arbeitsmarktsituation umfassend dargestellt werden soll. Daher ist auf europäischer Ebene die Kennziffer „Erwerbslose“ ein wichtiges Instrument zur Darstellung des Arbeitsmarktes und des vorhandenen Arbeitspotentials. Die EU-Arbeitskräftestichprobe und der nationale Mikrozensus sowie die seit Januar 2005 in Deutschland eingeführte ILO-Erwerbsstatistik tragen dieser Problematik Rechnung.

Die Datenlage ist jedoch bei den Einrichtungen verschieden. Während Arbeitslosenzahlen bis auf Gemeindeebene und monatlich zur Verfügung stehen, bestehen bei den Erwerbslosenzahlen diese Möglichkeiten nicht. Die von der BA herausgegebenen Daten zur Arbeitslosigkeit sind zeitnah (5. Werktag des Folgemonats).

In den ersten vier Monaten des Jahres 2005 ergaben die nachfolgenden Datenquellen folgende Eckdaten:

Arbeitslose in Deutschland und Brandenburg im Jahr 2004 und in den Monaten März, April 2005

Monat/Jahr	Deutschland	Brandenburg
	Millionen	Tausend
2004	4,46	250,0
März 2005	5,18	269,6
April 2005	4,97	256,9

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der rasante Anstieg der registrierten Arbeitslosen von 2004 zum Januar 2005 ist vor allem auf die Einbeziehung der arbeitsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfänger zurückzuführen, die jetzt ALG II beziehen. Da die Zahl der Sozialhilfeempfänger nie so stark im Blickpunkt der Öffentlichkeit stand wie die der (registrierten) Arbeitslosen, war diese Größe kaum in die allgemeine Betrachtung der Arbeitsmarktsituation eingeflossen. Mit der Neustrukturierung im Zuge von Hartz IV wird zumindest ein objektiveres Bild der realen Arbeitslosigkeit vermittelt.

Erwerbslosenzahlen der amtlichen Statistik

Der **Mikrozensus (einschließlich Arbeitskräftestichprobe der EU)** liefert seit vielen Jahren neben Strukturdaten zu den Haushalten und Familien auch Daten zum Erwerbsleben. Allerdings standen diese Daten nur einmal jährlich zur Verfügung (ab 2005 mit der Einführung eines unterjährigen Mikrozensus werden quartalsweise Daten zu diesen Merkmalen ermittelt und mit einer zeitlichen Spanne von 90 Tagen veröffentlicht). Dadurch lassen sich aktuelle Bezüge zwar nicht herstellen. Vergleiche der einzelnen Quar-

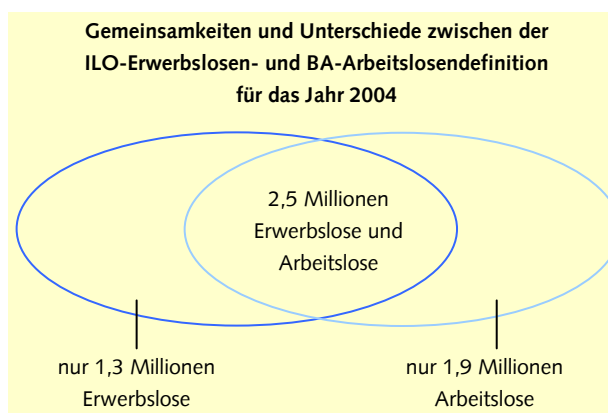
tale untereinander ermöglichen jedoch die Sicht auf saisonale Aspekte.

Mit der ab Januar 2005 erfolgten Bereitstellung von Daten entsprechend des **ILO-Konzepts** durch eine monatliche telefonische Befragung von 30 000 Personen auf freiwilliger Basis wird ein weiteres Bindeglied in der umfassenden Darstellung des Arbeitsmarktes hergestellt. Obwohl die Ergebnisbereitstellung mit einem Monat Verzögerung erfolgt, ist die Aktualität der Daten dennoch gegeben.

Erwerbslose nach dem Mikrozensus und ILO-Konzept in Deutschland und Brandenburg 2002 – 2004 und in den Monaten Januar – März 2005

Monat/Jahr	Mikrozensus		ILO-Konzept	
	Deutschland	Brandenburg	Deutschland	Brandenburg
	Millionen	Tausend	Millionen	Tausend
2002	4,07	271,2	–	–
2003	4,62	282,7	–	–
2004	4,39	290,2	–	–
Januar 2005	–	–	3,99	–
Februar 2005	–	–	4,47	–
März 2005	–	–	4,30	–

Die Daten nach der ILO-Definition (Testergebnisse 2004) und der BA ergeben folgendes Bild:



Darstellung der Erwerbstätigkeit

Für die Feststellung der Erwerbstätigkeit gibt es sowohl Daten von der BA in Form der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Selbstständige und Beamte) als auch durch die Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik und durch den Mikrozensus – bis 2004 nur jährlich.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Erwerbstätige in Deutschland und Brandenburg 2003, 2004 und in den Monaten Januar – März 2005 nach der Datenquelle

Merkmal	Deutschland					Brandenburg	
	2003	2004	2005			2003	2004
			Januar	Februar	März		
	Millionen					Tausend	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der BA	26,75	26,92 ¹⁾	–	–	–	727,5	730,6 ¹⁾
Erwerbstätige aus Mikrozensus	36,2	35,7	–	–	–	1 117,1	1 102,0
der Erwerbstätigenrechnung	38,3	38,4	38,50	38,54	38,62	1 014,6	1 015,7

1) Stand 30.09.2004

Die BA kann derzeit Ergebnisse zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur mit einem zeitlichen Rückstand von 7 bis 9 Monaten liefern

Bewertung und Einschätzung

Wie sind die unterschiedlichen Daten der einzelnen Quellen zu bewerten bzw. einzuschätzen?

Arbeitslose und Erwerbslose: Die Arbeitslosenzahlen der BA haben einen starken Leistungsaspekt und liefern genaue Zahlen darüber, wie viele Menschen auf staatliche Unterstützung in Form von ALG I und ALG II angewiesen sind. Diese Daten sind sehr aktuell, tief regionalisierbar und zuverlässig. Der Nachteil besteht darin, dass sie einen Teil der Bevölkerung nicht erfassen, der, objektiv gesehen, auch ohne Arbeit ist, jedoch in den Statistiken nicht auftaucht.

Wer als arbeitslos zu gelten hat, ist auch von der bestehenden Gesetzgebung abhängig. Durch die Änderung des Sozialrechts (Hartz IV) ab Januar 2005 wurde eine erhebliche Anzahl von Personen hinzugezählt, die vorher als Sozialhilfeempfänger registriert waren und somit nicht Bestandteil der Arbeitslosenzahlen waren. Dies führte zu Beginn des Jahres zu einem sprunghaften Anstieg in der Arbeitslosenstatistik.

Die ILO-Methode dagegen ist gegen derartige Gesetzesänderungen kaum anfällig und diesbezüglich nicht beeinflussbar. Um hier als erwerbslos eingestuft zu werden, ist die Registrierung als Arbeitsloser nicht zwingend erforderlich (siehe Kriterien). Andererseits basiert diese Erhebung auf einer Stichprobe mit Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung. Der ausgewiesene Standardfehler von 2,5 Prozent lässt bei 90%iger Wahrscheinlichkeit für ca. 4 Millionen Erwerbslose eine Bandbreite von +/- 100 000 Personen zu.

Da international seit längerem die Zahl der Erwerbslosen Maßstab ist, sind jetzt genaue EU-weite monatliche Vergleiche möglich und Ergebnisse staatenübergreifender Maßnahmen diesbezüglich besser zu bewerten.

Für die nationale Bewertung ist es wichtig, dass die Unterschiede in den inhaltlichen Aussagen beider Datenlagen klar herausgearbeitet werden, da die Arbeitslosenzahlen doch erheblich von denen der ILO-Methode abweichen und nicht der Eindruck entstehen darf, dass mit den geringeren Erwerbslosenzahlen Schönfärberei betrieben werden soll.

Dass die Erwerbslosenzahlen geringer ausfallen als die der Arbeitslosen, ist in anderen EU-Staaten (z. B. Großbritannien) nicht generell festzustellen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Erwerbstätige: Die Arbeit mit verifizierbaren Erwerbstätigendaten wird stark von definitorischen Aspekten beeinflusst. Die von der BA herausgegebenen Angaben zu den sozialversi-

cherungspflichtig Beschäftigten (mit absolutem Schwerpunkt auf Arbeiter und Angestellte) sind sehr sicher. Der große Nutzen dieser Daten besteht in der detaillierten Darstellungsmöglichkeit, sowohl in regionaler Tiefe als auch nach Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen.

Pendlerverhalten (durch getrennten Ausweis von Wohn- und Arbeitsort) können gemeindescharf abgebildet werden.

Keine andere Datenquelle ist in der Lage, derart genau und abgrenzungsscharf Entwicklungen auf dem Erwerbssektor darzustellen. Der Nachteil liegt zum einen leider in der nicht sehr zeitnahen Ergebnisbereitstellung (bis zu 9 Monate) und zum zweiten darin, dass nur ca. 75 bis 80 Prozent der Erwerbstätigen einer Sozialversicherungspflicht unterliegen und somit nur ein Teil der Erwerbstätigkeit betrachtet werden kann.

Die Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder ist für ihre Ergebnisse auf viele Datenquellen angewiesen. Neben den hauptsächlichen Daten der BA und der amtlichen Statistik werden aber auch verschiedene Ministerien und Einrichtungen einbezogen. Da allein die Berechnung an sich schon ein sehr kompliziertes Verfahren ist, bleibt die Problematik der Verifizierbarkeit immanent. Zudem müssen immer wieder Anpassungen an systematische und methodische Veränderungen vorgenommen werden (Revision), die zu permanenten Korrekturen der Zeitreihen führen. Sie ist jedoch als Instrument der Marktbeobachtung und dessen Entwicklung, ergänzend zu den anderen bestehenden Daten, wichtig und wird vor allem als Bezugsmaterial für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung benötigt.

Der Mikrozensus: Aufgabe des Mikrozensus ist es vorrangig, Strukturdaten zu Haushalten und Familien zu liefern. Im Zuge der Anpassung an die EU-Arbeitskräftestichprobe sind jedoch immer mehr Elemente des Erwerbslebens hinzugekommen; diese nehmen mittlerweile ca. 60 Prozent des Frageprogramms ein. Die hochgerechneten Jahresergebnisse lassen Aussagen bis auf regionaler Ebene zu, die Quartalsdaten sind nur auf Landesebene aussagefähig.

Filterführungen zu Fragen ihres Erwerbsstatus ermöglicht eine recht genaue Einordnung der einzelnen Haushaltsmitglieder in die Kategorien Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit, auch zur laut ILO-Erwerbskonzept erforderlichen Verfügbarkeit innerhalb von 2 Wochen.

Der große Vorteil des Mikrozensus liegt in seiner Geschlossenheit und der Verknüpfung von sozialen und demografischen Sachverhalten miteinander. Quelle, Berechnungsgrundlagen als auch Methodik sind sowohl für die Ergebnisbereitstellung der Erwerbstätigen als auch der Erwerbslosen gleich. Fehler in der Systematik, in den Hoch-

rechnungen usw. treffen beide Sachverhalte gleichwohl, sodass davon abstrahiert werden kann.

Der Mikrozensus ist durch seine unmittelbare Verknüpfung der Haushalts- und Einkommensmerkmale mit denen des Erwerbsstatus in der Lage, soziale Verhältnisse detailliert auszuweisen und somit (abgesehen von einer Totalerhebung in Form einer Volkszählung) ein sehr gutes Instrument für die Darstellung der Lebensbedingungen von Haushalt und Familie.

Fazit

Für die genaue Analyse der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarktes ist es nicht so sehr von Bedeutung, ob und in wie fern die einzelnen Erhebungsmodelle und -methoden von einander abweichen und welche nun die genauere sei. Jede diesbezüglich bestehende Erhebung hat seine Daseinsberechtigung, da unterschiedliche Nutzer ihre Ent-

scheidungen darauf beziehen. So benötigt z. B. das Bundesarbeitsministerium die Zahlen der Arbeitslosen, da die Ausgabenseite für die Gewährung der staatlichen Unterstützung geplant werden muss. Für wirtschaftliche Entscheidungsfindungen sind die Daten des Erwerbspotentials als Ganzes wichtig. Für EU-Vergleiche sind die Daten von Erwerbslosen bedeutsam. Familienpolitische Entscheidungen der Regierung benötigen u. a. Daten des Mikrozensus. Viele Untersuchungen der freien Meinungsforschungsinstitute beziehen ihre Ansätze und Grunddeckwerte ebenfalls aus dieser Erhebung.

Entscheidend sind die Schlussfolgerungen, die sich aus all diesen Daten ziehen lassen, welche Konsequenzen sich aus der Entwicklung der jeweiligen Erscheinungen ergeben. Da alle aufgezeigten Datenquellen langfristige Reihen beinhalten, sind auf jeden Fall Tendenzen ableitbar, Entwicklungen erkennbar und nachhaltige Entscheidungen daraus möglich.

Peter Kuchta



Festschrift „200 Jahre brandenburgisch-preußische Statistik“ erschienen



Aus Anlass des Jubiläums „200 Jahre brandenburgisch-preußische Statistik“ gab der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Ende April 2005 eine Festschrift mit gleichem Titel heraus.

Im Jahre 1805 wurde auf Initiative des Freiherrn vom Stein das „Königlich

Preußische Statistische Bureau“ gegründet und damit die Amtliche Statistik ins Leben gerufen. Seitdem wurden vielfache Veränderungen in der (amtlichen) preußischen Statistik vorgenommen, welche maßgeblich dazu beitrugen, dass diese immer besser den Anforderungen des sich entwickelnden Staatswesens gerecht werden konnte.

Nach einer kurzen Einführung in die Statistik folgt eine Geschichtsreise in die Entwicklung der Amtlichen Statistik. Sie beginnt weit vor der Gründung des „Königlich Preußischen Statistischen Bureau“ im Jahre 1805. Zwischenstationen sind die Geschichte der Preußischen Statistik von 1805 bis zur Gründung der Weimarer Republik 1919, die Entwicklungszeiträume von 1919

bis 1945 in der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus und 1945 bis 1990 in der Sowjetischen Besatzungszone. In den Jahren 1990 und 1991 stand die Statistik in Brandenburg im Zeichen der politischen Veränderungen infolge der Wiedervereinigung Deutschlands. Die nächste Reisestation ist die Statistik in Brandenburg von 1991 bis 2004. Hier erfährt der Leser, welche Entwicklung die brandenburgische Amtliche Statistik in Verbindung mit einem leistungsstarken Rechenzentrum nahm. Die Geschichtsreise endet beim Kapitel der Umwandlung des Landesamtes in einen Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik.

Die Festschrift „200 Jahre brandenburgisch-preußische Statistik“ ist kostenlos erhältlich. Sie kann angefordert werden beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – auch für die Kommunen?

Das System der amtlichen Statistik umfasst in Deutschland neben EU-, Bundes- und Landesstatistiken auch die Kommunalstatistik. Doch welchen Stellenwert hat hier die Kommunalstatistik, wie kann sie sich einbringen?

Anhand ausgewählter Beiträge anlässlich einer Tagung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Ost des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDST) wird aufgezeigt, welche Bedeutung die Kommunalstatistik für die städtische und regionale Entwicklung haben kann und wo Schnittstellen zur Bundes- und Landesstatistik vorhanden bzw. auszubauen sind. Vor dem Hintergrund der Vorbereitung eines künftigen Zensus in Deutschland wird dabei auf die Notwendigkeit der Einbeziehung des VDST in die Zensusvorbereitung eingegangen.

Am 26. und 27. Mai 2005 fand in Brandenburg an der Havel die 18. Tagung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Ost des Verbandes Deutscher Städtestatistiker statt. Als Gäste nahmen auch der Präsident des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Herr Steenken, und der Autor teil.

Inhalt und Verlauf der Beratung sind Anlass, das Thema des Grußwortes von Herrn Steenken „Weiterentwicklung der amtlichen Statistik – auch für die Kommunen?“ aufzugreifen und anhand ausgewählter Beiträge die Fragestellung beantworten zu lassen.

Der VDST versteht sich als Träger der amtlichen Statistik auf der örtlichen Ebene mit der Aufgabe, die Planungs- und Entscheidungsfähigkeit der jeweiligen Kommune mit statistischen Informationen zu unterstützen und zu sichern.

Dabei wurde auch bei dieser Tagung sichtbar, dass der Anspruch des VDST, als überörtliche Organisation der Kommunalstatistik, die Städtestatistik und Stadtforschung zu fördern und in die Kommunalverwaltung sowie in Wissenschaft und Praxis einzubringen, stark von dem für die Statistik vorhandenen „Klima“ in der Stadtverwaltung und dem persönlichen Engagement der zuständigen Mitarbeiter abhängt.

Es wurden interessante Beiträge dargeboten, die es wert sind popularisiert zu werden und entsprechenden Eingang in die regionale und überregionale Arbeit der Kommunalstatistiker zu finden. Die Beiträge im Einzelnen werden dem Tagungsband der 18. Tagung der Regionalen AG-Ost zu entnehmen sein. Hier soll nur eine kurze Darstellung ausgewählter Beiträge – mit Blick auf die obige Fragestellung – erfolgen.

Vom Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig, stellte Herr Dr. Herfert ein Modell zur [Visualisierung innerstädti-](#)

[scher Wanderungen](#) vor. Dieses Thema gewinnt angesichts der Dynamik innerstädtischer Wanderungen sowie des Städteumbaus an Bedeutung. Gedacht als analytische Hilfe für Städtestatistiker, Stadtplaner und Stadtforscher wäre es denkbar, über eine solche Software auch in einem Statistischen Landesamt zu verfügen, um Wanderungsströme bzw. das Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten visualisieren zu können.

Die Mindestvoraussetzung für die Visualisierung innerstädtischer Wanderungen sind digitalisierte Grundkarten der Stadt mit Ortsteilgrenzen sowie entsprechende Wandermatrizen. Bei dieser Lösung wird sichtbar, welche Bedeutung aktuellen kleinräumigen Daten für den Planungsprozess in den Kommunen zukommt, deren Datenbasis gegenwärtig die Einwohnermelderegister sind.

Für den voraussichtlich im Jahre 2011 für Deutschland vorgesehenen registergestützten Zensus gewinnt somit die bereits angedachte Georeferenzierung des Adressregisters an Bedeutung. Es sollte angestrebt werden, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um dieses Ausgangsmaterial für einen Zensus von der amtlichen Statistik gemeinsam zu erarbeiten und das Produkt den Kommunen zur Nutzung und Aktualisierung übergeben zu können.

Eine weitere, für die Kommunen bedeutsame Informationsquelle sollte das [Unternehmensregister Statistik \(URS\)](#) des Statistischen Bundesamtes (StBA) und der Statistischen Landesämter darstellen. Herr Dr. Heymann vom Statistischen Landesamt Berlin stellte das URS vor, das vom Gesetzgeber zwar auf Basis des Statistikregistergesetzes und des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) als Informationsquelle frühere Arbeitsstättenzählungen ersetzen soll, für deren Umsetzung jedoch noch einige Hürden zu überwinden sind. Er konnte in Aussicht stellen, dass sich eine Referentenberatung im Juni 2005 des Themas, wie Daten aus dem URS den Kommunen übergeben werden können, annehmen wird.

Einen breiten Raum nahmen die Werkstattberichte verschiedener Städte zum [Städteumbau](#) ein. Der Stadtumbau als kommunalpolitische Aufgabe beinhaltet das Ziel der langfristigen Stabilisierung der städtischen Strukturen, um zukunftsfähige und lebenswerte Städte zu erhalten.

Herr Schubert, vom Bereich Statistik und Wahlen im Stadtentwicklungsamt Erfurt, veranschaulichte die aktuelle Situation in den Städten zwischen Legitimationsdruck und integriertem Stadtentwicklungskonzept und machte den Stellenwert statistischer Arbeit der Kommune zur Begleitung und Lösung dieser kommunalen Aufgabe deutlich. Er resümierte, dass der Legitimationsdruck vielerorts die Position der kommunalen Statistik gestärkt hat. Die nachhaltige Nutzung statistischer Werkzeuge bei der Erarbeitung und Fortschreibung integrierter Stadtentwicklungskonzepte erfordern jedoch ein Maximum an Standardisierung der Daten und Verfahren. Dabei erhält die zielgerichtete Nutzung der verfügbaren Register zunehmenden Stellenwert.

Wie die Wissenschaft oder wissenschaftliche Institute die Stadtentwicklung mit statistischen Daten begleiten und unterstützen können, wurde in einem Beitrag von Frau Genschow, vom Wirtschaftsinstitut für Marktforschung, Evaluation und Strukturentwicklung Rostock, zum [Monitoring zur integrierten Stadtentwicklung](#) in Neubrandenburg sichtbar. Hier wurde abermals deutlich, welchen Stellenwert qualitativ hochwertige Ausgangsdaten für den Planungsprozess der Kommune haben. Die Ausgangsdaten für das Monitoring – Bevölkerungsdaten aus dem Melderegister und die Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes – verzeichnen in Mecklenburg-Vorpommern bei Gemeinden $\leq 10\,000$ Einwohner Abweichungen von bis zu 10 Prozent. Dies ist ein Thema, dem sich die amtliche Statistik im Zusammenhang mit dem bevorstehenden registergestützten Zensus stellen muss und wird.

Deutlich wurde aber auch, dass Monitoring zur integrierten Stadtentwicklung, wie es in Neubrandenburg betrieben wird, eine dankenswerte Aufgabe der amtlichen Statistik, hier der Kommunalstatistik, sein kann. Für ein Statistisches Landesamt bietet dieses Aufgabenfeld einen Kooperationsansatz zwischen Statistischem Landesamt und Kommunalen Statistikstelle bzw. Stadtverwaltung.

Fazit

Nicht erst die Teilnahme an der Tagung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Ost führt zur Bejahung der eingangs gestellten Frage. Das System der amtlichen Statistik umfasst neben den Bundes- und (zunehmenden) EU-Statistiken, den Landes- und koordinierten Landesstatistik

tiken auch die Kommunalstatistik, wie in Bundes- und Landesrecht verankert. Deshalb wird und kann die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik nicht vor dem auf die Belange der Kommunen gerichteten Informationsbedarf Halt machen. Die Arbeit des VDST und die der externen Anbieter belegen diese Aussage.

Ohne die Integration moderner Informations- und Kommunikationsmittel und Verfahren sind Kommunalstatistik ebenso wie die übrigen Bestandteile der amtlichen Statistik nicht mehr durchführbar. Problematisch wird die Situation für die amtliche Statistik jedoch, wenn Entwicklungen nicht rechtzeitig erkannt und keine bedarfs- und nutzergerechten statistischen Produkte und Verfahren entwickelt werden.

Im § 1 BStatG – Statistik für Bundeszwecke – heißt es:

„Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände ... aufgeschlüsselt“.

Gegenwärtig bereitet die amtliche Statistik in Deutschland Wege und Methoden für einen registergestützten Zensus vor. Noch offen ist, wie und in welcher Form die Kommunen in dieses Verfahren einzubeziehen sind. In Kenntnis der aktuellen Datenlage der amtlichen Statistik ist es unabdingbar, die Nutzer kleinräumiger statistischer Daten in die Zensusvorbereitung aktiv einzubeziehen.

Das StBA hat im Rahmen der aktuellen Projektarbeit für einen zukünftigen Zensus das Thema aufgegriffen. Die Zeit ist jedoch reif für konkrete Maßnahmen dieser Willenserklärung. Aus Sicht des Autors ist es dabei erforderlich, den Verband Deutscher Städtestatistiker direkt in die Vorbereitung einzubeziehen, da insbesondere die Rahmenbedingungen eines zukünftigen Zensus zwingen, die vorhanden knappen humanen und sachbezogenen Ressourcen unter Nutzung von Synergien gebündelt einzusetzen und das Gesetzgebungsverfahren noch bevorsteht. Ansatzpunkte bilden dabei z. B. der Aufbau und die Nutzung eines georeferenzierten Gebäude- und Adressregisters und die Methodik einer Bevölkerungsfortschreibung im Ergebnis eines Zensus.

Als optimistischen Ausblick brachte der Präsident des StBA auf der Pfingsttagung der DStG im Mai diesen Jahres in die aktuelle Zensusdiskussion folgendes Zitat ein:

„Langsames Voranschreiten braucht dich nicht zu ängstigen. Fürchte den Stillstand“.

Manfred Fest



Druck- und Nachbereitungszentrum im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Als Informationsdienstleister des Landes Brandenburg verfügt der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik über ein leistungsstarkes Druck- und Nachbereitungszentrum, um den Prozess der amtlichen Statistik im Zusammenspiel mit dem Rechenzentrum des Betriebes zu unterstützen, insbesondere bei der Erstellung von Druckvorlagen und der Bereitstellung der statistischen Ergebnisse in Papierform. Durch die Optimierung der dazu benötigten technischen Infrastruktur ist es gelungen, u. a. Einsparungspotentiale im Personalbereich zu erreichen, aber auch Arbeitserleichterungen in den Fachdezernaten zu schaffen und vor allem Druckerzeugnisse in hoher Qualität zu erzielen.

Das Druck- und Nachbereitungszentrum bietet sowohl hausinternen als auch externen Nutzern ein breites Serviceangebot an Druck- und Nachbereitungsleistungen. Es umfasst die kompetente technische Realisierung und Unterstützung von der Druckvorstufe über den Druck bis zur Kuvertierung und den Versand von Unterlagen.

Vorbemerkungen

Der strukturelle Aufbau und die Entwicklung seiner technischen Infrastruktur des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) mit seinen drei Standorten in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) hatten und haben unmittelbaren Einfluss auf die Realisierung von Druckausgaben. Im Laufe der Entwicklung hatten sich zwei Bereiche gebildet, in denen Druckausgaben und Vervielfältigungen von Dokumenten, Vorlagen und Listen reproduziert wurden. Im Einzelnen waren das die Hausdruckerei mit Großkopierern, Offsetdruckern, Buch- und Broschürenbinder, Schneideautomaten und das Rechenzentrum mit mehreren angebundenen Laserdruckern einschließlich der Nachbereitung bis hin zu Kuvertierung und Versand.

Die Aufgabenstellung im LDS bestand für diese Bereiche darin, Synergien in der technischen Infrastruktur, in der strukturellen Zusammenarbeit, in der Verwendung von Verbrauchsmaterialien und im Personalbereich zu erreichen. Rationalisierungsmaßnahmen für diese Aufgaben waren ebenso zwingend, um den zukünftigen Anforderungen der Auftraggeber gerecht zu werden.

Digitaldruck und Druck auf Abruf

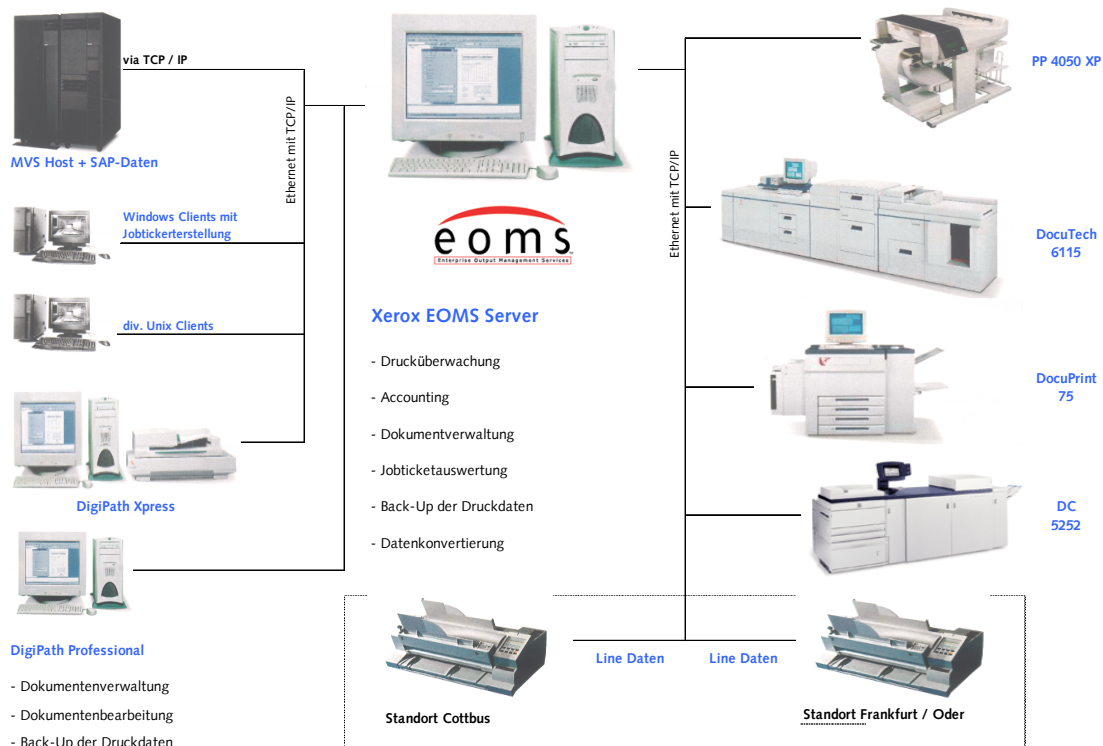
Der Prozess umfangreicher Studien und die Erarbeitung von IST- und SOLL-Zuständen ergaben, dass das digitale Drucken und das Herstellen von Druckerzeugnissen auf Abruf (Print on Demand) die richtige Herangehensweise an ein Druck- und Nachbereitungszentrum ist.

Beim Digitaldruck werden die Daten direkt aus einem Datenbestand für den Druck verwendet, bei dem die Bedruckstoffe über ein Trägermedium (Laserdruck) für jede zu bedruckende Seite aus den digital von einem RIP (Raster-Image-Prozessor) aufbereiteten Daten neu bebildert werden. Technisch gesehen wird dabei die fotoleiterbeschichtete Trommel elektrisch geladen, ein LED-Schreibkopf bildet das Druckbild auf der Trommel ab. Auf die dann entladenen Bereiche der Trommel wird mikrofeiner Trockentoner aufgetragen und das Druckbild entwickelt. Anschließend wird das Druckbild auf Papier übertragen, eine Reinigungseinheit entfernt überflüssigen Toner und die abschließende Druck-Hitze-Fixierung schützt das Druckbild.

Die Vorteile von Print on Demand liegen in der bedarfsorientierten Herstellung von Dokumenten, Listen, Broschüren, Büchern, Schulungsunterlagen, Anleitungen oder ähnliche Produkte; ferner in der flexiblen und kurzfristigen Produktion von Auflagen und in der Möglichkeit der Individualisierung und Personalisierung von Produkten sowie Änderungen und Aktualisierungen zeitnah vornehmen zu können. Weitere Vorteile sind schnelle Auftragsabwicklung, Musterexemplare oder Teillieferungen ohne Druckmehrkosten und niedrige Lagerhaltungskosten.

Mit dem Aufbau des Druck- und Nachbereitungszentrums unter einer strukturellen Zuordnung (Zusammenlegung von Druck-Großrechner, Hausdruckerei, Poststelle und Nachbereitung) und der Optimierung der dazu benötigten technischen Infrastruktur (notwendige Ablösung der veralteten Technik) sind Einsparungspotentiale im Personalbereich, in der Lagerhaltung, in der Nutzung von Räumen und in der technischen Infrastruktur erzielt worden.

Grafische Übersicht des Druckzentrum im LDS Brandenburg



Serviceangebot

Das Druck- und Nachbereitungszentrum des LDS bietet eine kompetente technische Realisierung und Unterstützung von der Druckvorstufe, über den Druck bis zur Kuvertierung und Versand von Unterlagen. Neben leistungsfähigen Drucksystemen, die in einer hohen Qualität Drucksergebnisse herstellen, wird auch ein umfassender Service angeboten. Dieses Serviceangebot soll unseren Kunden eine Arbeitserleichterung bringen und helfen, Kosten zu sparen. Als professionell arbeitender Betrieb ist der LDS mit den unterschiedlichsten Anforderungen vertraut und verfügt über das notwendige Know-how. Folgende Leistungen werden angeboten:

- ❑ Standard-Druckaufträge mit leistungsfähigen Einzelblatlaserdrucksystemen aus den unterschiedlichsten Druckvorlagen,
- ❑ Vollständige Dokumente im Schwarz/Weiß- und Farbdruk (A3, A4, A5), wobei es möglich ist, im Dokument Farbseiten gezielt einzuordnen (automatisch),
- ❑ Entwicklungsleistungen in der Druckvorstufe für die Erstellung und Gestaltung von Dokumenten/Formularen entsprechend der Kundenwünsche bzw. Mustervorlagen,
- ❑ Druckaufbereitung,
- ❑ Endverarbeitung mittels Klebebinden, Block- und Heftklammern, Verpackung, Versand, Kuvertierung in den Formaten C6, C5, C4 ist ebenfalls möglich.

Im Interesse seiner Kunden garantiert der LDS Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Sicherheit und termingemäße Auslieferung. Neben einer attraktiven Kostengestaltung ist der LDS als flexibler Partner bemüht, auch kurzfristige, notwendige Änderungen kundenfreundlich umzusetzen.

Druck

Der Druck erfolgt auf Einzelblatt in A3- und A4-Format (Simplex, pro Blatt eine bedruckte Seite; Duplex, pro Blatt beide Seiten bedruckt); beim Farbdruker zusätzlich auch das Format A3+ (Übergrößen). Bedruckstoffe sind alle üblichen Papierarten bis 220g/m². Der Druck von Folien und Etiketten ist ebenso möglich.

Die Druckvorlagen können als Papier (Kopiervorlagen) oder als digitale Daten geliefert werden (vielfältige Software wie Word, Excel, PDF, selbst Datenströme vom HOST sind möglich), sie werden gleichermaßen in PDF umgewandelt und können ggf. zu einem Dokument zusammengestellt und gedruckt werden (Einbindung von Farbseiten möglich). Dafür stehen im hohen Maße in der Druckvorstufe Entwicklungsleistungen zur Verfügung, die das Erstellen von Erhebungsbögen, Formularen, Anschreiben, Info-Blättern im A4/A3-Format und die Definitionen zur Druckausgabe wie Seitengröße, Druckrichtung, Zeichenfonds, Papierart sowie das Einbinden von variablen Daten (z. B. Adressen) realisieren.

Das Druckvolumen kann in der tatsächlich benötigten Auflagenhöhe realisiert werden. Eine Vorratshaltung entfällt, da die Druckunterlagen zwischengespeichert (Langzeitarchivierung ist möglich) werden können, damit jederzeit wieder gedruckt werden kann.

Die Realisierungszeiten der Druckaufträge erfolgen nach zeitlichem Eingang bzw. nach festgelegten Prioritäten.

Die Lieferung der Druckvorlagen und der Abtransport des fertigen Druckoutputs obliegen dem jeweiligen Auftraggeber.

Drucknachbereitung

In der Drucknachbereitung bestehen die Möglichkeiten von Kuvertierung, Falzen, Heften, Klammern, Klebebindung und Versand.

Die Klebebindung kann bereits automatisch nach dem Druckprozess erfolgen (Deckel A4-Klebeband) und manuell nach dem Druckprozess (Deckel A3+ Heißfixierung und Beschnitt) für das Erstellen von Broschüren und Büchern.

Die Kuvertierung erfolgt in dem Format C6 (max. 4-5 Blätter A4), Format C5 (maximal 8 Blätter A4) und Format C4 (maximale Stärke des Briefes 15 mm, wobei nur 4 Anlagefächer zur Verfügung stehen; A3 Blätter können vorher zusammengeklappt werden). Das zu kuvertierende Material wird im Vorfeld sortiert und damit postoptimiert nach Leitregionen aufbereitet (ermöglicht Versand per In-

fobrief bzw. Infopost). Mit der Kuvertierung kann automatisch eine Frankierung erfolgen.

Es können Unterlagen (Papier/Disketten) unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen vernichtet und entsorgt werden.

Kundenkontakt

Für externe Kunden ist das Zentrale Kundenmanagement des LDS der erste Ansprechpartner, erreichbar unter:



0331-39888



E-Mail: Antje.Leutholf@LDS.brandenburg.de

oder auch direkt das Druckzentrum, erreichbar unter:



0331-39546



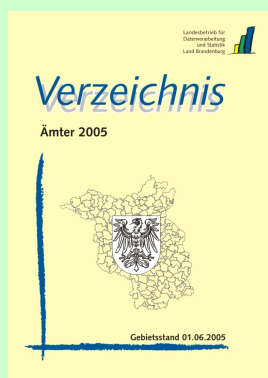
E-Mail: Frank.Grey@LDS.brandenburg.de

Hier erfolgt auch die Preiskalkulation für die gewünschten Leistungen. Grundlage ist das Leitungsentgeltverzeichnis des LDS.

Frank Grey



Verzeichnis der Ämter 2005 erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat ein aktualisiertes Ämterverzeichnis des Landes Brandenburg herausgegeben.

Neben der Anschrift können Sie Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail- und Internetadresse der jeweiligen Verwaltungseinheit entnehmen. Außerdem finden Sie alphabetische Übersichten zu den Ämtern und Gemeinden einschließlich deren Schlüsselnummern.

In Brandenburg gibt es gegenwärtig 4 kreisfreie Städte und 14 Landkreise mit 417 Gemeinden, davon 144 amtsfreie Gemeinden, 272 amtsangehörige Gemeinden in 54 Ämtern und eine Gemeinde mit Sonderstatus.

Das Verzeichnis ist als Broschüre zum Preis von 6,25 EUR oder als Datei (Excel-Format) zum Preis von 21,25 EUR erhältlich.

Bestellungen richten Sie bitte an den:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Statistischer Auskunftsdienst im Informationsmanagement

In unserer heutigen Informationsgesellschaft wachsen die Forderungen nach fundierten Daten und Fakten. Keine Entscheidung in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft wird ohne Analyse der vorhandenen Zahlen getroffen. Die amtliche Statistik erhebt Daten aus allen Lebensbereichen, fasst sie zusammen und bereitet sie auf. Eine Auswahl der vielfältigen aggregierten Ergebnisse wird im Rahmen einer informationellen Grundversorgung und in nachfrage- und zielgruppenorientierten Standardangeboten – zunehmend im Internet – veröffentlicht. Darüber hinaus werden entsprechend den spezifischen Kundenwünschen Daten gesondert aufbereitet und analysiert. Für alle Fragen rund um die amtliche Statistik in Brandenburg ist der statistische Auskunftsdienst des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) die erste Anlaufstelle

Reges Interesse an statistischen Informationen

Mit der Veröffentlichung statistischer Daten im Internet stellt der LDS unter www.lids-bb.de eine Vielzahl von Daten allen Interessierten zur Verfügung. Von diesem Angebot wird reger, Gebrauch gemacht. So wurden im Jahr 2004 über 800 000 Zugriffe auf die Statistiken über Brandenburg und seine Verwaltungsbezirke gezählt. Rund 500 Kunden nutzten Ende 2004 die Möglichkeit, sich via E-Mail-Service mit Pressemitteilungen und Publikationen des LDS versorgen zu lassen.

Unternehmen mit großem Datenbedarf

Im Laufe des vergangenen Jahres erhielten rund 7 000 Kunden Standardveröffentlichungen wie Statistische Berichte, Verzeichnisse und Jahrbücher in gedruckter oder elektronischer Form. Über 200 Nutzer – vor allem Studenten – besuchten unsere Bibliothek, die neben den Veröffentlichungen unseres Hauses auch die aller Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führt.

Mit diesen Angeboten werden viele Daten-Wünsche erfüllt, viele bleiben aber auch noch offen. Davon zeugen täglich 20 bis 30 Anrufe und die insgesamt rund 3 500 schriftliche Anfragen, die die vier Kolleginnen im Auskunftsdienst im letzten Jahr beantwortet haben. Dabei hat insbesondere die Wirtschaft einen sehr hohen Datenbedarf. Mehr als ein Drittel der Anfragen kam aus diesem Bereich. Ein Sechstel der Aufträge erreichte den LDS aus der Politik und aus Behörden der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung oder auf internationaler Ebene. Eine Vielzahl von Datenanforderungen ging von Interessen- und Berufsverbänden sowie von Hochschulen und Forschungsinstituten ein.

Mensch steht im Mittelpunkt des Interesses

Im Mittelpunkt der Anfragen steht der Mensch. Sowohl bei den Internetabrufen als auch bei den Anfragen an den

Auskunftsdienst sind Bevölkerungsangaben – wie die natürliche und räumliche Entwicklung und Prognosen – besonders gefragt. Weitere Schwerpunkte liegen in der Bau-tätigkeit, dem Tourismus und der Landwirtschaft. Eine breite Datenbasis für den Auskunftsdienst bietet der Mikrozensus, eine Zählung, bei der stichprobenartig Privathaushalte z. B. nach Einkommen, Beruf oder Zigarettenkonsum befragt werden.

Im Laufe der Jahre haben die Anfragen an Tiefe und Komplexität zugenommen. Immer häufiger werden kleinräumige Daten in Zeitreihen für Analysen gewünscht. Dabei stellen die vielen Gemeindegebietsveränderungen der letzten Jahre eine Herausforderung dar. Die brandenburgischen Statistiker setzen viel Energie dafür ein, die „langen Reihen“ immer auf den aktuellen Gebietsstand umzurechnen, denn nur so sind exakte Vergleiche zu den Vorjahren möglich.

Elektronische Datenübermittlung wächst

Die mit dem Internet gewachsenen technischen Möglichkeiten haben die Arbeit des Auskunftsdienstes verändert und stellen neue Anforderungen an die Informationsübermittlung. Während in den Anfangszeiten des LDS zu Beginn der neunziger Jahre die Zahlen fast ausschließlich per Fax oder auf dem Postweg zum Kunden gebracht wurden, steht heute die elektronische Datenübertragung im Vordergrund. Ein Großteil der Kundenanfragen ging in den letzten Jahren als E-Mail ein und wurde auch auf diesem Weg beantwortet. Unter der Adresse info@lids.brandenburg.de wurden im Auskunftsdienst im Jahr 2004 rund 2 800 Anfragen, das sind elf pro Arbeitstag, registriert. Auf dieses Niveau hat sich die Zahl der E-Mails seit 2001 eingeepegelt, während sie 1999 noch bei 1 700 (etwa sieben pro Arbeitstag) lag.

Mit den E-Mails können die Datenwünsche oftmals schneller und kundenfreundlicher, da die Tabellen in elektronischer Form verschickt werden, erfüllt werden.

Manchmal ist die amtliche Statistik überfragt

Die amtliche Statistik bietet ein breites Spektrum an Daten. Die Themen reichen von Bildung und Beschäftigung über Kommunalfinanzen und Sozialleistungen bis zu Verbraucherpreisen und Umweltökonomischer Gesamtrechnung. Trotzdem gehen die Wünsche der Kunden bisweilen über den vorhandenen Datenpool hinaus. So konnten Fragen nach Linkshändern, Nichtschwimmern, Fundaschen, Veganern und Vegetariern, Pilzvergiftungen, Be-

völkerungszahlen aus dem Jahr 1270 und durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten nicht mittels der amtlichen Statistik beantwortet werden. Auch die Anzahl der Herzinfarkte nach Fußballspielen und die der benötigten Miettoiletten bei Großveranstaltungen lagen beim LDS nicht vor. Hingegen konnte die Frage eines hiesigen Radiosenders, ob es in Brandenburg mehr Menschen oder Apfelbäume gäbe, eindeutig zugunsten der menschlichen Wesen entschieden werden. Mit Hilfe der Statistik wird man verfolgen können, wie lange dies noch so bleibt.

Ina Hergert



Museumsbericht erschienen



Der neue Museumsbericht 2004 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder stellt zum ersten Mal zusammenfassend und gut strukturiert die Museumslandschaft in Deutschland vor. Er zeigt dabei Schwerpunkte, Besonderheiten und Unterschiede der Museen in den 16 Bundesländern auf.

Verglichen werden die jeweilige Zahl der Häuser in den Ländern, Art der Ausstellung oder Sammlung, die Trägerschaften, die Besucherzahlen, die Ausgaben oder das Personal.

Dabei befinden sich von den rund 6 000 öffentlichen und privaten Museen in Deutschland 1 082 in Bayern und 1 032 in Baden-Württemberg. Im Süden werden damit bundesweit die meisten Museen unterhalten.

Die Museen in Bayern (20,5 Millionen Besuche), Nordrhein-Westfalen (14,3 Millionen) und Baden-Württemberg (14,1 Millionen) wurden am häufigsten besucht. Brandenburg liegt mit 3,3 Millionen Museumsbesuchen auf dem zehnten Platz in der Rangfolge der Bundesländer. 1,3 Millionen Besuche konnte allein die Landeshauptstadt Potsdam verbuchen, das ist mehr als das 9fache ihrer Einwohnerzahl.

Der Museumsbericht 2004 ist der erste Ergänzungsband zum Kulturfinanzbericht 2003, der als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder regelmäßig Finanzdaten aus allen Kulturbereichen bereitstellt. In Ergänzungsbänden werden wichtige Bereiche der deutschen Kulturlandschaft näher beleuchtet. Der vorliegende Bericht zeigt die Entwicklung der Museen seit 1990 und wurde gemeinsam mit dem Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen zu Berlin-Preußischer Kulturbesitz auf Basis der Ergebnisse der Museumsstatistik herausgegeben.

Der Museumsbericht ist zum Preis von 17,80 EUR erhältlich.

Bestellungen richten Sie bitte an den:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Wanderungsgewinne und -verluste in den Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands

In diesem Beitrag – einem Nachdruck aus dem Niedersächsischen Landesamt für Statistik – wurde untersucht, welche Regionen Deutschlands sich als Zuwanderungs- oder als Abwanderungsregionen darstellen. Es stellten sich drei große Zuzugsregionen heraus: rund um die Metropolen Berlin, München und Hamburg. Große Teile Ostdeutschlands, aber auch Gebiete in der Mitte der „alten Bundesrepublik“, sind von Abwanderungstendenzen betroffen.

Einleitung

Im folgenden Beitrag wird auf der regionalen Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise untersucht, welche Regionen in Deutschland Abwanderungs- und welche Zuwanderungsgebiete sind. Dargestellt sind in zwei thematischen Landkarten daher 440 regionale Einheiten, wobei Hannover-Umland und -Stadt separat dargestellt werden, obwohl sie beide gemeinsam die Region Hannover bilden.

Um Zufälligkeiten nur eines einzigen Jahres zu vermeiden, wurde die Summe der Wanderungssalden (Wanderungen über die Kreisgrenzen) der Jahre 2000 bis 2002 gebildet. Unter dem Begriff Wanderungssaldo versteht man die Zuzüge in eine bestimmte Region minus der Fortzüge aus dieser Region. Durch die Bildung des Saldos aus den beiden gegenläufigen Bewegungen wird erkennbar, ob eine Region insgesamt durch die Wanderungsbewegung Einwohner gewinnt oder verliert.

Die erste Karte stellt die absolute Höhe der Wanderungsgewinne oder -verluste dar. Aus ihr ist unmittelbar ablesbar, ob ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt in den Jahren 2000 bis 2002 durch die Wanderungsbewegung zulegte oder schrumpfte und wie hoch der jeweilige Gewinn oder Verlust war. Die zweite Karte bezieht diesen kumulierten Saldo auf die durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2001 (= Wanderungssaldo 2000 bis 2002 dividiert durch jahresdurchschnittliche Bevölkerung mal 1 000). Dadurch wird, auch wenn sich natürlich beide Karten ähneln, eine zusätzliche Information gewonnen: Wenn z. B. eine Millionenstadt wie Hamburg oder Berlin ein paar tausend Einwohner gewinnt oder verliert, ist dies zwar von hoher Bedeutung. Viel bedeutender aber ist ein entsprechender Gewinn oder Verlust in kleineren Städten oder Landkreisen, die im Extremfall im Untersuchungszeitraum ein Zehntel ihrer Einwohner durch Abwanderung verloren haben.

Beide Karten unterteilen die Kreise in sieben Größenklassen, wobei Regionen mit Wanderungsverlusten rot und

solche mit hohen Gewinnen blau dargestellt sind, und zwar jeweils in zwei Abstufungen. Grün sind Regionen mit durchschnittlich hohen Wanderungsgewinnen kartiert und gelb solche mit relativ niedrigen Wanderungsgewinnen. Die meisten der gelb kartierten Regionen weisen nur darum leichte Gewinne auf, weil Zuwanderung aus dem Ausland die Verluste in der Wanderungsbilanz mit anderen Regionen Deutschlands (noch) ausgleichen.

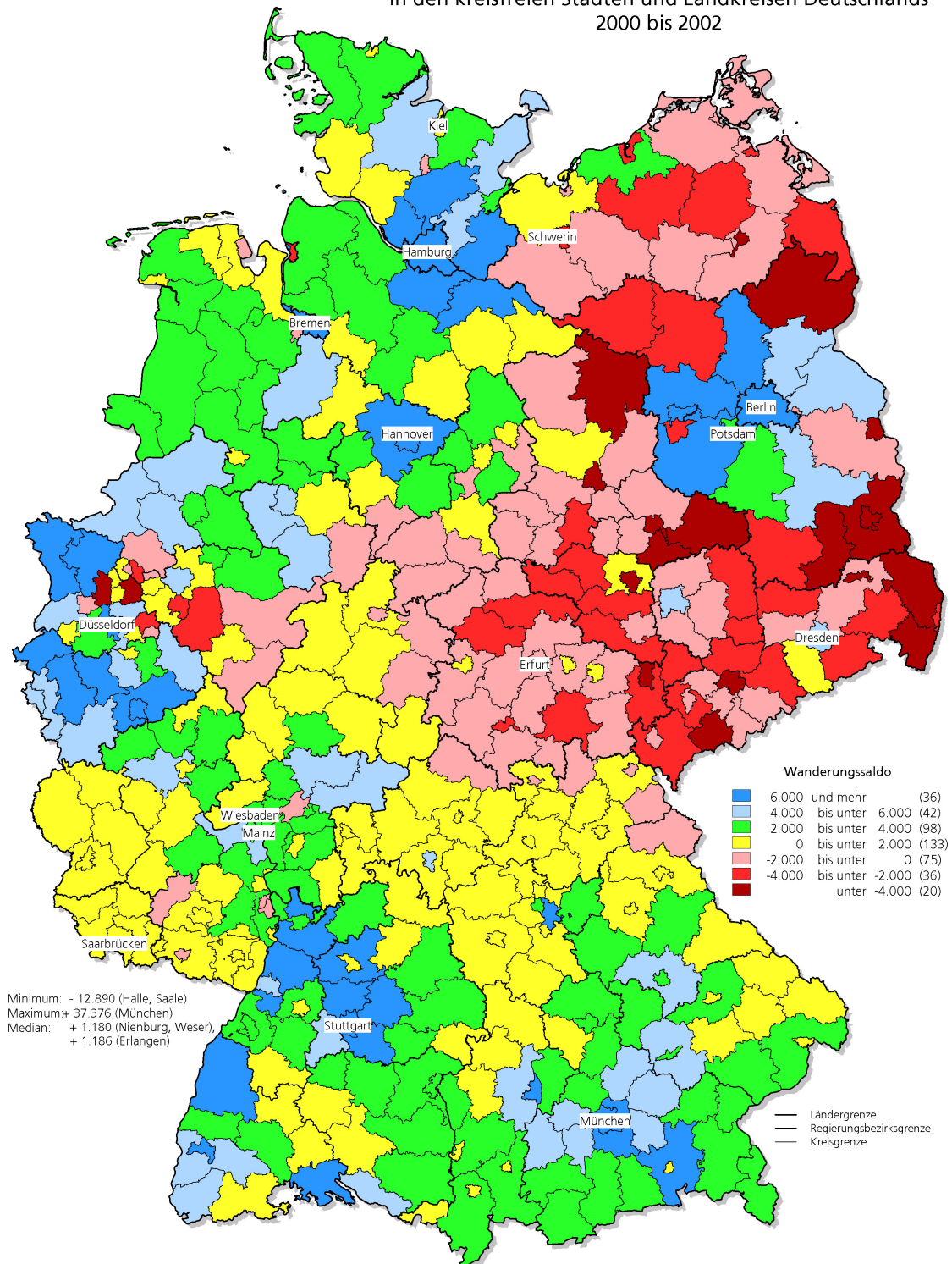
Alle Daten entstammen der Datenbank „Statistik regional, Ausgabe 2004“. Diese Datenbank, gespeichert auf CD-ROM, ist ein gemeinschaftliches Produkt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Sie enthält eine Vielzahl von Indikatoren (Flächennutzung, Demografie, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, Wahlen) für die kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands, z. T. in mehrjährigen Zeitreihen. „Statistik regional“ kann bei allen Statistischen Landesämtern und beim Statistischen Bundesamt erworben werden.

Struktur der Wanderungsbewegung in Deutschland

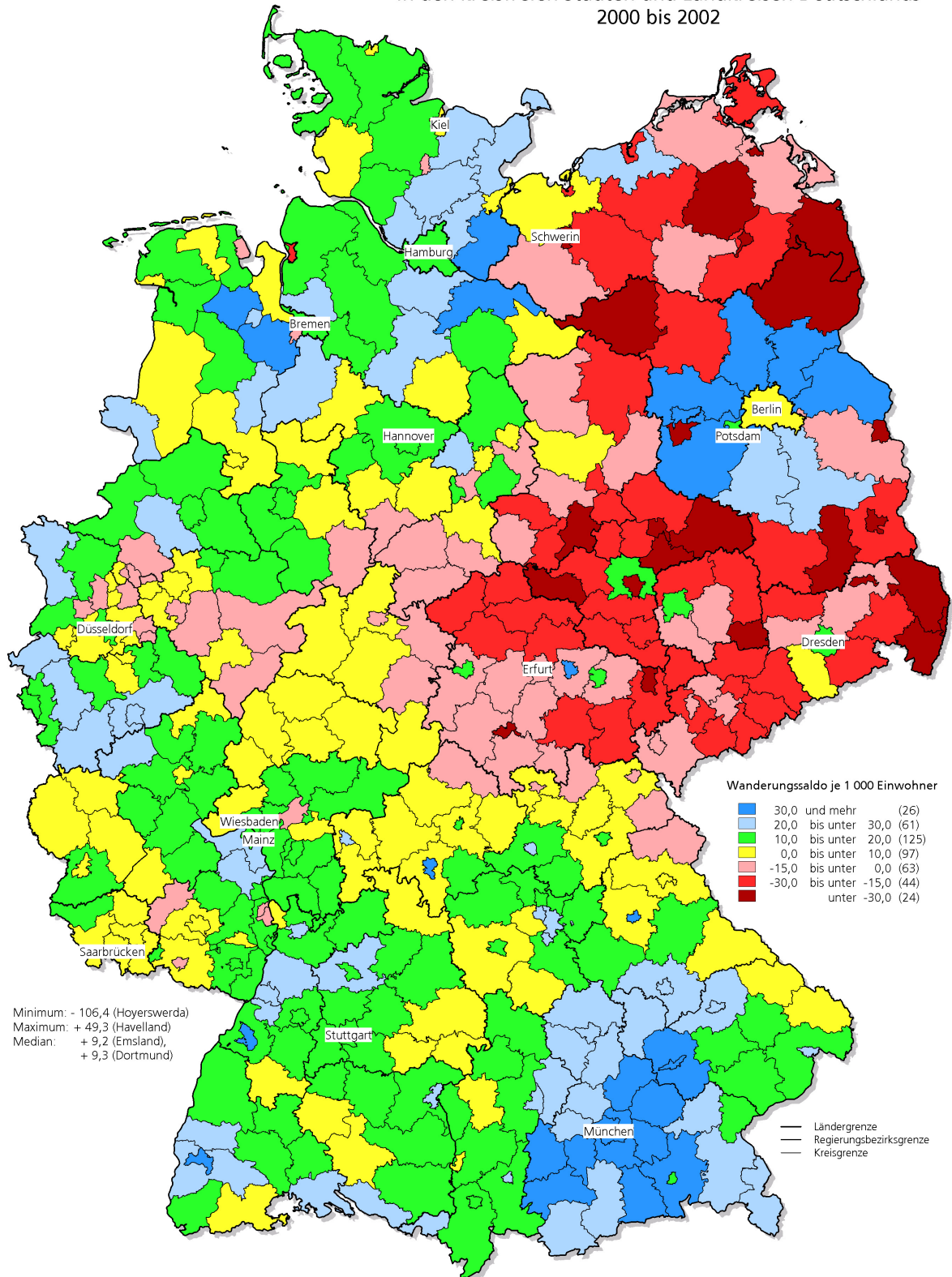
Die Wanderungsbewegungen in Deutschland werden von mehreren großen Trends beherrscht. Diese Trends überlagern sich zum Teil, sodass der eine Trend die Wirkung des anderen abschwächt. Zum Teil kumulieren sich aber auch ihre Wirkungen. So überlagern z. B. die fast überall auftretenden Wanderungsgewinne mit dem Ausland die Verluste, die z. B. durch die Ausbildungswanderung entstehen.

Wanderungsgewinne aus dem Ausland: Per saldo gewinnt Deutschland durch Zuwanderung aus dem Ausland pro Jahr etwa 200 000 Einwohner hinzu. In der Summe der Jahre 2000 bis 2002 standen bundesweit 1,9 Millionen Fortzügen knapp 2,6 Millionen Zuzüge gegenüber, was einen Positivsaldo von insgesamt 659 000 Personen ergab. Wichtige Zuzugsländer waren vor allem Russland sowie einige andere osteuropäische Staaten, Pakistan und die Türkei. Wäre dieser Zuwachs auf alle 440 Kreise Deutschlands gleich verteilt, ergäbe dies pro Kreis einen Gewinn von fast 1 500 Personen.

Wanderungsgewinne und -verluste
in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands
2000 bis 2002



Wanderungsgewinne und -verluste
in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands
2000 bis 2002



Wanderungsstrom von Nordost nach Südwest: Innerhalb Deutschlands gibt es eine große Bewegung von Nordost nach Südwest. Die Wanderungsbilanz der Länder untereinander sah z. B. im Jahr 2002 wie folgt aus:

Saldo der Wanderungen innerhalb Deutschlands 2002¹⁾

- ❑ Baden-Württemberg + 39 276
- ❑ Bayern + 41 377
- ❑ Berlin – 1 050
- ❑ Brandenburg – 4 880
- ❑ Bremen + 1 185
- ❑ Hamburg + 5 156
- ❑ Hessen + 9 179
- ❑ Mecklenburg-Vorpommern – 13 015
- ❑ Niedersachsen – 64 852
- ❑ Nordrhein-Westfalen + 19 986
- ❑ Rheinland-Pfalz + 12 453
- ❑ Saarland + 102
- ❑ Sachsen – 23 404
- ❑ Sachsen-Anhalt – 21 835
- ❑ Schleswig-Holstein + 12 948
- ❑ Thüringen – 12 569

Alle sechs Länder Ostdeutschlands weisen zum Teil erhebliche Verluste auf, während – in dieser Reihenfolge – vor allem Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erhebliche Wanderungsgewinne im Verkehr mit den anderen Bundesländern erzielen. Dieser Wanderungsstrom ist eine direkte Folge der regional höchst unterschiedlichen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage.

Die Besonderheit des Lagers Friedland und „Sekundärwanderung“ der Spätaussiedler: Der hohe Binnenwanderungsverlust Niedersachsens von 64 852 Einwohnern im Jahr 2002 liegt nicht daran, dass Niedersachsen ein Abwanderungsgebiet darstellt, sondern spiegelt eine Besonderheit wider: Die „Sekundärwanderung“ der deutschstämmigen Spätaussiedler, die zunächst im Lager Friedland (Landkreis Göttingen) ankommen und dort auch gemeldet werden, um sodann in ganz Deutschland verteilt zu werden. Im Jahr 2002 registrierte das Bundesverwaltungsamt insgesamt 91 146 Spätaussiedler. Statistisch schlägt sich dies für Niedersachsen in einem hohen Wanderungsgewinn mit dem Ausland und hohen Wanderungsverlusten mit den anderen Bundesländern nieder. In der Gesamtwanderungsbilanz spielt dies allerdings keine Rolle, da sich Gewinne und Verluste ausgleichen.

Stadt-Umland-Wanderung: In ganz Deutschland gibt es den Trend, dass vor allem junge Familien und gut verdienende Ehepaare die Kernstädte verlassen und sich im

– verkehrsmäßig oft gut erschlossenen – Umland der Großstädte niederlassen. Ursache dafür sind vor allem hohe Grundstückspreise und Mieten in den Großstädten, aber auch der Wunsch vieler Bürger, in Gebiete mit intakterer Umwelt, weniger Verkehr und stabilerer Sozialstruktur zu ziehen. Dieses individuell vernünftige und nachvollziehbare Verhalten steigert natürlich eben diese kollektiven Probleme noch. So verlieren z. B. im Norden Deutschlands Berlin, Hamburg, Bremen und Hannover laufend Einwohner an ihre Umlandkreise, zum Teil schon an solche des „2. Ringes“, d. h. an nicht unmittelbar angrenzende Gebiete. Die Großstädte versuchen mit unterschiedlichem Erfolg, den laufenden Verlust durch diese Abwanderung zu stoppen und den Trend sogar umzudrehen. Daher werden z. B. innerstädtische Baulandreserven erschlossen, und zugleich spielen die Städte die Vorteile, die das Leben in einer urbanen Metropole besonders für junge und gut ausgebildete Menschen hat, gezielt aus.

Altersstruktur der Wandernden: Bezüglich der Altersstruktur der Wandernden gibt es, entsprechend der jeweiligen Lebenslagen, drei deutlich unterscheidbare Klassen: Die Ausbildungswanderung (18- bis etwa 25-Jährige) führt die jungen Leute in die Großstädte, wo sich die Universitäten und andere Ausbildungsstätten konzentrieren. Die darauf folgende Phase der Arbeitsplatzwanderung (mindestens 25 bis etwa 30 Jahre, oft aber auch deutlich länger) führt die mittlerweile Ausgebildeten von den Universitätsstandorten etc. zu ihren künftigen Arbeitsorten. Die Arbeitsplatzwanderung ist natürlich nicht mit dem 30. oder 35. Lebensjahr beendet; sie führt u. a. zum „Brain Drain“, dem Abfluss von Wissenskapital und „Köpfen“ in solche Staaten und Regionen, deren Wirtschaft und Wissenschaft floriert und die entsprechenden Bedarf haben. Die Familienwanderung betrifft vor allem die Altersklasse der 30- bis 40-jährigen und dort die gut ausgebildeten und gut verdienenden Menschen, die eine Familie gegründet haben. Diese wollen oft für die Familie, vor allem die Kinder, ein Haus im Grünen. Dieser Wunsch führt, siehe oben, häufig zur Ansiedlung im Umland großer Städte. Die Alterswanderung schließlich setzt bereits mit dem 50. Lebensjahr ein. Viele jüngere und ältere Senioren, die nicht mehr arbeiten müssen bzw. bei denen das Ende der Erwerbsphase absehbar ist, ziehen in landschaftlich reizvolle Orte und Gegenden, die oft zudem infrastrukturell gerade für die Bedürfnisse älterer Menschen gut ausgestattet sind. Gut kann man dies z. B. an der Altersstruktur der Zu- und Fortzüge im Landkreis Osterode erkennen: Insgesamt hat dieser Landkreis zwar mit Abwanderungen zu kämpfen, aber bei den über 50-Jährigen weist er deutliche Wanderungsgewinne auf²⁾.

1) Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2004, S. 58f Niedersachsen: einschl. Wanderungsbewegung vom Lager Friedland.

2) Vgl. NLS-Online, Tabelle K1200223

Regionalstruktur der Zu- und Abwanderungen

309 der 440 Landkreise und kreisfreien Städte konnten im Untersuchungszeitraum mehr oder weniger große Wanderungsgewinne verbuchen und nur 131 hatten per saldo Verluste. Von diesen 131 Kreisen mit Abwanderungstendenzen lagen 97 in Ostdeutschland und nur 34 in einem der zehn westdeutschen Länder.

Die Spannweite der Wanderungsverluste und -gewinne erreicht einen Wert von 50 266 und reicht von einem Gewinn von + 37 376 Personen (Stadt München) bis zu einem Verlust von – 12 890 (Stadt Halle an der Saale).

Nicht zufällig stehen sich in diesen Extremwerten eine ostdeutsche Stadt aus Sachsen-Anhalt (die Verluste durch die Stadt-Umlandwanderung und durch die Abwanderung Richtung Südwest erleidet) und die bayerische Metropole München (die durch ihre Metropolfunktion und die insgesamt florierende Wirtschaft wie ein Magnet wirkt) gegenüber. In dieser Verteilung bilden der niedersächsische Landkreis Nienburg und die nordbayerisch-fränkische Stadt Erlangen den Median – ordnet man alle 440 Kreise nach der Größe des Wanderungssaldos, so stehen diese beiden genau in der Mitte.

Noch aussagefähiger und von den Ergebnissen her bemerkenswerter sind bereits in der ersten Deskription die Zahlen, die den regionalen Wanderungssaldo mit der Einwohnerzahl standardisieren. Hier reicht die Spannweite von – 106,4 (Stadt Hoyerswerda, Sachsen) bis + 49,3 (Havelland, Brandenburg). Beide Extrema liegen in Ostdeutschland: In Hoyerswerda, einer peripher nahe der Grenze zu Polen und Tschechien gelegenen Kleinstadt mit knapp 50 000 Einwohnern, gingen in nur drei Jahren 10 Prozent der Einwohner fort. Umgekehrt gewann das Havelland, das Impulse aus der Stadt-Umlandwanderung einerseits aus den südlich gelegenen Städten Brandenburg und Potsdam, vor allem aber aus dem östlich unmittelbar angrenzenden Berlin erhält, in denselben drei Jahren fünf Prozent Einwohner durch Zuwanderung hinzu. Der Median in dieser Verteilung wird mit Werten von + 9,2 bzw. + 9,3 vom Emsland und der Stadt Dortmund gebildet – in beiden Verteilungen liegen niedersächsische Landkreise genau in der Mitte, ein für das insgesamt meist recht durchschnittliche Land Niedersachsen charakteristisches Ergebnis.

Struktur und Verteilung der Abwanderungsgebiete

Die folgenden Ausführungen über Struktur und Verteilung von Abwanderungs- und Zuwanderungsgebieten beziehen sich immer auf die zweite Karte mit den bevölkerungsstandardisierten Wanderungssalden.

Betrachten wir zunächst die dunkel- bzw. hellrot kartierten Abwanderungsgebiete. Offensichtlich ballen sich diese in Ostdeutschland, im Gebiet der ehemaligen DDR, aber mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen: Rund um die Bundeshauptstadt Berlin gibt es einen „Speckgürtel“ von Landkreisen mit zum Teil außerordentlichen Zuwächsen. Unter den bundesweit zehn Kreisen mit der (relativ) höchsten Zuwanderung befinden sich außer dem Havelland auch die benachbarten Kreise Potsdam-Mittelmark und Oberhavel, alle im Land Brandenburg gelegen. Neben diesem großflächigen Zuwanderungsgebiet gibt es einige kleinere und weniger auffällige Regionen, so z. B. Landkreise rund um Schwerin und Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) sowie in der Nähe von Halle, Leipzig und Dresden. Dazu kommen die thüringischen Städte Eisenach, Weimar und Jena. Diese drei Städte sind attraktiv für Zuwanderer aufgrund ihres kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenzials.

Im Westen Deutschlands sind es vor allem einige kreisfreie Städte, die es mit starken Abwanderungstendenzen zu tun haben. Am stärksten betroffen ist Bremerhaven mit einem Abwanderungsverlust von gut zwei Prozent der Bevölkerung. In Niedersachsen gehören außerdem Salzgitter, Delmenhorst und Wilhelmshaven dazu, in Schleswig-Holstein Neumünster. Neben einigen Städten im Norden von Bayern (Hof, Coburg), in Hessen (Kassel sowie vor allem Frankfurt am Main) und Rheinland-Pfalz (Ludwigshafen und Frankenthal) sind dies eine Reihe von Städten aus Nordrhein-Westfalen, vor allem dem Ruhrgebiet. Gelsenkirchen, Duisburg und Essen gehören dazu. Probleme des wirtschaftlichen Strukturwandels, oft eine hohe Arbeitslosigkeit und dazu die „normale“ Abwanderung ins Umland spielen hier zusammen.

Im Westen Deutschlands kommt noch etwas Zweites hinzu. Neben den oben genannten Städten gibt es auch einige Landkreise, die auf Grund ihrer Wanderungsverluste rot kartiert werden mussten. Im Westen Deutschlands betrifft dies am stärksten die niedersächsischen Landkreise Holzminden und Osterode am Harz, aber auch einige andere Kreise, die zum Teil direkt an die ehemalige DDR angrenzen (in Niedersachsen Helmstedt, dazu Landkreise aus Hessen und Bayern) sowie einen regelrechten Gürtel von Regionen, der sich von Südniedersachsen (Osterode, Holzminden, Göttingen, Northeim) über Höxter, den Hochsauerland- und den Märkischen Kreis bis ins Ruhrgebiet hinzieht. Die Mitte der „alten Bundesrepublik“ – Südniedersachsen, Nordhessen und die angrenzenden Gebiete Nordrhein-Westfalens – zieht Zuwanderer nicht an bzw. verliert sogar Einwohner.

Struktur und Verteilung der Zuwanderungsgebiete

Die blau kartierten Zuwanderungsgebiete Deutschlands weisen ebenfalls eine klare regionale Struktur auf. Sie balancieren sich vor allem um die drei Millionenstädte Deutschlands: Berlin, München und Hamburg. Hier haben sich Metropolregionen gebildet, deren Ausstrahlungskraft sehr weit reicht. Dazu kommen in zweiter Linie auch Gebiete rund um Bremen, Köln, im Raum Frankfurt-Wiesbaden-Mainz und nördlich von Stuttgart. Außerdem gibt es Zuwanderungsgebiete im Süden Baden-Württembergs nahe Freiburg und der Grenze zur Schweiz und zu Frankreich.

Neben dem Berliner Umland ist vor allem das großflächige Gebiet in Bayern mit München als Zentrum auffällig. Dieses Gebiet erstreckt sich von Regensburg im Norden bis an den äußersten Süden der Republik am Alpenrand bzw. der Grenze zu Österreich.

Im Norden Deutschlands entfaltet die Metropolregion Hamburg von Soltau-Fallingb. im Süden bis nach Ostholstein im Norden einen mächtigen Sog auf Zuwan-

derer. Insgesamt neun Landkreise – in erster Linie Lüneburg und das Herzogtum Lauenburg – im näheren und fernerem Umfeld Hamburgs weisen deutlich überdurchschnittliche Wanderungsgewinne auf.

Ähnliche Effekte, allerdings nicht ganz so stark ausgeprägt, sieht man im Südwesten von Bremen rund um Oldenburg, im Raum Köln und nördlich von Stuttgart. Im Raum Hannover tritt dieses deutlich schwächer auf. Zu den ausgeprägten Zuzugsgebieten kann man hier nur den Landkreis Peine zählen, der Impulse aus Hannover und dem benachbarten Braunschweig erhält.

Eine Besonderheit stellt der Landkreis Grafschaft Bentheim dar. Dieser Landkreis gewinnt an Einwohnern unter anderem durch einen Zuzug aus den benachbarten Niederlanden, wo aufgrund der hohen Besiedlungsdichte Häuser, Grundstücke und Mieten deutlich teurer als in der Grafschaft Bentheim sind. Die Grenze zu den Niederlanden trennt nicht mehr – es ist problemlos möglich, in Deutschland zu wohnen und in den Niederlanden zu arbeiten.

Prof. Lothar Eichhorn



Dieser Beitrag ist ein Nachdruck aus „Statistische Monatshefte Niedersachsen 4/2005“ des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik

1905 – Wohnungswechsel und Multikulti in Preußen

Das im Spremberger Stadtanzeiger¹⁾ vom Mai 1905 entdeckte Formular zur An- und Abmeldung mit den entsprechenden drei Paragraphen verblüfft erst einmal durch seine Einfachheit in Ausführung und Handhabung. Durch die große Wohnungsknappheit bedingt, wurden im Frühjahr und Herbst umfangreiche und streng reglementierte Umzugsaktionen durchgeführt. Verantwortlich für das ordnungsgemäße Ummelden war der Vermieter oder der Hauswirt. Der Erhebungsumfang ähnelt, bis auf das Militärverhältnis, dem heutigen stark. Das Procedere hat lange Zeit auch ohne Computer funktioniert. Die genannten 9 Mark Geldstrafe entsprechen etwa 90 Euro.

Vor 100 Jahren lebten fast 35 Millionen Menschen in Preußen, davon gaben bei der 1900er Volkszählung 87 Prozent als Muttersprache Deutsch an, 11 Prozent waren „nichtdeutsche Muttersprachler“, dabei war Polnisch am stärksten mit 5 Prozent – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – vertreten. 0,5 Prozent sprachen neben Deutsch noch eine andere Muttersprache. 63 Prozent der Preußen waren evangelischen Glaubens und 35 Prozent Katholiken. 74 Personen hatten einen anderen Glauben und über 8 000 konnten oder wollten kein Religionsbekenntnis abgeben²⁾.

Jürgen Hübner



Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverordnung vom 11. März 1850 und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird unter Zustimmung des Magistrats für den Polizeibezirk der Stadt Spremberg folgendes verordnet:

§ 1.
Wer die durch Polizei-Verordnung des königlichen Herrn Regierungs-Präsidenten zu Frankfurt a/D. vom 29. August 1904 (Amtsblatt der königl. Preussischen Regierung zu Frankfurt a/D. S. 216) vorgeschriebenen An-, Um- oder Abmeldungen schriftlich bewirken will, hat dazu das unten abgedruckte Meldeformular zu verwenden. Die Meldungen sind in 2 Stücken einzureichen.

§ 2.
Zu widerhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 9 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3.
Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Mit demselben Tage tritt die Polizeiverordnung vom 28. Mai 1880 außer Wirksamkeit.
Spremburg, den 24. Mai 1905.

Die Polizei-Verwaltung.
Birkh.

(Vorderseite).
Formular zur An- und Abmeldung.

Name.		Geburts- ort, Tag u. Jahr.	Heimats- ort.	Reli- gion.	Militär- Verhältnis.	Stand oder Gewerbe.	Angabe ob ledig, ver- heiratet oder verwitwet.	Angabe ob als Mieter, Küster, Schloßknecht, Gehilfe, Lehrling, Arbeiter oder Dienst- bote aufgenommen.
ist am		ten	190	allein, mit Familie aus		Straße Haus №		
kommend zu mir gezogen.		Spremburg, den		ten	190	Vorname, Name und Stand des Meldenden. Straße Haus №		

(Rückseite).

Anmeldung.
D umstehend benannte
ist am ten 190 von mir fort und nach Straße
Haus № gezogen.
Spremburg, den ten 190
Straße Haus №
Vorname, Name und Stand des Abmeldenden.

Die erfolgte Anmeldung bescheinigt
Spremburg, den
Einwohner-Melde-Amt.

Die erfolgte Abmeldung bescheinigt
Spremburg, den
Einwohner-Melde-Amt.

Jede An- und Abmeldung ist doppelt zu fertigen.

1) Quelle: Niederlausitzer Heidemuseum, Spremberg

2) Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Berlin 1905, S. 13

I. Fläche und Bevölkerung.

13




11. Die ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1900
nach Muttersprache und Religionsbekenntnis.

Muttersprache.	Religionsbekenntnis											
	Evangelische		Katholiken		Sonstige Christen		Juden		Andere		Unbestimmt und unbekannt	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. Deutsche Muttersprache	21 064 408	69,3	8 797 424	29,0	131 737	0,4	381 054	1,3	74 0,0	0,0	8392	0,0
II. Deutsche und eine andere Muttersprache.												
Deutsch und												
1. holländisch . . .	1 287	30,0	2 856	66,7	33	0,8	103	2,4	—	—	6	0,1
2. friesisch . . .	515	95,0	22	4,1	4	0,7	1	0,2	—	—	—	—
3. dänisch oder norwegisch . . .	3 684	95,9	111	2,9	21	0,5	19	0,5	—	—	7	0,2
4. schwedisch . . .	463	98,5	4	0,9	—	—	3	0,6	—	—	—	—
5. englisch . . .	914	69,5	178	13,2	111	8,4	107	8,1	—	—	11	0,8
6. französisch . . .	509	41,8	658	54,0	26	2,1	22	1,8	—	—	3	0,3
7. wallonisch . . .	160	18,6	692	80,7	2	0,2	3	0,4	—	—	1	0,1
8. italienisch . . .	54	8,1	606	90,9	—	—	3	0,5	—	—	3	0,5
9. spanisch . . .	54	45,4	52	43,7	6	5,0	6	5,0	—	—	1	0,9
10. portugiesisch . . .	29	67,5	8	18,6	1	2,3	5	11,6	—	—	—	—
11. polnisch . . .	30 094	18,3	131 784	80,3	240	0,1	2 065	1,3	—	—	38	0,0
12. masurisch . . .	10 361	95,1	335	3,1	107	1,0	93	0,8	—	—	—	—
13. kasubisch . . .	324	19,6	1 318	79,8	—	—	10	0,6	—	—	—	—
14. wendisch . . .	5 015	91,4	458	8,4	8	0,1	5	0,1	—	—	1	0,0
15. mährisch . . .	161	8,8	1 633	88,9	3	0,1	39	2,1	—	—	1	0,1
16. tschechisch . . .	417	17,2	1 908	78,8	6	0,2	86	3,6	1	0,0	4	0,2
17. russisch . . .	304	44,8	145	21,4	5	0,7	223	32,8	—	—	2	0,3
18. litauisch . . .	8 804	95,8	312	3,4	37	0,4	38	0,4	—	—	1	0,0
19. ungarisch . . .	139	17,6	376	47,6	2	0,3	268	33,9	—	—	5	0,6
20. eine andere fremde Sprache	77	13,4	377	65,6	4	0,7	109	18,9	5	0,9	3	0,5
Zusammen	63 365	30,0	143 828	68,1	616	0,3	3 208	1,5	6	0,0	87	0,1
III. Nicht-deutsche Muttersprache.												
1. Holländisch . . .	27 231	35,2	48 873	63,1	368	0,5	857	1,1	1	0,0	83	0,1
2. Friesisch . . .	20 485	99,3	133	0,6	16	0,1	5	0,0	—	—	1	0,0
3. Dänisch oder norwegisch . . .	136 317	99,7	231	0,2	145	0,1	69	0,0	—	—	31	0,0
4. Schwedisch . . .	5 369	97,9	57	1,0	29	0,5	21	0,4	—	—	9	0,2
5. Englisch . . .	6 418	61,7	959	9,2	2 235	21,5	637	6,1	4	0,1	145	1,4
6. Französisch . . .	2 439	31,2	5 073	64,8	83	1,1	166	2,1	—	—	66	0,8
7. Wallonisch . . .	169	1,5	11 565	98,4	1	0,0	14	0,1	—	—	1	0,0
8. Italienisch . . .	219	1,0	21 508	98,7	12	0,0	34	0,2	—	—	16	0,1
9. Spanisch . . .	224	29,7	472	62,6	5	0,6	39	5,2	—	—	14	1,9
10. Portugiesisch . . .	62	30,5	133	65,5	—	—	6	3,0	—	—	2	1,0
11. Polnisch . . .	184 336	6,0	2 874 867	93,8	1 567	0,1	2 639	0,1	2	0,0	79	0,0
12. Masurisch . . .	135 386	95,3	4 857	3,4	1 708	1,2	91	0,1	—	—	5	0,0
13. Kasubisch . . .	530	0,5	99 669	99,5	3	0,0	9	0,0	—	—	1	0,0
14. Wendisch . . .	58 249	90,7	5 844	9,1	126	0,2	2	0,0	—	—	4	0,0
15. Mährisch . . .	1 472	2,3	62 684	97,6	11	0,0	72	0,1	—	—	3	0,0
16. Tschechisch . . .	8 367	33,6	16 344	65,5	55	0,2	161	0,7	—	—	13	0,0
17. Russisch . . .	841	16,4	2 493	48,5	22	0,4	1 739	33,8	5	0,1	40	0,5
18. Litauisch . . .	100 635	94,7	5 212	4,9	325	0,3	55	0,1	—	—	3	0,0
19. Ungarisch . . .	564	12,8	2 864	64,9	30	0,7	929	21,0	1	0,0	27	0,6
20. eine andere Sprache . . .	491	4,7	8 580	83,2	33	0,3	515	5,0	646	6,3	52	0,5
Zusammen	689 804	17,8	3 172 418	81,8	6 774	0,2	8 060	0,2	659	0,0	595	0,0
Überhaupt	21 817 577	63,3	12 113 670	35,2	139 127	0,4	392 322	1,1	739	0,0	9074	0,0

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Mai 2005

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.

Medium der Veröffentlichungen:  - Print,  - Disketten,  - CD-ROM, [www - kostenloser Download unter www.lds-bb.de/ldsbb/download](http://www.lds-bb.de/ldsbb/download).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR		
		www		 / 
A I 1 - m 12/04	Bevölkerungsstand 30.12.2004	X	5,10	20,00
A I 5; 7 - j/04	Bevölkerung, Privathaushalte, Familien und Frauen 2004, Ergebnisse des Mikrozensus	X	7,85	20,00
A II 1 - m 12/04	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene, Dezember 2004	X	5,15	20,00
A II 2 - j/04	Gerichtliche Ehelösungen 2004	X	6,00	20,00
A III 1 - m 12/04	Wanderungen, Dezember 2004	X	5,15	20,00
A IV 9 - j/03	Stationäre Behandlung in Krankenhäusern sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2003	X	7,70	20,00
A IV 11 - j/04	Schwangerschaftsabbrüche 2004	X	5,55	20,00
A VI 7 - m 03/05	Arbeitsmarkt im Land Brandenburg, März 2005	X	6,35	20,00
B I 9 - j/04	Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2004/2005 Ergebnisse nach Verwaltungs- und Schulamtsbezirken	X	9,55	20,00
B III 5 - j/04	Räume an Hochschulen 2004	X	6,05	20,00
C II 1 - m 04/05	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, April 2005	X	5,35	20,00
D I 2 - m 03/05	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten, März 2005	X	6,25	20,00
E I 1; 3 - m 03/05	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, März 2005	X	7,15	20,00
E I 2 - m 03/05	- Produktionsindex, März 2005	X	5,70	20,00
E II 1 - m 03/05	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe), März 2005	X	6,15	20,00
E III 1 - vj 01/05	Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe 1. Vierteljahr 2005	X	5,45	20,00
E IV 1; E IV 2 - j/04	Energie-, Wasser- und Gasversorgung 2004 Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Löhne und Gehälter der Betriebe	X	5,50	20,00
F I 1 - j/04	Wohnungs- und Wohngebäudebestand 2004	X	6,65	20,00
F II 1; 2 - m 03/05	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, März 2005	X	5,95	20,00
F II 3 - j/04	Bauüberhang und Bauabgang 2004	X	5,50	20,00
G III 1; 3 - m 02/05	Aus und Einfuhr Februar 2005, Vorläufige Ergebnisse		3,30	
G IV 1 - m 03/05	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Land Brandenburg, März 2005	X	6,75	20,00
H I 1 - m 03/05	Straßenverkehrsunfälle März 2005, Vorläufiges Ergebnis	X	5,15	20,00
H I 1 - m 03/05	Straßenverkehrsunfälle März 2005, Endgültiges Ergebnis		3,30	
H II 1 - m 04/05	Binnenschifffahrt, April 2005	X	5,85	20,00
L II 2 - hj 2/04	Gemeindefinanzen 01.01. - 31.12.2004	X	7,15	20,00
M I 2 - m 05/05	Preisindex für die Lebenshaltung im Land Brandenburg, Mai 2005	X	6,45	20,00
M I 6 - j/04	Kaufwerte für Bauland 2004	X	5,65	20,00
M I 7 - j/04	Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2004	X	5,60	20,00
P I 3 - j/04	Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter Arbeitnehmer 1995 bis 2004	X	6,40	20,00
P I 6 - j/03	Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1998 bis 2003	X	6,80	20,00
Verzeichnis	Verzeichnis der Ämter 2005, Gebietsstand: 01.06.2005		6,25	21,25

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“

Heft	Themenhefte	Preis		Heft	Quartalshefte	Preis
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR		I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR		II/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR		III/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR		IV/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2004	Jahresbericht 2003	7,00 EUR		I/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2004	Registergestützter Zensustest	5,20 EUR		II/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2004	Kinder in Brandenburg	5,90 EUR		III/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2005	Hochschulen in Brandenburg	4,90 EUR		IV/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2005	Jahresbericht 2004	7,00 EUR		I/2005	Quartalsheft	4,00 EUR

Neues Themenheft Statistischer Jahresbericht 2004



rigen Ausgabe sind einige Rubriken mehr enthalten, deren Themeninhalte in der jetzigen Zeit relevant sind, besonders die Bevölkerungsentwicklung. Am 30. September 2004 lebten 2 567 220 Menschen im Land Brandenburg. Damit ist die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg weiterhin leicht rückläufig. Gleichzeitig ändern sich die Familienstrukturen. Im März 2004 gab es im Land Brandenburg 1 218 500 Privathaushalte, 16 500

Im April 2005 veröffentlichte der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik den Statistischen Jahresbericht 2004 für das Land Brandenburg, nunmehr schon den dreizehnten seiner Art. Er enthält Aussagen zur aktuellen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs im vergangenen Jahr, die mit Tabellen und Grafiken untermauert werden. Gegenüber der vorjäh-

mehr als im Vorjahr. Diese Erhöhung wurde maßgeblich von der Zunahme der Einpersonenhaushalte beeinflusst. Jedoch ist die Zahl der Haushalte mit Kindern weiter, um 2,3 Prozent, zurückgegangen.

Der Statistische Jahresbericht 2004 kostet 7,00 EUR und kann bestellt werden beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39 - 418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de